DIE ÖSTERREICHISCHE ARBEITERKLASSE BRAUCHT VOR ALLEM IHREN REVOLUTIONÄREN KAMPFSTAB !

Jede Auseinandersetzung der Arbeiter mit dem Kapital birgt in sich die Möglichkeit der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System völlig verfault ist, zerschlagen werden und durch eine neue Welt des Sozialismus und Kommunismus ersetzt werden muß. Doch diese Erkenntnis kommt nicht allein. Hier liegt gerade eine der großen Aufgaben einer wirklichen marxistisch-leninistischen Partei, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen, sondern gerade auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineintragen muß.

Die größte Schwäche der österreichischen Arbeiterklasse ist heute, daß sie gegenwärtig über keine starke Vorhutpartei verfügt. Die "K"PÖ-Revisionisten haben schon längst alle revolutionären Traditionen verraten und die marxistischen und internationalistischen Prinzipien gegen Kontobücher von Parteiunternehmen eingetauscht. Daher ist es heute die Aufgabe Nr.1 der proletarischen Revolutionäre, eine diesem System feindlich gegenüberstehende Zentrale des Kampfes zu bilden, die Teil und Vorhut der Arbeiterklasse ist.

Die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) versteht sich als die Aufbau- und Entwicklungsform der Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse, als der Ansatzpunkt zur Schaffung einer kommunistischen Partei im wirklichen, ursprünglichen Sinn.

Im Kampf für den Aufbau einer solchen Avantgardepartei stellen sich heute vor allem folgende Hauptaufgaben:

★ Ausarbeitung einer richtigen ideologischen und politischen Linie im Ergebnis eines Prozesses, der in enger Verbindung von Theorie und Praxis in der immer konkreteren Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Fragen der heutigen Weltlage und der Revolution in Österreich besteht;

★ Sammlung, Stählung und Weiterentwicklung eines Kerns klassenbewußter, der revolutionären Sache restlos ergebener, ideologisch fester und disziplinierter proletarischer Kämpferinnen und Kämpfer;

★ Aufbau eines immer weiter gespannten und immer dichteren organisatorischen Netzes revolutionärer Zellen, Stützpunkte und Fraktionen in Städten und Dörfern, in den Massenorganisationen, insbesondere aber in den Betrieben und Produktionsstätten;

★ Kämpferische Propaganda zur Gewinnung der Avantgarde des Proletariats für den zielklaren Kampf für den Kommunismus.

Das Haupthindernis für die Schaffung der revolutionären Vorhutspartei der österreichischen Arbeiterklasse ist die ungeheure, durch den Verrat der "K"PÖ-Revisionisten und ihrer "Brüder" in der UdSSR und anderswo geschaffene ideologische Verwirrung. Der Mißbrauch, die Entstellung und Entleerung sämtlicher Begriffe des wissenschaftlichen Sozialismus durch die modernen Revisionisten hat den Marxismus-Leninismus mehr diskreditiert als jeder offen antikommunistische Angriff. Denken wir z.B. nur daran, daß die russischen Sozialimperialisten in Afghanistan "im Namen des Sozialismus" einen barbarischen reaktionären Krieg führen, der sich keineswegs nur gegen irgendwelche Mullahs und prowestlichen Rivalen, sondern gegen die Arbeiter und Bauern, die Völker Afghanistans, richtet.

Unter diesen Umständen führt kein Weg daran vorbei, zunächst vor allem die unverfälschten wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin wiederherzustellen und zu verteidigen. Kein Weg führt auch daran vorbei, die geschichtlichen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung, ihrer Siege und Niederlagen aufzuarbeiten, die Ursachen der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR usw. aufzudecken und die Lehren daraus zu ziehen.

Auch wenn es nicht so scheint: Das Anpacken dieser Aufgaben hat entscheidend viel mit dem wirklichen Kampf der Arbeiterschaft zu tun. Denn wie soll sonst in diesem Kampf wissenschaftlich begründete Siegeszuversicht geschaffen werden ? Wie kann sonst ein revolutionäres Programm geschaffen werden, welches eine wirkliche "Kriegserklärung" an die herrschende Klasse darstellt und den Weg und das Ziel der Revolution richtig weist ?

Umso mehr Kräfte sich an der Lösung der anstehenden revolutionären Aufgaben beteiligen, umso rascher kommt die österreichische Arbeiterklasse im Kampf um ihre Gegenwarts- und Zukunftsinteressen voran. Deshalb:

● Setzt Euch mit den Standpunkten der MLPÖ kritisch auseinander und schreibt uns Eure Meinungen, Kritiken und Vorschläge !

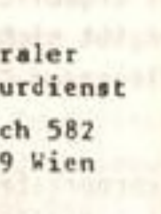
● Studiert und diskutiert die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und verwendet sie als geistige Waffen im Klassenkampf !

● Beteiligt Euch an der Schaffung und Verbreitung einer revolutionären Arbeiterpresse, wo frei von bürgerlicher Kontrolle und Manipulation alle Probleme beleuchtet, behandelt und diskutiert werden können !

● Schreibt Korrespondenzen über Eure eigenen Erfahrungen, damit auch die anderen daraus lernen können und die Realität der Ausbeutung und Unterdrückung ans Tageslicht kommt !

Wir bitten um Bestellung bei:

Zentraler Literaturdienst
Postfach 582
1150/9 Wien




MLPÖ

Rote Fahne

DIE MLPÖ - IHR WESEN UND IHRE ZIELE

PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNG

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56/2. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 228 | Ausgabe Dezember 1987 | S 30,-

ARBEITERKLASSE UND VERSTAATLICHUNG

● WELCHEN CHARAKTER HABEN VERSTAATLICHUNGEN IM KAPITALISMUS ?

● IST DIE VERSTAATLICHTE EINE BASTION DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT ?

● WIE UND MIT WELCHEM ZIEL GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG DER VERSTAATLICHTEN UND GEGEN REPRIVATISIERUNGEN KÄMPFEN ?

● WAS BRINGEN VERSTAATLICHUNGEN DURCH EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERMACHT ?

STEYRER KONFERENZ ● ÖGB-KONGRESS ● KPÖ UND VERSTAATLICHTE ● DIE FRECHHEIT DES STEYR-VORSTANDS ● AMAG-KUNDGEBUNG AM BALLHAUSPLATZ ● DEMONSTRATION AM 24.10.



Hätte jemand vor 10 oder 20 Jahren vorausgesagt, was heute mit den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten der verstaatlichten Industrie geschieht - sie oder er wäre garantiert von den meisten ausgelacht, wenn nicht wegen übelster Miesmacherei und Verleumdung der Politik von Regierung und ÖGB beschimpft worden.

Tatsache ist jedoch, daß die "Verstaatlichte" nunmehr im Eiltempo weitgehend zerschlagen wird:

● Massenentlassungen in einem noch nie dagewesenen Umfang:

- Bei der VÖEST soll jeder 3.Beschäftigte auf die Straße geworfen werden;

- Bei der bereits "aufgeteilten" VEW wird die Zahl der Beschäftigten ebenfalls um ein Drittel "reduziert", wenn nicht sogar halbiert;

- Allein 1988 sind in der ÖIAG mindestens 12.000 Entlassungen geplant ("Kurier", 20.11.87);

- und ähnlich sieht es bei Steyr, bei der AMAG, der ÖMV, ELIN... aus.

● Lohn- und Sozialabbau werden ungeheuer verschärft:

- Bei der VÖEST und bei der VEW werden die Löhne gekürzt. Die lächerliche "Lohnerhöhung" von 1,75 Prozent wird nicht voll ausbezahlt, weil davon ein Betrag für die "Stahlstiftung" weggeht.*

- Die "Sozialkohle", die Treue- und Jubiläumsprämien und der Zuschuß bei Erholungsaufenthalten, welche faktisch Lohnbestandteil waren, wurden gestrichen;

- die Betriebspensionen werden zur Gänze gestrichen; ebenso sollen die Abfertigungen von gekündigten VÖEST-Arbeitern nicht mehr ausbezahlt werden, sondern in die "Stahlstiftung" fließen;

● Zerstückelung der verstaatlichten Unternehmen und Betriebe:

- Die VÖEST wird in mehrere Firmen zerschlagen;

- Die VEW ist bereits zerschlagen worden in die früheren Schöller- und Böhlerunternehmen;

- die Chemie-Linz wurde in vier Teile zerrissen;

- die Elin wird in mehrere Firmen aufgesplittert.

● "Unrentable" Betriebe werden zugesperrt, rentable reprivatisiert:

- Gemäß dem Koalitionsübereinkommen sollen sogenannte "Verlustbetriebe" rücksichtslos zugesperrt werden, ganze Standorte sollen stillgelegt werden. Auf der Abschußliste stehen u.a. Donawitz, das Rohrwerk Kindberg, die VOEST-Werke in Eisenerz;

- Auf der anderen Seite werden Betriebe und Unternehmen reprivatisiert, die fette Gewinne abwerfen bzw. vorher soweit "saniert" werden, daß sie hohen Profit versprechen. Die Reprivatisierungswelle ist bereits angelaufen: Begonnen wurde mit der Wiener Firma Futurit AG, die an die Swarovski-Gruppe verkauft wurde. Es folgen die (Teil-)Privatisierungen der ÖMV, Chemie Linz, Elin, AMAG, AUA usw. Auf der Privatisierungsliste stehen auch die CA, Länderbank und selbst die Verbundgesellschaft !

● Gleichzeitig werden verstaatlichte Betriebe an das ausländische Monopolkapital verschleudert, oft zu regelrechten Spottpreisen. Puch-Zweirad wurde an Piaggo-Italien fast verschenkt; Semperit, die Maschinenfabrik Andritz und Siemens gehen in westdeutschen Besitz über; die ÖIAG-Handelsholding befindet sich schon zur Hälfte im Auslandsbesitz. Im Aufsichtsrat der ÖIAG wurde mit H.Münzner einem Vertreter westdeutschen Kapitals (Deutsche Bank !) bereits die zweitwichtigste Position, jene des Stellvertretenden Vorsitzenden, eingeräumt. Drei der fünf Vorstandsmitglieder des neuen VÖEST-Vorstands kommen aus Vorstandsetagen der westdeutschen Industrie.

Von der "Verstaatlichten" soll somit nur noch ein kümmerlicher Rest von Museumsstücken übrig bleiben. ÖVP-Wirtschaftssprecher und "Verstaatlichtenexperte" Taus erklärte dazu:

"Wir müssen uns daran gewöhnen, daß der ÖIAG-Konzern in wenigen Jahren eben nur noch ein mittlerer Konzern sein wird." ("Kurier", 25.9.1987)

* Die sogenannte "Stahlstiftung" ist eine der übelsten Erscheinungen der "Sozialpartnerschafts"-Politik. Vorstand und Betriebsräte haben ausgehandelt, daß die VÖESTler 0,75 Prozent der für 1988 zustehenden Lohnerhöhung in diese "Stiftung" einzahlen. Das heißt, die Löhne werden gekürzt und die von den Lasten der Krise Betroffenen sollen für die Krise bezahlen, welche nicht sie, sondern das System ihrer Ausbeuter verursacht hat. Diese angeblich "soziale" Erfindung dient zugleich als Mittel, um den Widerstand gegen Entlassungen zu spalten und zu lähmen.


FÜNF JAHRE „ROTE FAHNE“

Rote Fahne

14.000 STAHLARBEITER „ÜBERFLÜSSIG“?

▶Als die "Rote Fahne" erstmals 1968 über Pläne informierte, zumindest 14.000 VÖEST-Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße zu werfen, gab es selbst "wohlmeinende" Leserinnen und Leser, die das nicht für denkbar hielten und meinten, wir sollten nicht so maßlos übertreiben (vgl.RF 100).

DIE VERLOGENE TAKTIK DER LIQUIDATOREN

Das österreichische Finanzkapital und seine Sachwalter sind entschlossen, ihre arbeiterfeindlichen "Sanierungsmaßnahmen" mit allen Mitteln durchzuziehen. Gerade zu diesem Zweck bedienen sie sich auch der hinterhältigen Taktik, das ganze Ausmaß der geplanten Angriffe zunächst zu verschleiern.

Bei der VÖEST zum Beispiel verkündete der Vorstand im Juni 1986, daß gemäß dem neuen "Sanierungskonzept" 2400 Beschäftigte im Angestelltenbereich entlassen werden sollen (vgl. "Die Presse", 26.6.86). Gleichzeitig wird aber von "Insidern" bereits eine Zahl von 3500 bis 4000 genannt, die der Arbeiterbetriebsratsobmann Koppler für "unvorstellbar" erklärt ("Kurier", 10.6.86).

In der zweiten Etappe heißt es dann im September 1986: "Sanierungskonzept sieht Abbau von 9000 Arbeitsplätzen vor" ("Kronenzeitung", 2.9.1986), d.h. daß ein Viertel der Belegschaft entlassen werden soll.

In der dritten Etappe ist im Herbst 1987 dann schon die Rede davon, daß ein Drittel der Beschäftigten auf die Straße geworfen werden soll (laut Aussage des Personalchefs des VÖEST-Stahlbereichs, siehe "Süddeutsche Zeitung", 3.11.1987).

Nach dem selben Schema wird auch bei der Liquidierung von sozialen Leistungen und der Herabsetzung der Löhne vorgegangen, wo zunächst eine Reihe von Sozialleistungen gestrichen wurden, weil angeblich 400 Millionen Schilling im Jahr "eingespart" werden müßten, um dann die Betriebspensionen gänzlich zu streichen.



Wie die Kapitalisten ihre Probleme lösen

Auf diese Weise sollen die Kolleginnen und Kollegen schrittweise zermürbt und demoralisiert werden. Einerseits wird so die trügerische Hoffnung genährt, daß es gar so arg schon nicht kommen werde, andererseits soll auf diese Weise die Duldung und Zustimmung zu den "leider doch notwendig gewordenen" noch härteren Maßnahmen abgerungen werden. Der Zweck ist klar: Damit soll der entschlossene, gemeinsame Abwehrkampf der Arbeiterschaft dagegen verhindert werden.*

DIE TRAURIGE ROLLE DES ÖGB UND SEINER LAUFBURSCHEN IN DEN BETRIEBSRÄTEN

Bei all ihren Spaltungs- und Abwiegelungsmaßnahmen können die staatskapitalistischen Sanierer dabei auf die Unterstützung und Mitwirkung der Gewerkschaftsführer und ihrer Laufburschen in den Betriebsräten zählen. Die Salamitaktik der Vorstände der VÖEST, VEW usw. wird nämlich "begleitet" von entsprechenden "Drohgebärden" der ÖGB-Führer und der Arbeiteraristokraten in den Betriebsräten, die einzig und allein erfolgen, um die beunruhigte, erbitterte und wütende Arbeiterschaft von jedem effektiven Kampf abzuhalten, um die arbeiterfeindlichen Attacken im Endeffekt sogar direkt zu unterstützen.

---

* Der neue ÖGB-Präsident Verzetnitsch hat den ÖIAG-Generaldirektor Sekyra kritisiert, weil dieser Mitte November geäußert hat, daß das Jahr 1988 für die Beschäftigten der "Verstaatlichten" "schrecklich" würde, weil allein in diesem einen Jahr 12.000 Werktätige entlassen werden sollen. Aber w a s kritisierte Verzetnitsch ? Er hält es für unangebracht und unzweckmäßig, daß Sekyra jetzt schon diese Zahlen nennt, daß er mit diesem "heiklen Problem" jetzt schon an die Öffentlichkeit gehe, was die Belegschaften nicht motivieren könne ! D.h., er kritisiert, daß der ÖIAG-General "Unruhe" unter der Arbeiterschaft auslöst, er kritisiert ihn vom Standpunkt der Aufrechterhaltung des Ausbeuterfriedens, vom Standpunkt des Durchziehens der arbeiterfeindlichen "Sanierungsmaßnahmen", welche die Betroffenen im letzten Moment überrumpeln sollen.

Im Jänner 1986 tönte VOEST-Zentralbetriebsratobmann Ruhaltinger:

> "Wir werden es nicht zulassen, daß unsere Betriebe zerschlagen, zerstückelt oder liquidiert werden !"

Tatsächlich haben sie es nicht nur zugelassen, sondern sie haben alledem ihre Zustimmung gegeben.

Die rücksichtslose Offensive der staats- und privatkapitalistischen Unternehmer zur Zerschlagung der verstaatlichten Unternehmen wird begleitet von einem wahren ideologischen Trommelfeuer. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der verstaatlichten Industrie werden als Schmarotzer hingestellt, die daran gewöhnt seien, "weniger zu arbeiten und mehr Geld zu verdienen als die Arbeitnehmer in Österreich" sonst (der erzreaktionäre Ökonomieprofessor Andreae, "Wochenpresse" Nr.10/ 1987). Um die Reprivatisierungen, Betriebsschließungen, Lohnkürzungen usw. als plausibel erscheinen zu lassen und den Widerstand dagegen zu lähmen, tönt es tagtäglich aus den Medien, daß der Staat eben nicht wirtschaften könne, daß "zuviel Staatseinfluß" schuld an den Skandalen der Intertrading usw. sei. Die Betriebsergebnisse seien so schlecht, weil das "Risiko" fehle, weil der Anreiz und der Druck des Wettbewerbs fehle usw. usf.

Diese reaktionäre Hetze entfaltet ihre Wirkung vor allem dadurch, daß die "Arbeitnehmer"-Parteien, -Vertreter und - Organisationen, die bisher den Arbeitern und Arbeiterinnen einen blauen Dunst über die "Verstaatlichte" vormachten, zum Teil ganz offen in diesen Chor einstimmen. So erklärt z.B. Frau Goldmann in "arbeit & wirtschaft", es müsse eingestanden werden, "daß die großen Hoffnungen, die unsere Bewegung in die Verstaatlichung gesetzt hat, sich letztlich nicht erfüllt haben" ("a&w" Nr.11/86, S.16). Nun heiße es Abschied zu nehmen von einem "Jugendtraum", dessen Erfüllung "nun einmal die internationale Wettbewerbsfähigkeit... nicht zulassen" würde (ebenda). Und tatsächlich haben die Betriebsräte der VÖEST und VEW bisher den arbeiterfeindlichen Maßnahmen zugestimmt und geäußert, daß man es halt mit den "Umstrukturierungen" versuchen müsse und darin vielleicht eine Chance liege !

Die Schande des ÖGB

POLITIK

Seite 2

Gewerkschaft akzeptiert Sanierungspläne samt Personalabbau, fordert aber Schaffung neuer Arbeitsplätze:

Benya hält nichts von Streiks bei der VOEST!

Der ÖGB segnet das VOEST-Konzept ab

Arbeiterkammer-Präsident Adolf Czettel bezeichnete gestern das Voest-Konzept als „plausibel".

Czettel betonte, die Gewerkschaften würden die Erhaltung der Arbeitsplätze verteidigen, wenn sie zu der Überzeugung gelangten, daß dies möglich sei.

VOEST: Betriebsrat für Lohnverzicht

Zu einer dramatischen Konfrontation beginnt sich die Diskussion um das VOEST-Sanierungskonzept zuzuspitzen: Obwohl der Betriebsrat allen gewerkschaftlichen Traditionen zum Trotz drastische Beschäftigten-Opfer anbietet, um Kündigungen zu verhindern, beharren VOEST-Vorstand und ÖIAG-Management auf die einschneidenden Personalmaßnahmen.

Hinzu kommt, daß aus den "konservativ" regierten Ländern, vor allem aus Großbritannien, durch die bürgerlichen Medien lauter "Erfolgsmeldungen" verbreitet werden über die angeblichen Früchte der Reprivatisierungsmaßnahmen, welche aus den Lohnabhängigen dort ein Volk von Aktienbesitzern gemacht und die Wirtschaft wieder flott gekriegt hätten.

Auf der anderen Seite kommen aus den Ländern des "realen Sozialismus" praktisch ununterbrochen Schreckensmeldungen über die Mißwirtschaft in den staatlichen Unternehmen dort. Triumphierend wird verkündet, daß die Machthaber auch dort einsehen müßten, daß der Staat nicht wirtschaften könne, daß Reprivatisierung, Wettbewerb zwischen den Betrieben usw. nötig seien, die Marktwirtschaft immer noch die beste aller Wirtschaftsformen und überhaupt die einzige der menschlichen Natur entsprechende sei.

Das alles zusammengenommen hat dazu geführt, daß in der Arbeiterklasse ungeheure Unsicherheit und Lähmung vorherrschen, sich in breiten Kreisen der Werktätigen tiefe Verbitterung und Hoffnungslosigkeit breit machen und effektive Widerstands- und Kampfmaßnahmen bis jetzt kaum gesetzt werden.

DAS SCHLIMMSTE: DAS FAST NOCH VÖLLIGE FEHLEN VON ERNSTHAFTEM WIDERSTAND !

Zwar gibt es da und dort einzelne Proteste und Streikaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen. Es haben sich auch Initiativen gebildet gegen die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie und gegen Sozialabbau. Doch muß ungeschminkt und realistisch festgestellt werden, daß diese Ansätze überwiegend klar unter der Kontrolle der Sozialdemokratie, der "K"PÖ-Revisionisten und anderer reformistischer Kräfte stehen, somit mehr oder weniger "schaumgebremst" sind, von Seiten der sie kontrollierenden Kräfte vor allem dem "Ablassen von Überdruck" dienen.

In den Betrieben gelingt es den arbeiteraristokratischen Lakaien

ÜBER DIE GRÜNDE, WARUM DIE ÖGB-FÜHRER NOTORISCHE FEINDE JEDER KLASSENKÄMPFERISCHEN ARBEITERBEWEGUNG SIND

Die Tatsache, daß in allen hochindustrialisierten Ländern eine sich radikalisierende Arbeiterbewegung auf die Feindschaft solcher Leute wie hier die ÖGB-Führer stößt, läßt sich keinesfalls aus - sicherlich auch reichlich vorhandener - Charakterlosigkeit, Karrierismus und anderen ekelerregenden persönlichen Eigenschaften erklären. Die Gründe liegen tiefer. Die genauere Betrachtung der heutigen Gesellschaftsordnung in Ländern wie Österreich zeigt, daß ein wesentlicher Zug die Ausbeutung der Völker anderer Länder ist, und daß durch diese imperialistische Ausbeutung z.B. in sogenannten "Billiglohnländern" ein Extraprofit erzielt wird:

> "Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen EXTRAPROFIT (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres 'eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie b e s t e c h e n kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der 'fortgeschrittenen' Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie' (ist) in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert... sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie". (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, LW 22, S.198).

Aus dieser verbürgerlichten Schicht der Arbeiteraristokratie rekrutiert sich maßgeblich die gelbe Gewerkschaftsbürokratie, an deren Spitze die ÖGB-Bonzen stehen, die schon längst mit dem österreichischen Finanzkapital verwoben sind. Ohne schonungslosen und systematischen Kampf gegen den Einfluß der Arbeiteraristokraten und - bürokraten ist die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung nicht möglich !

in den Betriebsräten und im ÖGB, den "Betriebsfrieden" aufrechtzuerhalten. Oder aber sie führen lediglich desorientierende und spalterische Aktionen durch. So werden z.B. unter Führung Hutterers in Ternitz und unter Führung Rechbergers in Kapfenberg die Arbeiter dieser zwei VEW-Standorte (jetzt wieder Schöller und Böhler) gegeneinandergehetzt - zum Nutzen der Kapitalisten und zum Schaden der Werktätigen da und dort.

Initiativen wie der "Steyrer Appell" der Bürgerinitiative "Solidarität mit der Verstaatlichten und der Gemeinwirtschaft" sind vorrangig bemüht, die prinzipielle "Lebensfähigkeit" der "Verstaatlichten" nachzuweisen. Sie zerbrechen sich den Kopf der Manager und Staatskapitalisten, denen sie eifrig vorrechnen, mit welchen "Vorwärtsstrategien" die verstaatlichten Unternehmen mehr Gewinn machen könnten. Von einer die Arbeiterschaft zum Kampf für ihre Lebensinteressen mobilisierenden Aktivität ist dagegen so gut wie nichts zu finden. Im Kern kommt bei alledem nur eine Verstärkung der Illusionen über Verstaatlichungen im Kapitalismus heraus, die sich bis jetzt als so lähmend für jegliche kämpferische Aktivitäten erwiesen haben.*

> Die Situation ist also die: Während die Feinde der Arbeiterklasse, die privaten und staatlichen Unternehmer und ihre Sachwalter offensichtlich ganz gezielt und strategisch vorgehen, um ihre Ausbeuterinteressen durchzusetzen, um die Lasten der Krise mit aller Wucht auf die Schultern der Arbeiterschaft und anderen Werktätigen abzuwälzen, steht dem die betroffene Arbeiterschaft noch weitgehend ohnmächtig und untätig gegenüber.**

* Siehe dazu ausführlich die Korrespondenz: "Steyrer Konferenz - ein Schritt nach vorn ?" in dieser Nummer auf S.44.

** Der revolutionäre Geist der proletarischen Klassensolidarität ist in den "Verstaatlichten" vielleicht mehr ruiniert worden als anderswo. Der giftige Einfluß der von den Reformisten und Sozialchauvinisten verbreiteten "Sozialpartnerschafts"-Ideologie, des Schulterschlusses mit den "eigenen" Ausbeutern und der Entsolidarisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen untereinander, hat es dahin gebracht, daß selbst der VOEST-Werkpfarrer in einem Radio-Interview von einem "mörderischen Kampf" spricht, der sich dort angesichts der Massenentlassungen zwischen den Beschäftigten abspielt ("Mittagsjournal", 13.9.1986).

Die Bedrohlichkeit dieser Situation ist aber noch ärger. Die Konzentration der Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter der verstaatlichten Industrie zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nur Vorspiel und Auftakt für die Kapitaloffensive gegen die g e s a m t e Arbeiterklasse, gegen a l l e Werktätigen in allen anderen Bereichen, insbesondere auch im Bereich der Privatindustrie.*

Bei der "Verstaatlichten" handelt es sich fast durchwegs um die größten Betriebe Österreichs, wo die Arbeiterklasse am meisten konzentriert ist. Das spezifische Gewicht dieser Betriebe und Unternehmen ist weit größer als der zahlenmäßige Anteil der Beschäftigten darin an der Zahl der Beschäftigten in Österreich überhaupt. Das bedeutet: Gelingt es, die "Sanierungs"-Angriffe hier durchzuziehen, ohne daß die Belegschaften energisch Widerstand leisten, so haben die kapitalistischen Wölfe beim "Rest" relativ leichtes Spiel, weil es in den überwiegend kleinen und mittleren Betrieben der Privatunternehmer relativ schwieriger ist, dagegen anzukämpfen.**

Daraus folgt, daß die gesamte Arbeiterklasse und alle mit dieser verbundenen Menschen der Entwicklung des Kampfes in der "Verstaatlichten" besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, warum sie schleunigst begreifen müssen, daß es hier auch um sie selbst, um die österreichische Arbeiterschaft überhaupt geht, warum diese daher raschestens als ganze Klasse in den Kampf treten muß !

Um die lähmende Situation zu überwinden, um den Blick und beide Hände frei zu bekommen für den unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitaloffensiven und für die ureigensten Arbeiterinteressen, ist es unabdingbar, K l a r h e i t zu schaffen über die brennenden Fragen der nun entstandenen Situation, des wirklich nicht mehr aufschiebbaren Eintretens der gesamten Arbeiterklasse Österreichs in den Kampf für ihre Lebensinteressen, sowie der Erfordernisse und Perspektiven dieses Kampfes.

* Bezeichnend ist z.Bsp., daß ein privates Unternehmen der chemischen Industrie im Raum Linz sofort nach Bekanntwerden der Kürzungen der freiwilligen Sozialleistungen bei der verstaatlichten Chemie Linz AG die eigenen sozialen Leistungen gesenkt hat.

** Hier liegt ja auch einer der Beweggründe für die Aufsplitterung der "Verstaatlichten" in möglichst viele, voneinander separierte kleinere Betriebe.

■ Dieser Artikel versteht sich als ein Beitrag zur Auseinandersetzung unter den unmittelbar Betroffenen in der "Verstaatlichten" und den mit ihnen solidarischen Menschen.

Zugleich steht er im Zusammenhang mit der Diskussion zum Fragenkomplex "Verstaatlichung und Reprivatisierung", die in den Reihen der Marxisten-Leninisten Österreichs seit einiger Zeit geführt wird (woran sich auch Genossinnen und Genossen der Schwesterorganisationen der MLPÖ in Westdeutschland "Gegen die Strömung" und in Westberlin "Westberliner Kommunist" beteiligen.)

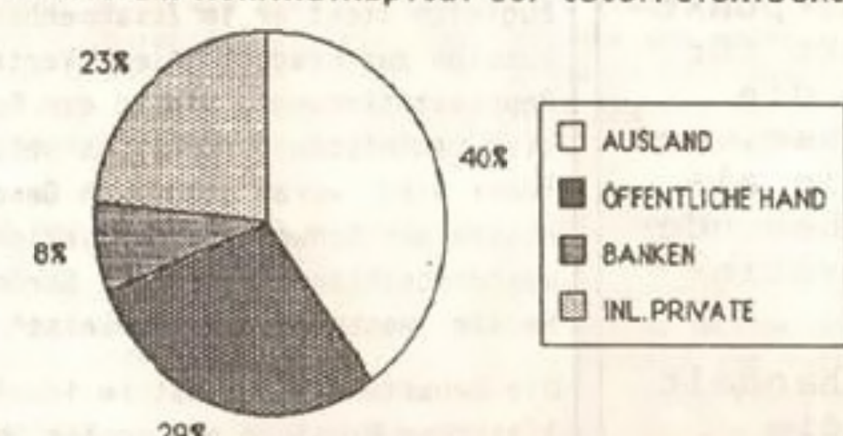
Die Debatte darüber ist in ideologischer und politischer Hinsicht von großer Bedeutung, weil wir hier mitten drin sind in entscheidenden Problemen des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus, zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie und Politik:

- Die Frage der Verstaatlichung ist untrennbar verbunden mit der Kernfrage einer jeden Revolution, der Frage der Staatsmacht: was für ein Staat verstaatlicht, wessen Staat verstaatlicht ?
- Die Frage der Reprivatisierungen ist eng verknüpft mit der richtigen Führung der Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lage der Werktätigen: wie muß dieser unbedingt nötige Kampf geführt werden, daß im Endergebnis nicht Illusionen in den bürgerlichen Staat geschürt, sondern zerstört werden, um Kräfte zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in diesen Tageskämpfen zu sammeln ?
- Beide Aspekte sind schließlich verknüpft mit der Verpflichtung der Marxisten-Leninisten, die richtige revolutionäre Perspektive in diese Kämpfe hineinzutragen und die damit verbundenen Teilfragen überzeugend zu beantworten: Was bedeuten Verstaatlichungen in einem revolutionären Staat der Arbeiterklasse ? Woran liegt es, daß die "Staatswirtschaft" in den revisionistisch-kapitalistischen Ländern nicht funktioniert, jedenfalls nicht im Interesse der Werktätigen, wie kann eine so abstoßende Fehlentwicklung vermieden werden, wozu ist dafür die Diktatur des Proletariats nötig ?

EINIGE DATEN ZUR BEDEUTUNG DER "VERSTAATLICHTEN" IN ÖSTERREICH

Die Eigentumsstruktur der österreichischen Industrie wird im internationalen Vergleich durch überdurchschnittlich hohe Anteile sowohl des Staates als auch des Auslandskapitals charakterisiert:

Anteile am Nominalkapital der österreichischen Industrie in %

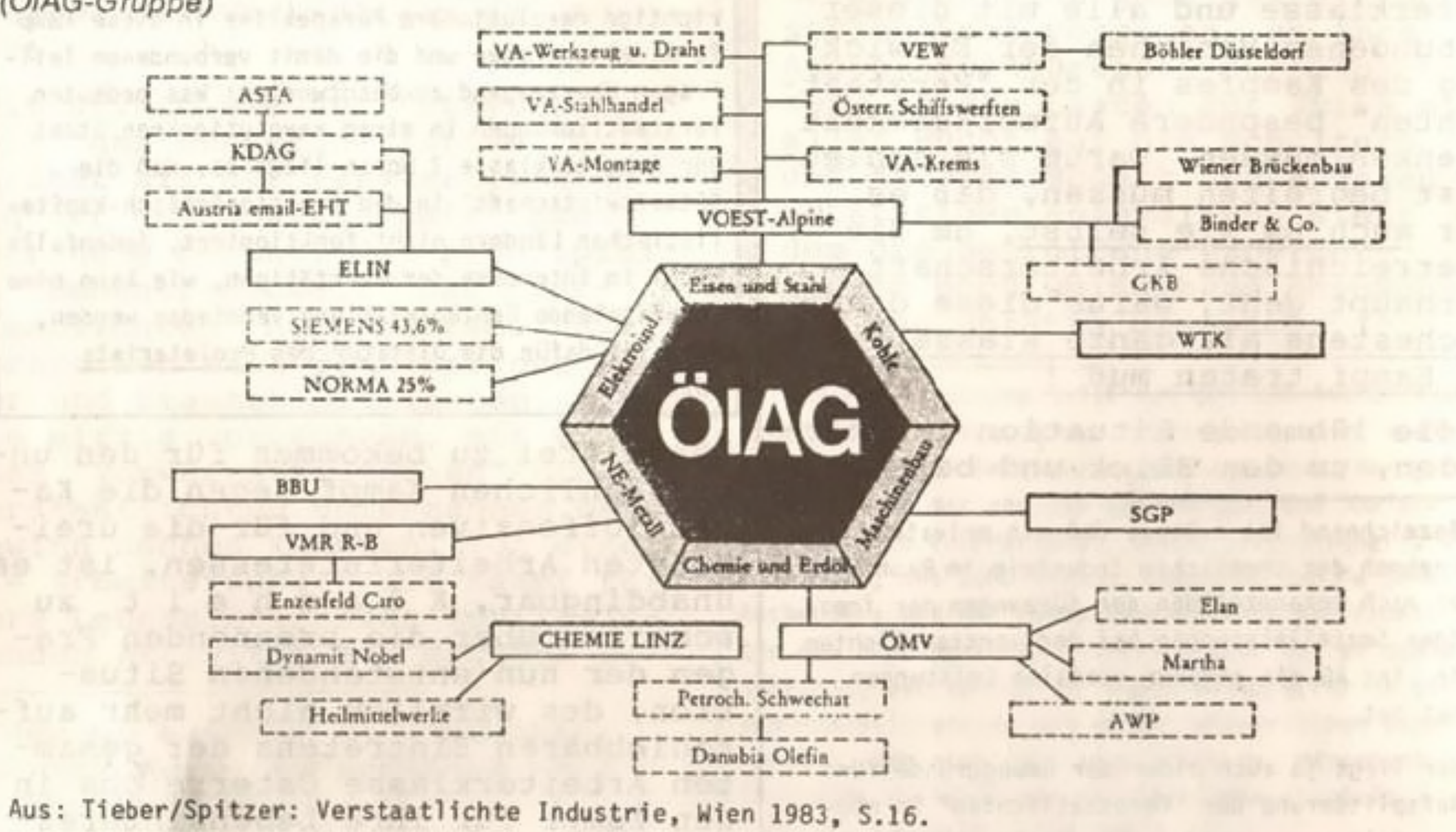


Quelle : Ederer, B. (et al.), 1985, Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft, Wien

Die in der staatlichen Holding "Österreichische Industrieverwaltungs-AG" zusammengefaßten verstaatlichten Industriebetriebe spielen in der kapitalistischen Wirtschaft eine große, in manchen Beziehungen sogar herausragende Rolle.

- Der ÖIAG-Konzern beschäftigte 1983 knapp über 100.000 Menschen, das sind etwas mehr als 18 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie.
- Die verstaatlichte Industrie war 1983 mit 21,3 Prozent am Bruttoproduktionswert der österreichischen Industrie, mit 24 Prozent an den Exporten und mit 22,1 Prozent an den Industrieinvestitionen beteiligt.
- Die verstaatlichten Betriebe konzentrieren sich vor allem auf den Grundstoffbereich, also auf Eisen und Stahl (VÖEST-Alpine, VEW), Chemie (Chemie Linz), Erdöl (ÖMV), den Nichteisenbereich (Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG) und den Kohlebau. 100 Prozent des Roheisens, mehr als 90 Prozent des Rohstahls werden von der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie erzeugt. Darüber hinaus gehören auch Betriebe der Elektroindustrie (Elin-Union AG, Siemens Österreich AG), des Maschinen-, Anlagen, Fahrzeuge- und Schiffsbaus (z.B. Simmering-Graz-Pauker AG, Österreichische Schiffswerften AG) zur ÖIAG.
- Die verstaatlichten Betriebe stehen an der Spitze der größten Industrieunternehmen Österreichs.
- Auch die verstaatlichten Banken stehen an der Spitze der Liste der größten Banken Österreichs.

Die wichtigsten Unternehmen der verstaatlichten Industrie (ÖIAG-Gruppe)



Aus: Tieber/Spitzer: Verstaatlichte Industrie, Wien 1983, S.16.

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN CHARAKTER VON VERSTAATLICHUNGEN IM KAPITALISMUS !

Jahrelang, jahrzehntelang wurde besonders von den SPÖ- und ÖGB-Führern verkündet, daß mit den Verstaatlichungen der größten Banken, der Grundstoffindustrie und grosser Teile der Großindustrie überhaupt nach dem 2.Weltkrieg das dauerhafte Fundament und die sichere Garantie für eine krisenfreie Aufwärtsentwicklung, für den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft, für die Sicherung der unabhängigen nationalen Existenz Österreichs geschaffen worden sei. Es sind noch keine 10 Jahre her, da hat Sepp Wille, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft und seinerzeitiger Parlamentsklubobmann der SPÖ, den Kapitalismus in Österreich offiziell für "ü b e r w u n d e n" erklärt. Der Kapitalismus sei ein "gewesenes Ungeheuer", gerade auch deshalb, weil durch die Verstaatlichung entscheidender Wirtschaftsbereiche die Profitwirtschaft ihre vorherrschende Position eingebüßt hätte.

Derartige Demagogie verfolgte stets den Zweck, die Hirne der Arbeiterinnen und Arbeiter zu vernebeln und ihre Hände zu binden. Das wird ganz klar aus folgenden Sprüchen von VEW-Zentralbetriebsratobmann Hutterer aus dem Jahr 1983:

> "Verzichte und Opfer <u>fallen leichter</u> in Unternehmen, die dem Staat, der öffentlichen Hand, gehören. Jeder Beschäftigte kann sich <u>persönlich mit ihnen eng verbunden</u> fühlen. Ihre Gebarung ist überprüfbar. Es besteht die Sicherheit, daß Opfer nicht zur persönlichen Bereicherung bzw. Vermögensmaximierung privater, nicht kontrollierbarer Besitzer im In- oder Ausland genützt werden können."
> (Hutterer, zitiert nach: Tieber/Spitzer, Verstaatlichte Industrie, Wien 1983, S.57)

Allerdings, dieses Gefasel kann heute nur noch als bitterer Hohn in den Ohren tausender Entlassener und von der Entlassung Bedrohter klingen. Jetzt zerbricht das ganze ungeheure Gebäude aus Versprechen, Lügen und Demagogie, ja es wird rücksichtslos zerbrochen und zur Seite geworfen, nachdem es ausgedient hat.

Und es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft ihrerseits in vollem Umfang erkennt, daß sie keinerlei Ursachen hat, die verstaatlichten Betriebe als "ihre" Betriebe anzusehen. Die Arbeiter haben keinerlei Veranlassung, geduldig immer neue Opfer zu bringen und sich immer weitere Verzichte abverlangen zu lassen. Denn die verstaatlichten Betriebe gehören nicht "dem österreichischen Volk". Entgegen dem Geschwätz von Sepp Wille und seinesgleichen bedeuten Verstaatlichungen in der bürgerlichen Gesellschaft keine "Überwindung" des Kapitalismus, weil der bürgerliche Staat nicht über den Klassen steht. Der heute in Österreich bestehende Staat ist kein "Volksstaat", sondern Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats und Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse. Damit gilt auch, daß

> "solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern eine <u>Formänderung</u> der Ausbeutung ist" (Engels an Oppenheim, MEW Bd. 18, S.64).

Nichts anderes als ein solcher "Formwechsel" waren auch die Verstaatlichungsmaßnahmen in Österreich nach dem 2.Weltkrieg. Über deren Charakter und Ursachen muß Klarheit geschaffen werden, weil sonst die ganze Entwicklung bis

ENGELS ÜBER ÖKONOMISCHE URSACHEN UND CHARAKTER VON VERSTAATLICHUNGEN IM KAPITALISMUS

"Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andre Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen...

Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat..., was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideele Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben."

(Engels, "Anti-Dühring", MEW 20, S.258-260, 1878)

heute nur in einem falschen Licht erscheint und daraus nur falsche Schlüsse gezogen werden können.

DIE WIRKLICHEN GRÜNDE UND ABSICHTEN DER VERSTAATLICHUNGEN NACH DEM 2.WELTKRIEG IN ÖSTERREICH

Verstaatlichte Unternehmen hat es in Österreich auch schon vor dem 2.Weltkrieg gegeben. Die Post und die Eisenbahnen waren bereits vor dem 1.Weltkrieg in Staatsbesitz. Wie bereits Engels bemerkte, trat die ökonomische Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum zuerst bei den "großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen" hervor. Diese Betriebe waren von vornherein so beschaffen, daß in der Regel der Staat, "der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft" ihre Leitung übernehmen mußte (vgl. "Anti-Dühring", MEW 20, S.259).

Eine Reihe von Staatsmonopolen stammen sogar aus der Zeit der absolutistischen Feudalherrschaft, vor allem das Tabak- und Salzmonopol oder die Bundesforste.

Diese Verstaatlichungen bzw. Staatsunternehmungen betrafen im wesentlichen n i c h t das Gebiet der kapitalistischen Produktion, d.h. vor allem nicht die industriellen Großbetriebe.

Anders liegen die Dinge bei den Verstaatlichungen nach 1945. 1946 wurden durch das "Verstaatlichungsgesetz" eine Reihe wichtiger Betriebe in den Besitz des Staates übergeführt. Diese Betriebe umfaßten beinahe die gesamte österreichische Schwer- und Grundstoffindustrie sowie die wichtigsten Banken.

War nun also doch das Zeitalter der "Sozialisierung" der Privatwirtschaft angebrochen, wovon die österreichische Sozialdemokratie bereits nach dem 1.Weltkrieg gesprochen hatte ?

Die wirklichen Gründe für die großangelegten Verstaatlichungsmaßnahmen nach 1945 lassen sich nur verstehen, wenn wir uns die gesamte damalige Lage vergegenwärtigen.

Der 2.Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage der faschistischen Aggressoren. Im Ergebnis des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die sozialistische UdSSR Stalins war der erste proletarische Staat der Welt nicht nur nicht zerschlagen worden, sondern stand sogar international gefestigter da denn je. Die Rote Armee der UdSSR, welche den Hauptbeitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus geleistet hatte, hatte auch weite Teile Europas von den Nazihorden befreit. Das Ansehen der sozialistischen Sowjetunion hatte in der ganzen Welt ungeheuer zugenommen. Das sozialistische Gesellschaftssystem hatte seine Überlegenheit eindrucksvoll bewiesen.

In einer Reihe von befreiten Ländern Osteuropas und Südosteuropas wurde damit begonnen, die Wurzeln des Faschismus auszureißen. Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten wurden enteignet, Bodenreformen durchgeführt usw. Unter der Führung kommunistischer und revolutionärer Arbeiterparteien wurden sichtbare Schritte getan in der Richtung, nicht mehr die alte Ausbeuterordnung wiederherzustellen, sondern für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen.*

Ganz anders dagegen sah die Situation im Lager des Weltimperialismus aus. Zwar war der US-Imperialismus als einzige imperialistische Großmacht gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Aber das kapitalistische Lager insgesamt war erheblich geschwächt und erschüttert worden. Die besiegten faschistischen Mächte lagen zerstört am Boden. England und Frankreich waren sehr geschwächt worden.

Nicht zuletzt aber war das kapitalistische System als solches vor den Volksmassen stark diskreditiert worden. Die Tatsache war offenkundig, daß die entscheidenden Träger des Faschismus die Monopolkapitalisten waren, die Krupp, Thyssen, Stinnes usw. Das wurde schließlich auch in den Nürnberger Prozessen festgestellt.

Die kapitalistischen Regimes waren also unter starker Bedrängnis und gezwungen, zu manövrieren, um nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren, um die Ausbeuterpositionen zu sichern und erneut auszubauen. Das ist der Hintergrund der Verstaatlichungen, die nicht nur in Österreich, sondern zum Beispiel vor allem auch in England mit großem Geschrei, hemmungsloser Illusionsmacherei und sozialer Demagogie durchgeführt wurden.

Die Situation war auch in Österreich für die Bourgeoisie keineswegs einfach und frei von "Risiken"; schon weil es in unmittelbaren Nachbarländern zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Monopolbesitz der Bourgeoisie kam, wie in der Tschechoslowakei und in Ungarn, und im östlichen Teil

* In Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei usw. beschritt die Arbeiterklasse den Weg der Volksdemokratie. Aufgrund verschiedener Faktoren, dem historischen Entwicklungsstand des Landes, dem Faktor der nationalen Versklavung und des Faschismus war die Volksdemokratie dort zunächst eine Form der antiimperialistischen, antifeudalistischen Umwälzung und wurde erst im Zuge des Übergangs zur sozialistischen Revolution zu einer Form der Diktatur des Proletariats.

Eine genaue Analyse dieser Erfahrungen, darunter auch der ohne Zweifel vorhandenen Fehler und Fehlentwicklungen, die schließlich zur Herrschaft des Revisionismus in diesen Ländern führten, ist eine der wichtigsten anstehenden ideologisch-theoretischen Aufgaben der Marxisten-Leninisten.

ENGELS GEGEN DEN "FALSCHEN SOZIALISMUS", JEDE VERSTAATLICHUNG FÜR "SOZIALISTISCH" ZU ERKLÄREN

"Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der *jede* Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahn selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Haupteisenbahnlinien verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen - so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen."

(Engels, "Anti-Dühring", MEW 20, S.259, 1878)

Die Verstaatlichung der Eisenbahnlinien und der Tabakindustrie brachte den Herrschenden "die direkte Herrschaft über zwei neue Armeen, die der Eisenbahnbeamten und die der Tabaksverkäufer, und die damit verknüpfte Macht der Stellenvergabe und Korruption."

(Engels an Bracke, MEW 34, S.328)

Österreichs die Rote Armee stand.

Noch gewichtiger aber waren andere Faktoren:

Die meisten Großbetriebe waren vor 1938 in ausländischem, insbesondere in deutschem Besitz gewesen und hatten maßgeblich zur Untergrabung der österreichischen Unabhängigkeit beigetragen. Unternehmen in deutscher Hand wie die Alpine waren wahre Brutstätten des Nazismus und direkte Finanziers des braunen Faschismus gewesen. Andere Großunternehmen, wie vor allem die damaligen "Hermann-Göring-Werke" in Linz, die heutige VÖEST, waren überhaupt erst nach der Okkupation Österreichs für die Welteroberungspläne, für den Krieg des deutschen Imperialismus aufgebaut und ausgebaut worden.

Breite Kreise des österreichischen Volkes, besonders der Arbeiterschaft, forderten daher in zahllosen Versammlungen, Entschließungen und Manifestationen energisch, diese Betriebe unter keinen Umständen wieder in die Hände der in- oder ausländischen Monopolisten zurückgelangen zu lassen.

Die Kräfte des Kapitals waren unter diesen Umständen einfach ausserstande, sich offen über die Bestrebungen der werktätigen Massen hinwegzusetzen. Doch während die führenden österreichischen Politiker damals großartig von "Sicherung der Demokratie und Unabhängigkeit", von den sozialen und nationalen Interessen des österreichischen Volkes schwätzten, hatten sie in Wahrheit ganz andere Dinge im Sinn. Sie erkannten, daß sie um Verstaatlichungsmaßnahmen nicht nur nicht herumkommen würden, sondern diese unter Umständen sogar ein wirksames Mittel zur Sicherung und Durchsetzung ihres Grundinteresses zum raschen Wiederaufbau ihrer Profitwirtschaft, zum Betrug an der Arbeiterklasse sein konnten. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht:

Erstens waren die Verstaatlichungen für das österreichische Kapital unter den damaligen Bedingungen aus ökonomischen Gründen äusserst vorteilhaft, wenn nicht sogar unumgänglich.*-Die großen, nach 1938 in "deutsches Eigentum" übergegangenen bzw. unter der Hitler-Herrschaft nach der Okkupation erst gebauten Betriebe und Unternehmen konnten mit den Mitteln des darniederliegenden Privatkapitals kaum rasch in Gang gebracht werden.**

Das Kapital begriff sehr rasch, daß die Verstaatlichung unter bestimmten Bedingungen eine optimale Form darstellen konnte, um kriegsbeschädigte, bankrotte oder in ihrer technischen Ausrüstung zurückgebliebene Unternehmungen auf Kosten des arbeitenden Volkes aus dem Staatssäckel, nämlich aus dem Erträgnis von Massensteuern, wieder zu sanieren und hochzubringen.

Zweitens. Um die durch den Krieg weitgehend zerstörten, praktisch ruinierten Betriebe wieder aufzubauen und den Massen die Opfer dieses Wiederaufbaus aufhalsen zu können, mußten die Ausbeuter den arbeitenden Menschen das Gefühl geben, daß sie für "ihre eigenen Betriebe", "für das neue Österreich", für den "neuen Staat", im Grunde "für sich selbst" und nicht für irgendwelche Monopolkapitalisten arbeiteten.***Umfangreiche Verstaatlichungsmaßnahmen, die von der SPÖ als eine Art Enteignung des Kapitals, als Überführung der Betriebe in die Hände der "Allgemeinheit", wenn nicht sogar als Schritt zum Sozialismus hingestellt wurden, dienten diesem betrügerischen Zweck auf beste Weise.

Drittens. Der Großteil der besagten Betriebe war nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland *deutsches Eigentum* geworden und als solches gemäß den Potsamer Beschlüssen in sowjetische Verwaltung gekommen, als der Krieg zu Ende war. Mit ihrer "Verstaatlichung" hofften die Herrschenden,

---

* Allerdings nahm die Bourgeoisie von den Verstaatlichungsmaßnahmen eine ganze Reihe von Betrieben und Unternehmen aus. Insgesamt wurden 71 Unternehmen und Betriebe der Bergbau-, Erdöl- und Erdgas-, Stahl- und Grundstoff-, der Maschinen und Stahlbau-, der Elektroindustrie und der Banken verstaatlicht. Selbst auf einer vom ÖGB für den parlamentarischen Unterausschuß erstellten Liste waren ursprünglich 235 Unternehmen aufgeführt gewesen (siehe "arbeit & wirtschaft" Nr. 11/86, S.13).

Über den kapitalistisch-pragmatischen Charakter der Verstaatlichungen in Österreich äußerte der heutige Nationalbankpräsident Koren im Jahr 1961:

"Daß die Verstaatlichung in Österreich keinen ideologischen 'Background' hatte, kann man an der Auswahl der Unternehmungen leicht feststellen. Im Ersten Verstaatlichungsgesetz, das die Industrie betraf, wurde kein Unternehmen einbezogen, das privaten in- oder ausländischen Eigentümern (außer deutschen) gehörte."
(Koren, Die Industrialisierung Österreichs, in: W.Weber: Österreichs Wirtschaftsstruktur, Band I, Westberlin 1961, S.340).

Diese Äußerung ist bezeichnend, auch wenn tatsächlich einige österreichische Privatunternehmen (vor allem Kohlengruben und die Schmidhütte Krems) verstaatlicht wurden.

** Der ehemalige ÖVP-Bundeskanzler Julius Raab äußerte dazu rückblickend:

"Keine private Stelle wäre damals in der Lage gewesen, jene ungeheuren Kapitalien aufzubringen, die notwendig waren, um die Schlüsselindustrien wieder in Gang zu bringen."
(Raab, zitiert nach: "arbeit & wirtschaft", Nr.11/86, S.12)

*** Im Arbeiterkammer-Organ "arbeit und wirtschaft" wird das geradeheraus zugegeben:

"Was heute so gut wie vergessen ist, ist der Umstand, daß die erschöpfte und halb verhungerte Arbeiterschaft in der 'Stunde Null' sich kaum so energisch an das Werk des Wiederaufbaus gemacht hätte, wenn sie nicht von der Vision beflügelt gewesen wäre, an der Wiederherstellung ihrer 'eigenen' zerstörten Werkhallen zu arbeiten."
("arbeit & wirtschaft" Nr.3/86, S.38)

diese Betriebe der sowjetischen Verwaltung früher oder später zu entreißen, vorläufig zumindest aber eine wirkungsvolle Provokation gegen die damalige sozialistische UdSSR zu organisieren.

So kam es in Österreich zu einer relativ weitgehenden Verstaatlichung, die jedoch nichts anderes war als eine eigentümliche Form zum Schutz k a p i t a l i s t i s c h e r Interessen, ein pharisäischer Betrug an der Arbeiterklasse*. Dieser Betrug schloß gewisse begrenzte Zugeständnisse, die Gewährung einzelner bescheidener Vorteile für die Beschäftigten dieser Betriebe keineswegs aus; im Gegenteil: sie dienten sogar dazu, den Betrug nicht so leicht durchschaubar zu machen und die insbesondere von der Sozialdemokratie und vom ÖGB betriebene Illusionsmacherei zu fördern.

DER KAPITALISTISCH-IMPERIALISTISCHE CHARAKTER DER "VERSTAATLICHTEN"

Der kapitalistische Charakter der Verstaatlichungen in Österreich war von Anfang an gegeben und gewährleistet.

Die entscheidende politische Voraussetzung dafür war die Existenz und zügige Festigung eines bürgerlichen Staatsapparats unter uneingeschränkter Kontrolle des Großkapitals, wie er nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus rasch wieder in Aktion getreten war.

Innerhalb der verstaatlichten Industrie erfolgte die Durchsetzung und Gewährleistung der Profitinteressen des Monopolkapitals dadurch, daß von Beginn an Kreaturen des Monopolkapitals an die entscheidenden Schaltstellen gesetzt wurden. Zu diesem Zweck waren SPÖ und ÖVP auch übereingekommen, das bürgerliche Aktienrecht anzuwenden, das im übrigen unverändert aus dem Hitlerfaschismus übernommen wurde.

Jedenfalls sind das österreichische Finanzkapital und die gesamte Kapitalistenklasse mit den Verstaatlichungen recht gut gefahren. Über Jahrzehnte hinweg haben sie es verstanden, sich in und mit der "Verstaatlichten" zu bereichern.* Dazu bedienten sie sich der verschiedensten Wege und Kanäle.

DIE VERSTAATLICHTE INDUSTRIE ALS „MELKKUH" FÜR DIE PRIVATE WIRTSCHAFT UND DEN STAAT 1945—1955*

Preisvorteile für die Wirtschaft bei Kohle, Eisen, Stahl bis etwa 1955	8,4 Mrd.
Ablösen für die USIA-Betriebe	1,25 Mrd.
Erdölablöselieferungen an die Sowjetunion	0,91 Mrd.
Entschädigung für Vorbesitzer	0,09 Mrd.
Milchpreisstützung durch ÖMV, 1956	0,3 Mrd.
Lieferung von Erdgas an Niederösterreich mit Preisbegünstigung von	1,1 Mrd.
Lieferung an Niederösterreich für Erdgasnetz der NIOGAS	0,1 Mrd.
	12,15 Mrd.

*) Gemeinwirtschaft: Aufgabe, Ausmaß, Argumente, Jugend und Volk, 1979, Seite 36.

Beachtenswert bei dieser kleinen Übersicht sind vor allem die 8,4 Mrd. S "Preisvorteile für die Wirtschaft" allein in den Jahren 1945-1955.

Die ganze Wirtschaftsweise der verstaatlichten Unternehmungen selbst hat gezeigt und zeigt heute mehr denn je, daß deren Praktiken, Vorgangsweisen und Zielsetzungen denen der "privaten" Monopole gleichen wie ein faules Ei dem anderen.

Das zeigt sich besonders an der Rolle der zwei größten Banken, die an der Spitze der "Verstaatlichten" stehen: Die CA-Bankverein und die Länderbank. Diese zwei Banken stehen an der Spitze ganzer Imperien von direkt oder indirekt, halb oder ganz verstaatlichten Bankinstituten und Industrieunternehmungen. Die Herrschaft dieser Banken wird bevorzugt durch das "Beteiligungssystem" gesichert. Allein der Direktor der CA, der notorisch berüchtigte "Sozialist" Androsch, sitzt in zirka 20 Aufsichtsräten (wobei jeder dieser "Posten" selbstverständlich fürstlich "entlohnt" wird.)

Die CA-Bankverein und die Länderbank sind im Grunde ein Musterbeispiel für die typische Rolle der Banken im Imperialismus als allmächtige Monopolinhaber. Hier finden wir wirklich alle "klassischen" Merkmale wie

- "Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank",
- "Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmen",
- "beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt".

Das zeigt das Vorhandensein einer wahrhaftigen Finanzoligarchie (Zitate aus Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.214 ff).**

---

* Hier stellt sich natürlich die Frage, ob und wie weit die Politik der KPÖ von 1946 in der Verstaatlichenfrage richtig war. (Trotz einer Reihe von Kritiken hatte sie dem Verstaatlichungsgesetz von 1946 schließlich zugestimmt.)

Tatsächlich stand die KPÖ in dieser Frage damals unter großem Druck und war in einer sehr schwierigen Situation, weil alle von ihr vorgebrachten Kritiken von den Demagogen der SPÖ und ÖVP leicht als bloße Miesmacherei von "Agenten Moskaus" hingestellt werden konnten, denen die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht und nicht "die Interessen des österreichischen Volkes" am Herzen lägen. Insoferne war die im Verstaatlichungsgesetz enthaltene Provokation gegen die damals noch Lenin-Stalinsche Sowjetunion auch eine sehr wirkungsvolle Provokation gegen die KPÖ. Weiters war die Alternative zur Verstaatlichung nur die Privatisierung. Gerade angesichts der konterrevolutionären Rolle, welche die private Schwer- und Grundstoffindustrie (Alpine Montan !) in der 1.Republik als Hochburg der Reaktion, als Treibhaus des Faschismus und bei der schließlichen Auslieferung Österreichs an Hitlerdeutschland gespielt hatte, angesichts der gewaltigen Hoffnungen und Illusionen andererseits, welche die Massen der Arbeiterschaft, insbesondere in den zur Verstaatlichung vorgesehenen Betrieben selbst, über die sich für sie aus der Verstaatlichung ergebenden Vorteile und Möglichkeiten hegten, wäre ein Nein der KPÖ zum Verstaatlichungsgesetz von 1946 völlig unverständlich und unannehmbar gewesen, hätte für die KPÖ eine geradezu tödliche Isolierung bedeutet.

Obwohl die genaue Einschätzung und Kritik der Haltung der damaligen KPÖ in der Verstaatlichungsfrage sicherlich Bestandteil einer unbedingt nötigen, aber leider noch ausständigen Analyse der gesamten Linie und Politik dieser Partei in der Periode von 1945-1947 sein muß, scheint uns doch unbestreitbar, daß diese Linie und Politik bereits von schweren Fehlern geprägt war. Dabei geht es in der Verstaatlichungsfrage jedoch nicht darum, ob die KPÖ im Parlament für oder gegen das Verstaatlichungsgesetz stimmte, sondern darum, ob und wie weit die damalige KPÖ imstande war, den Charakter und die Rolle der Verstaatlichung unter den gegebenen Umständen prinzipienfest und kompromißlos nachzuweisen und die diesbezüglich wuchernden Illusionen in den Massen solcherart wirkungsvoll zu zerschlagen. Tatsächlich erwies sich die KPÖ zu einer solchen Politik als außerstande und unfähig, was unmittelbare und unvermeidliche Folge ihrer Unklarheit über den Charakter des österreichischen Staates in der Periode von 1945-1947 war. Der Umfang dieser Unklarheit kam besonders deutlich in der damals von der KPÖ propagierten Möglichkeit eines friedlichen Wegs zu Volksdemokratie und Sozialismus zum Ausdruck - einer These, die erst 1947 stillschweigend fallengelassen, ohne jegliche Selbstkritik der Vergessenheit überlassen wurde.

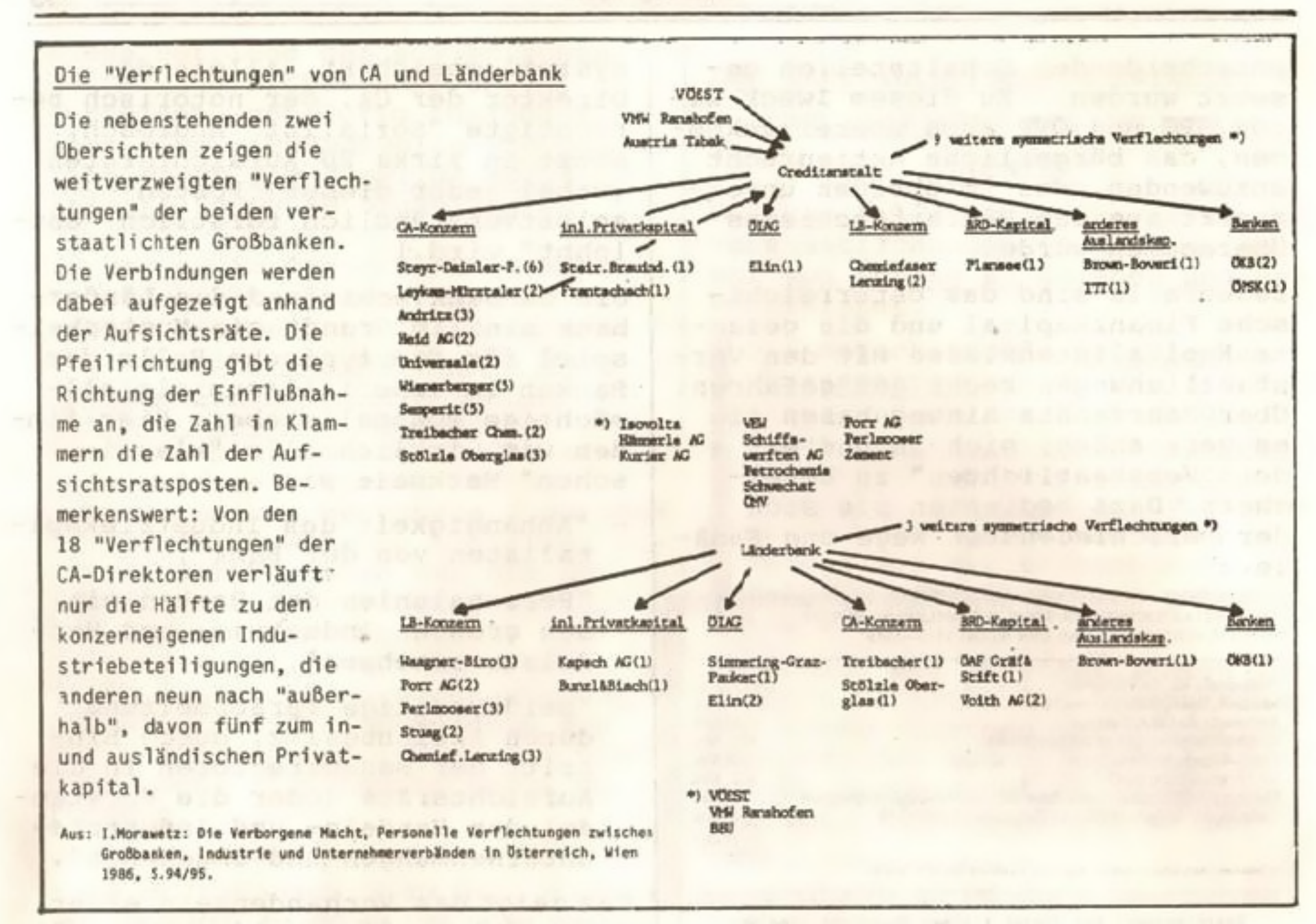
* Wir gehen in diesem Artikel nicht auf die einzelnen Unterabschnitte der Entwicklung der "Verstaatlichten", ihrer vielfachen "Umorganisierungen" und die ersten Reprivatisierungsmaßnahmen ein. (Siehe dazu ausführlich in der RF 110, S.1-7)

** Ganz falsch erscheint uns übrigens die in Diskussionen aufgetauchte These, daß sich im Zuge der Entwicklung die "Verstaatlichte" sozusagen selbständig gemacht habe und eine Art von zwei "Fraktionen" der österreichischen Bourgeoisie sich herausgebildet hätten. Diese These wird damit begründet, daß die Aktivitäten der "Verstaatlichten", z.B. durch den Ausbau des Finalbereichs, zunehmend über ihre Rolle als Werkzeug des privaten Monopolkapitals hinausgegangen seien.

Zunächst muß dagegen gesagt werden, daß die "Verstaatlichte" auch mit ihren eigenen imperialistischen "Aktivitäten" für das gesamte österreichische Monopolkapital eine wichtige Rolle spielte und spielt, insofern sie damit Wegbereiter auch des übrigen Monopolkapitals ist und vielfach eine Art Vorreiterrolle spielt.

Zum zweiten muß etwas zum C h a r a k t e r von "Konflikten" zwischen "Verstaatlichter" und nichtstaatlichen Monopolen gesagt werden. Anhand des Verhältnisses von privaten Banken und staatlichen Sparkassen ist Lenin auf die Natur gewisser Gegensätze zwischen beiden eingegangen:

Fortsetzung der Fußnote auf S. 16



Die "Verflechtungen" von CA und Länderbank

Die nebenstehenden zwei Übersichten zeigen die weitverzweigten "Verflechtungen" der beiden verstaatlichten Großbanken. Die Verbindungen werden dabei aufgezeigt anhand der Aufsichtsräte. Die Pfeilrichtung gibt die Richtung der Einflußnahme an, die Zahl in Klammern die Zahl der Aufsichtsratsposten. Bemerkenswert: Von den 18 "Verflechtungen" der CA-Direktoren verläuft nur die Hälfte zu den konzerneigenen Industriebeteiligungen, die anderen neun nach "außerhalb", davon fünf zum in- und ausländischen Privatkapital.

Aus: I.Morawetz: Die Verborgene Macht, Personelle Verflechtungen zwischen Großbanken, Industrie und Unternehmerverbänden in Österreich, Wien 1986, S.94/95.

Und während tausende, ja zehntausende Werktätige der verstaatlichten Industrie entlassen werden, ihre bescheidenen Errungenschaften zunehmend liquidiert werden, weil angeblich "das Geld fehlt", verstehen es die Banken der "Verstaatlichten", beträchtliche Gewinne zu machen. Zum Beispiel hat die CA für das Geschäftsjahr 1986 die Dividende von vorher zehn auf nunmehr zwölf Prozent angehoben und "für die Zukunft wird eine weitere Erhöhung angepeilt" ("Salzburger Nachrichten", 12.3.1987). Und auch die vielfältigen Industriebeteiligungen der CA sind insgesamt gesehen "positiv", also profitabel (ebenda).

Genau wie bei den nichtstaatlichen Monopolen werden die riesigen Profite natürlich nicht für irgendeine Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung verwendet, sondern noch mehr Profit bringend in anderen Ländern angelegt. So stehen z.B. die CA und die Länderbank international an führender Stelle bei der Finanzierung des weißen Rassisten-Regimes in Südafrika, was nicht nur besonderen Profit abwirft, sondern auch den erzreaktionären politischen Zwecken der österreichischen Finanzoligarchie dient (vgl. dazu ausführlich RF 221, S.16).

Nicht anders steht es mit den verstaatlichten Industriebetrieben, deren imperialistischer Charakter besonders seit Beginn der Siebzigerjahre immer massiver hervortritt und von da an sogar noch mehr zugenommen hat.*

Nicht zuletzt, ja eigentlich zuvorderst, zeigt sich der imperialistische Charakter der "Verstaatlichten" an der Tatsache, daß diese heute der mit Abstand größte Exporteur von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern in Österreich ist. Frei nach dem Motto: "legal, illegal, scheißegal" gelangen österreichische Kanonen, Panzer usw. zu fast allen Kriegsschauplätzen in der Welt.

Das umfassende Verständnis gerade des imperialistischen Charakters der "Verstaatlichten" ist von ausserordentlicher Bedeutung. Denn nur so kann die Existenz einer ausgeprägten Schicht von Arbeiteraristokraten in den verstaatlichten Betrieben richtig begriffen werden, die mit Teilen der Extraprofite bestochen wird, welche das Kapital über die Ausbeutung der "eigenen" Arbeiterklasse hinaus erzielt.

Das ist der Hintergrund, warum die Ruhaltinger und Konsorten fuchsteufelswild werden und "unversöhnlich" sind, wenn es etwa zu Protesten gegen Waffenlieferungen an Pinochets faschistisches Chile oder anderswohin kommt, während sie äußerstes "Verständnis" aufbringen gegenüber den Kapitalattacken gegen die Arbeiterschaft, bei denen sie stets ihr Äußerstes tun, um die Wünsche der Unternehmensleitungen den Arbeitern wirkungsvoll zu "vermitteln" und diese den kapitalisischen Haien an Händen und Füssen gefesselt auszuliefern.

"STAATSSOZIALISTISCHER" IMPERIALISMUS

Im Bestreben, die "Vorzüge" und die "Lebensfähigkeit" der verstaatlichten Betriebe anzupreisen, haben die "Staatssozialisten" Tieber und Spitzer über die von der VÖEST, VEW usw. in den letzten Jahren betriebenen "Beteiligungen" geschrieben:

> Beteiligungen sichern Absatzmärkte und weiten sie aus. Besonders bei Industrieanlagenbaugeschäften ist in manchen Ländern die Beteiligung bei oder mit einer lokalen Firma oft Voraussetzung, einen Auftrag zu erhalten.
>
> Andere Beteiligungen sichern die Rohstoffversorgung. So wurde z. B. eine Kohlengrube in den USA gekauft.
>
> Es gibt Beteiligungen an Firmen, die die Know-how-Basis absichern und ausweiten, wie z. B. an Korf-Engineering und Didier-Engineering sowie am Kompakthüttenwerk der Bayou Steel Corporation in USA und an einem Ferrochrom-Projekt auf den Philippinen.
>
> Eine eigene Gesellschaft, VOEST-Alpine-Intertrading, sorgt für die weltumspannende Vermarktung von Produkten und Leistungen, die sowohl im Rahmen der Abwicklung von Kompensationsgeschäften als auch im „freien Handel" von Bedeutung sind. Sie erzielte schon 1981 einen Umsatz von fast 5 Mrd. Schilling.

(Tieber/Spitzer: Verstaatlichte Industrie, S.46)

Das könnte direkt in ein Lehrbuch über den Imperialismus aufgenommen werden im Abschnitt "Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten".

---

* Ein deutlicher Ausdruck dessen ist die sprunghaft gestiegene "Exportorientierung" der "Verstaatlichten". Während noch 1974 der Exportanteil der VÖEST-Alpine bei 49 % lag, war er 1981 bereits 72 % und stieg 1982 auf fast 75 %. Rund 100 Länder zählen zu den ständigen "Kunden" der VÖEST. Bei den Vereinigten Edelstahlwerken (VEW) betrug der Exportanteil Anfang der Achzigerjahre sogar 80 % und in einigen Produktionssparten, wie Rohre, bis zu 96 %, bei Schnellstahl sogar 99 %. (Siehe Tieber/Spitzer, Verstaatlichte Industrie, Wien 1983, S.42 und 47.)

Fortsetzung der Fußnote von S. 15

"Es sieht so aus, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das Staatsmonopol könnte sich von unerwarteter Seite her an sie heranschleichen. Aber diese Angst geht selbstverständlich nicht über den Rahmen einer Konkurrenz zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliardeneinlagen der Sparkassen in Wirklichkeit zu guter Letzt e i n u n d d i e s e l b e n Magnaten des Bankkapitals; und anderseits ist ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind."
(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.221, 1916, Sperrung im Original)

"Ein und dieselben Bankmagnaten" - das bedeutet, daß wir eben von der Existenz des Finanzkapitals, einer Finanzoligarchie, ausgehen müssen. Zum zweiten muß eben verstanden werden, daß die Staatsmonopole dieser Finanzoligarchie untergeordnet sind. Ansonsten landet man bei der "K"PÖ-revisionistischen Ansicht, es stehe heute die verstaatlichte Industrie "einer wiedererstarkten einheimischen Finanzoligarchie g e g e n ü b e r" ("Weg und Ziel", Nr.7/8, 1986, S.267) - als ob die "Verstaatlichten", mit der CA, der Länderbank an der Spitze, nicht s e l b s t zur "einheimischen Finanzoligarchie" gehörten !

Dieses Unterordnungsverhältnis wurde und wird durch die jüngste Entwicklung im Grunde ja auch nur drastisch bestätigt.

GEWÄHRLEISTEN VERSTAATLICHUNGEN MEHR SOZIALE ERRUNGENSCHAFTEN ?

Auch wenn zugegeben wird, daß die Verstaatlichungen in Österreich nach 1945 keinerlei sozialistischen Charakter tragen, wird oft vorgebracht, daß diese Verstaatlichungen immerhin doch erhebliche soziale Errungenschaften gebracht hätten und insofern einen fortschrittlichen Charakter hätten. Das sind neben direkten finanziellen Zuwendungen in Form von Prämien, Zuschüssen für Wohnung, Heizung und Baudarlehen auch innerbetriebliche Pensionsregelungen. Dazu zählen auch Werkskantinen, Fahrtkostenvergütungen, Arbeitskleidung, Zusatzurlaube für Schicht- und Schwerarbeit in betriebseigenen Erholungs- und Urlaubsheimen, überbetriebliche Abgeltungen für Schwerarbeit, ein ausgebautes berufliches Weiterbildungswesen, Aktivitäten bis hinein in den Freizeit- und Kulturbereich.

Zweifellos sind das Vorteile, zu deren entschiedener Verteidigung die Beschäftigten der betreffenden Betriebe allen Grund haben, umso mehr, als es sich durchaus nicht um Geschenke des Kapitals an die Arbeiter, um Liebesgaben des "Sozialpartners" handelt, sondern um soziale Errungenschaften, die de facto bereits Teile der Löhne bilden. Aber kann aus der Existenz solcher mehr oder weniger effektiven und zeitweiligen Vorteile schon der Schluß gezogen werden, daß Verstaatlichungen an sich "fortschrittlich", die verstaatlichten Betriebe an sich "fortschrittliche Betriebe" seien ? Natürlich nicht ! Die Sache muß im größeren Zusammenhang betrachtet werden und es gibt mehrere Gesichtspunkte, die gesehen werden müssen.

Zunächst: Als die österreichische Bourgeoisie zum großangelegten Betrugsmanöver der Verstaatlichung griff, gerade auch, um den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen, konnte dies selbstverständlich nicht erfolgreich geschehen, ohne daß auch etwas "geboten" wurde. Es mußte den Arbeitern zumindest soviel zugestanden werden, daß die Demagogie über die "Sozialisierung" usw. eine gewisse Glaubwürdigkeit gewann.

Das ist im Grunde auch nichts neues. Schon nach dem 1.Weltkrieg erklärten die sozialdemokratischen Verräter, daß es sozialen Fortschritt und allgemeine Wohlfahrt auch ohne Revolution und Bürgerkrieg geben könne. Als "Beweis" dafür wurde neben einer Reihe von Maßnahmen auf sozialem Gebiet (die vor allem Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse selbst waren !) das Projekt des "Roten Wiens" aufgezogen, wo nicht nur die Wohnungen billig waren, sondern es auch soziale Einrichtungen wie Gemeinschaftsküchen, Freizeitanlagen usw. gab. Das alles sollte sozusagen der Ersatz dafür sein, daß in Österreich keine Revolution nach dem Vorbild der sozialistischen Oktoberrevolution durchgeführt wurde.

Bei der Bewertung dieser "Sozialstaatsmaßnahmen" der kapitalistischen Machthaber und ihrer pseudosozialistischen Sachwalter ist neben deren demagogischem Charakter ausschlaggebend, daß durch die unvermeidliche Verelendungstendenz in diesem Ausbeutersystem selbst diese minimalen "Errungenschaften", welche die grundlegende Lebenslage, nämlich die Lohnsklaverei gar nicht berühren, früher oder später wieder "abgebaut", ruiniert und vernichtet werden (1934 wurden die Gemeindebauten des "Roten Wiens" von den Kanonen des Bundesheers zusammengeschossen !).

Es sind somit zeitweilige, begrenzte Zugeständnisse völlig im Rahmen des herrschenden Ausbeutersystems, die nicht das Mindeste an seinem Charakter ändern, es sogar sichern und festigen sollen und sofort in Frage gestellt werden, wenn das Kapital glaubt, auch ohne solche Zugeständnisse auskommen zu können.

Das bestätigt sich heute immer drastischer. Die "Errungenschaften" werden nämlich schon seit Jahren Zug um Zug abgeschafft. Die Maßnahmen reichen von der Kürzung bzw. Auflassung von Deputaten, von der Abschaffung der Milchaktion, der Einstellung und Reduzierung des Werksverkehrs und der Urlaubsheime über Mieterhöhungen bei Werkswohnungen und Wohn- und Lehrlingsheimen bis zur Streichung oder der Wegnahme von Erfolgs- und Produktionsprämien, die im Laufe der Jahre zu einem festen Lohnbestandteil geworden waren. Schließlich wurden jetzt sogar die Betriebsrenten liquidiert.

Die Arbeiter sind es sich selbst, ihren Familien, ihrer ganzen Klasse schuldig, jedes einzelne dieser Zugeständnisse, und sei es noch so bescheiden, mit Zähnen und Klauen zu verteidigen - aber sie müssen diesen Kampf ohne alle Illusionen über den Charakter solcher Zugeständnisse führen, weil sie sich sonst unfähig machen würden, jemals jenes fluchbeladene Ausbeutersystem zu sprengen, das ihnen selbst die Zugeständnisse immer wieder zu entreissen versucht.

Eine für die Arbeiterschaft äussert fatale Seite gewisser "sozialer Errungenschaften" in der "Verstaatlichten" tritt überall dort in Erscheinung, wo ihre Gewährung nicht unter dem unmittelbaren Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter erfolgte, sondern zwischen Unternehmensleitung und ÖGB sozusagen als Belohnung für die "Erhaltung des sozialen Friedens" ausgehandelt wurde.

"Konflikte", der Klassenkampf der Arbeiter, können die Unternehmer wirtschaftlich und politisch teuer zu stehen kommen. Deshalb lassen sie es sich durchaus einiges kosten, um den Ausbeuterfrieden aufrechtzuerhalten. Die "Aufwendungen", die sie dafür machten, sind in Wirklichkeit gering im Vergleich dazu, was sie hierfür bekamen. Der Arbeiterschaft kommen die damit gezüchteten Illusionen von "Sozialpartnerschaft", von der "sozialisierten Großindustrie" usw. teuer zu stehen. Die so entstandenen, letztendlich gar nicht so bedeutenden - und, wie sich jetzt zeigt, in keiner Weise gesicherten - wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen in der "Verstaatlichten" stehen in keinem Verhältnis zu dem politischen Preis, den sie dafür bezahlen mußten. Kein Wunder, daß ausgemachte Lakaien und Beschöniger der Bourgeoisie die "Vorzüge" der Verstaatlichung gerade auch in dieser Hinsicht preisen.*

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß derartige "überdurchschnittliche" Leistungen keineswegs eine Besonderheit der verstaatlichten Industrie waren. Ähnliche "Errungenschaften" gab es in vergleichbaren Großunternehmungen auch in anderen kapitalistischen Ländern - egal, ob privat oder verstaatlicht.** Wenn die Lohn- und Sozialleistungen in der "Verstaatlichten" überdurchschnittlich waren (und sofern sie es waren***), so lag das in erster Linie also nicht am Umstand der Verstaatlichung.

---

* So heißt es in "arbeit & wirtschaft":

"Der beispiellose politische und soziale Friede in Österreich ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß sich ein traditionelles soziales Spannungsfeld zu einem Modellfall für die friedliche Austragung industrieller Konflikte wandelte."
(Nr.3/86, S.38)

** Vor 10 Jahren schrieb das westdeutsche Unternehmerblatt "capital":

"Die Pensionszusage ist in der Großindustrie mittlerweile fast so selbstverständlich wie das Essen in der Kantine." ("capital" 8/77)

*** Aus einer von der Arbeiterkammer veröffentlichten Statistik der "Personalaufwendungen" der österreichischen Aktiengesellschaften geht hervor, daß die verstaatlichte Industrie keineswegs eine Spitzenposition einnimmt, sondern in einem sehr großen Streubereich liegt. Die verstaatlich-

Fortsetzung der Fußnote auf S. 20

BESTEHEN IN DEN VERSTAATLICHTEN BETRIEBEN GÜNSTIGERE KAMPFBEDINGUNGEN FÜR DIE ARBEITERKLASSE ?

In breiten Schichten der Arbeiterschaft herrscht die Meinung vor, daß Verstaatlichungen schon deshalb ein Vorteil für die Arbeiter seien, weil sie dort eben nicht mehr privaten Eigentümern gegenüberstehen, sondern dem Staat selbst, was für die Arbeiter günstigere Kampfbedingungen schaffe.

So generell postuliert, ist diese These unzutreffend und f a l s c h. Sie ist unter allen Umständen falsch, wenn sie sich direkt oder indirekt auf die Vorstellung stützt, daß private Unternehmer mehr oder weniger "unverantwortlich" seien, während der Staat bzw. seine Vertreter "der Öffentlichkeit verantwortlich" seien, zumindest aber auf diese gewisse "Rücksichten" nehmen müßten, was die Situation der Beschäftigten in den verstaatlichten Unternehmen verbessere. Gerade das Beispiel der verstaatlichten Betriebe in Österreich beweist schlagend, daß es ganz und garnicht so ist, daß solche naiven und wirklichkeitsfremden Illusionen auf einer fundamentalen Verkennung der Rolle des kapitalistischen Staates und all seiner Organe beruhen.

Wie der Marxismus-Leninismus wissenschaftlich nachweist und wie es das Leben tagtäglich demonstriert, ist der bürgerliche Staat Interessenvertretung und Herrschaftsorgan des Kapitals, "kollektiver Gesamtkapitalist", nicht aber Vertreter irgendeiner "Öffentlichkeit" oder gar der Arbeiterklasse bzw. des "Volkes". Daher sind auch die vom Staat eingesetzten Direktoren und Industriekapitäne eindeutige Werkzeuge und Willensvollstrecker des Großkapitals, dem sie auch in fast allen Fällen entstammen, und handeln in allen Fällen auch in diesem Sinn.

Wenn also die Arbeiterschaft eines bestimmten Betriebes nicht einem oder einigen privaten Unternehmern gegenübersteht, sondern den Beauftragten des "kollektiven Gesamtkapitalisten" Staat, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum sie es dann von vornherein und auf jeden Fall leichter haben soll, ihre Tagesforderungen durchzusetzen. Sie steht sogar einem viel stärkeren, viel besser organisierten, über noch größere Macht und noch weit mehr Möglichkeiten verfügenden Feind gegenüber. Zweifellos ist das eine eindeutige Erschwerung des Kampfes der Arbeiter, im konkreten Fall in Österreich auch einer der Gründe, daß ökonomische Kämpfe in den verstaatlichten Betrieben fast völlig unterblieben, meist schon im Ansatz unterdrückt und erstickt werden konnten (wobei selbstverständlich auch die grösseren Möglichkeiten des kapitalistischen Staats zur faktischen Korrumpierung gewisser Schichten eine verhängnisvolle Rolle spielten).

Sind somit Verstaatlichungen, was die Kampfbedingungen der Arbeiterschaft dort betrifft, an sich von Nachteil und schlecht für diese ? Nein, auch diese generelle Einschätzung wäre falsch, denn einer Reihe von schwierigen Kampfbedingungen stehen auch einige günstigere Möglichkeiten gegenüber.

Erstens: Die Verstaatlichung kann ausgenützt werden zur Stärkung des Klassenbewußtseins des Proletariats, indem handgreiflich und augenfällig gezeigt wird, daß eine Klasse privatkapitalistischer Eigentümer für das Funktionieren des Produktionsprozesses überflüssig und entbehrlich ist. Hier liegt ja auch einer der Hauptgründe dafür, warum das Kapital auch über die in seinem Interesse notwendigen Verstaatlichungen niemals recht froh werden kann, sie immer als "Notfall" betrachtet, der seine "Risken" hat.

Zweitens: In den "Verstaatlichten" richtet sich der Klassenkampf gegen den "Gesamtkapitalisten S t a a t ", können und müssen die Arbeiter ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Kämpfe als politische Kämpfe gegen den Staat und seine Beauftragten bzw. gegen die regierenden Parteien führen. Sie müssen dem S t a a t Lohnerhöhungen, soziale Verbesserungen usw. abringen und insofern gewinnt ihr Kampf viel rascher unmittelbar politische Bedeutung als in der Privatindustrie.

Das ist dort und dann ein wichtiger Vorteil, ein vorwärts führender Faktor, wann und wo die Arbeiterklasse der verstaatlichten Betriebe entschlossene und durchschlagskräftige Klassenkämpfe führt. Wo sie das nicht tut, halbherzig, unentschlossen und versöhnlerisch auftritt, d.h. sich von der Demagogie der bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Politiker umgarnen läßt, sich gar vor politischen Konsequenzen fürchtet, dort ist sie sogar in einer ungünstigeren Lage, weil lediglich der Umstand bleibt, daß sie einem stärkeren Feind gegenübersteht !

Am Beispiel der "Verstaatlichten" in Österreich zeigen sich diese Tatsachen mit besonderer Deutlichkeit:

Gerade weil den verstaatlichten Großbetrieben, der VÖEST, VEW, Steyr usw. im Gesamtkampf der Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung zukommt, haben die Herrschenden diese Betriebe und Unternehmungen besonders "abgesichert". In der "Verstaatlichten", wo die Arbeiterinnen und Arbeiter angeblich mehr Mitspracherechte hätten als anderswo, ist das Netz der sozialen und politischen Kontrolle und Unterdrückung in Wirklichkeit noch enger gespannt. Hier können sich die staatskapitalistischen Manager und Unternehmer auf eine besonders starke, geschulte und umfangreiche Schicht von bestochenen Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten stützen, die auch in besonders enger Weise mit dem bürgerlichen Staatsapparat verbunden sind, allerlei Funktionen und Doppelfunktionen im Parlament, in den Sozialversicherungen, in den Organen der "Sozialpartnerschaft" usw. innehaben.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus verstärkt den politischen Druck des Kapitals, verschärft die Repression gegen die Arbeiterklasse. Diese Wahrheit verspüren die Werktätigen z.B. in der VÖEST heute in immer krasseren Formen am eigenen Leib. Kaum sonstwo ist der Gesinnungsterror gegen "aufmüpfige" Kolleginnen und Kollegen so stark wie dort. Kaum sonstwo reagiert ein ganzes Heer von "kleinen" und "großen" Funktionären und Betriebsrats"kaisern" so aggressiv gegen jede "Unbotmäßigkeit" wie dort.*

LENIN ÜBER DIE VERSTÄRKUNG DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

"Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gehen alle diese Schritte in Richtung einer größeren Monopolisierung und größeren Verstaatlichung der Produktion unweigerlich Hand in Hand mit einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, mit der Verstärkung der Unterdrückung, der Erschwerung des Widerstands gegen die Ausbeuter, dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus, und zugleich führen sie unweigerlich zu einem ungeheuren Anwachsen der Profite der Großkapitalisten auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten, zur Versklavung der werktätigen Massen auf viele Jahrzehnte durch Tribute, die sie in Form von Milliardenzinsen für die Anleihen den Kapitalisten entrichten müssen."

Lenin, Resolution über die gegenwärtige Lage, LW 24, S.302/303, 1917)

Fortsetzung der Fußnote von S. 19

ten Unternehmungen ÖMV, Chemie Linz, SGP, VÖEST-Alpine, Elin und Ranshofen-Berndorf nehmen die Plätze 9, 24, 46, 52, 72 und 77 ein (siehe Tieber/Spitzer: Verstaatlichte Industrie, Wien 1983, S.60).

* Fußnote siehe nächste Seite!

ZUR VERTEIDIGUNG IHRER LEBENSINTERESSEN MUSS DIE ARBEITERKLASSE DEN KAMPF GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG UND REPRIVATISIERUNG DER "VERSTAATLICHTEN" FÜHREN !

Die Frage ist nun: Wenn die Verstaatlichungen 1946/47 im Interesse des österreichischen Kapitals lagen und der Profitmaximierung sowie dem Betrug an der Arbeiterklasse dienten, warum reprivatisieren die Herrschenden dann immer mehr dieser Betriebe, warum gehen sie dann heute zur Zerschlagung der "Verstaatlichten" auf breiter Front über ? Liegt hier nicht ein Widerspruch ?

Tatsächlich gibt es eine Reihe von Gründen, warum die Bourgeoisie schon nach 1955 Reprivatisierungen vornahm.

Von vornherein sah die Bourgeoisie die Verstaatlichung von Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie als vorübergehendes Provisorium an, das nötig und vorteilhaft war gegenüber den gerechten Ansprüchen der damaligen sozialistischen UdSSR. Aufgrund dieses politischen Kalküls fielen die Elektrounternehmen AEG-Union, Elin, Siemens-Schuckert und Siemens-Haske und die Maschinenhersteller Mannesmann-Trauzl und Hofherr-Schrantz unter das Erste Verstaatlichungsgesetz. Nach Abschluß des Staatsvertrags und nach Abzug der Roten Armee aus Österreich fiel dieser Grund weg. Deshalb ist es kein Zufall, daß diese Betriebe und Unternehmen heute nicht oder nicht mehr verstaatlicht sind und sich wieder hauptsächlich in Besitz des deutschen Kapitals befinden. Ausnahme ist die Elin, die nun allerdings auch zerschlagen und reprivatisiert wird.

Außerdem hatte nicht jeder Kapitalist an allen "Verstaatlichten" und hatten nicht alle Kapitalisten an jedem Staatsbetrieb das gleiche Interesse (und schließlich gibt es auch im Monopolkapitalismus einen scharfen Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten.)

Im besonderen standen manchen in staatlicher Hand befindlichen Unternehmungen branchenmäßig gleichartige Konkurrenzunternehmungen in privater Hand, inländischer oder ausländischer Kapitalisten, gegenüber, und deren Einfluß mußte sich notwendigerweise kräftig geltend machen.

Im Unterschied zur Grundstoffindustrie mit ihren erst vom deutschen Kapital (besonders nach der Okkupation) geschaffenen Großanlagen wie "Eisenwerke Oberdonau" (später VÖEST), Stickstoffwerke Linz (später Chemie Linz) und Aluminiumwerke Ranshofen, bestanden speziell in der weiterverarbeitenden Industrie traditionelle Interessen des in- und ausländischen Kapitals. Dies betrifft besonders die verstaatlichten Unternehmungen der metallverarbeitenden und der Elektroindustrie, die mit Privatbetrieben in Konkurrenz stehen, welche sich im übrigen oft in ausländischem Eigentum befinden.

Schließlich erfolgten Reprivatisierungsmaßnahmen gemäß der Profitlogik, daß die auf Kosten der Steuerzahler, d.h. der breiten Bevölkerung, "sanierten" Betriebe reprivatisiert wurden, als sie wieder aus den "roten Zahlen" kamen.

Das alles erklärt jedoch noch nicht, warum es gerade j e t z t zu einer noch nie dagewesenen Reprivatisierungswelle gekommen ist.

Genau wie die seinerzeitige "Verstaatlichungswelle" muß diese gegenläufige Tendenz im größeren, d.h. vor allem auch internationalen Zusammenhang gesehen werden.

DIE ZERSCHLAGUNG UND REPRIVATISIERUNG DER "VERSTAATLICHTEN" STEHT IM ZUSAMMENHANG MIT DER WELTWEITEN KRISE DES KAPITALISMUS

Die "Privatisierungsoffensive" in Österreich steht international keineswegs isoliert da. Ganz im Gegenteil, sie soll gerade nach "internationalem Vorbild" erfolgen. Es genügt, hier einige Beispiele anzuführen:

▶ Als "Bannerträger der Privatisierungsidee" gilt in Europa das England unter der Regierung Thatcher, deren umfassendes Reprivatisierungsprogramm vom "Kurier" als "Erfolgsstory mit kleinen Fehlern" gepriesen wird (27.9.1987).

▶ In Japan hat ein Entstaatlichungsprogramm begonnen, "das sogar die ehrgeizigen Pläne der Margaret Thatcher zu kleinlichen Krämereien verblassen läßt" ("profil" Nr.6/86, S.29).

▶ "Substantielle Privatisierungen" ("Die Presse", 27./28.12.86) finden statt in Frankreich, Westdeutschland, Italien, Australien, Indien, Pakistan, Südkorea, Dänemark, in den Niederlanden, Schweden, Mexiko, der Türkei usw. usf.

▶ Dabei spielt im Prinzip keine Rolle, ob diese Länder "konservativ" oder sozialdemokratisch/revisionistisch regiert werden. So gab es z.B. in Frankreich schon unter dem "Sozialisten" Fabius Aktienverkäufe der verstaatlichten Industrie (siehe "Die Presse", 27./28.12.1986). In Italien hat die Koalition unter dem "Sozialisten" Craxi die Reprivatisierung auf ihre Fahnen geschrieben ebenso wie in Spanien unter der sozialdemokratischen Regierung von Felipe Gonzales.*

▶ Wenn auch unter anderen Voraussetzungen herrscht die selbe Tendenz zur Reprivatisierung auch in den ehemals sozialistischen bzw. volksdemokratischen Ländern, in China, der UdSSR, Polen usw.

In der heutigen Situation brauchen die Herrschenden nicht vor allem Verstaatlichungsmaßnahmen, um ihre vom Krieg geschwächte und darniederliegende Profitwirtschaft wieder aufzubauen, um die Arbeitermassen mit pseudosozialistischem Gefasel von "Sozialisierung" zu betrügen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen verfolgen die Imperialisten das gleiche Ziel, nämlich die

---

Fußnote von S. 21

* Die - von einem SP-Direktor geführten - Böhlerwerke in Kapfenberg waren "bahnbrechend" bei der Entfesselung des Unternehmerterrors in der Zweiten Republik, als sie schon 1949 158 Arbeiter, die Lohnforderungen zu stellen gewagt hatten, einfach aufs Pflaster warfen. Diese Maßnahme nackter Unternehmerwillkür wurde aber anläßlich der mächtigen Streik- und Kampfbewegung im Oktober 1950 noch weit in den Schatten gestellt. Nirgends gab es ein solches Massenaufgebot an Polizei, Gendarmerie und faschistischen Knüppelgarden gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter wie bei der verstaatlichten damaligen Alpine, bei der damaligen VÖEST, bei Schoeller-Bleckmann in Ternitz, bei den Aluminiumwerken in Ranshofen und bei den Steyr-Werken. Nirgends gab es solche brutale Vergeltungsmaßnahmen - Verhaftungen, Massenentlassungen, Versetzungen, Kündigungen von Werkswohnungen usw. - wie bei den verstaatlichten Betrieben. Nirgends hat man sich über gesetzliche Bestimmungen und gerichtliche Entscheidungen zugunsten von Arbeitern so frech hinweggesetzt wie dort.

Auch heute ist das nicht wesentlich anders, nur ist der Klassenkampf der Arbeiter unvergleichlich schwächer. Die VÖEST reagierte auf das Auftreten und die Kandidatur der Liste Aktive Gewerkschafter ("Breitmaulfrösche"), eine im Grunde nur reformistisch-"alternative" Liste, mit Entlassungsmaßnahmen.

* Der "Sozialist" Felipe Gonzales erklärte z.B. genau wie Thatcher:

> "Der Staat taugt nicht für die Führung von Unternehmen, und das hat er bisher nie gut gemacht. Der Mythos der Linken, daß Verstaatlichung Fortschritt bedeutet, hat sich als falsch erwiesen. Die Staatswirtschaft ist in der Industrie wie in der Landwirtschaft gescheitert." (Zitiert nach "profil", 6/86, S.29)

Sicherung und den Ausbau ihrer Ausbeuterpositionen, mit Mitteln und Maßnahmen, die nur ihrer Form nach das Gegenteil davon sind.

Ein wesentliches Moment ist, daß sich die zwischenimperialistische Rivalität enorm verschärft hat im Vergleich zur Situation nach dem 2.Weltkrieg. Damals stand der USA-Imperialismus zunächst weitgehend unangefochten an der Spitze der Weltreaktion, des Weltimperialismus. Das ist infolge der Gesetzmässigkeit der ungleichmäßigen Entwicklung, des erneuten Erstarkens der 1945 geschlagenen oder geschwächten Imperialisten zu imperialistischen Großmächten, welche dem USA-Imperialismus schon längst die Einflußsphären streitig machen und ihn auf allen Gebieten herausfordern, ganz anders. So hat zum Beispiel der westdeutsche Imperialismus den US-Imperialismus bereits als Exportmacht Nr.1 auf der Welt überholt.

Das Ringen um Einflußsphären und um Vorherrschaft in der Wettbewerbsposition zwingt die imperialistischen Räuber zu immer schärferen Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. In diesem mörderischen Kampf ist inzwischen der Punkt erreicht, wo die kapitalistischen Hyänen zur wirtschaftlichen und politischen Generaloffensive gegen die Werktätigen übergehen. Wenn auch nicht überall gleich schnell und heftig, wird rücksichtslos alles weggeräumt und abgeschafft, was der Intensivierung der Ausbeutung hinderlich ist. Das geht von der Verschärfung der politischen Unterdrückung, der Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte (wie z.B. in England, aber nicht nur dort) bis hin eben zu einschneidenden Veränderungen auf dem Sektor der bisher noch verstaatlichten Unternehmungen.

Unter Bedingungen, wo - neben den schon erwähnten übrigen Veränderungen der Situation - die tiefgreifende Zersetzung und Lähmung der Arbeiterbewegung durch das Gift des Sozialdemokratismus und

Privatisierung

Erfolgsstory mit kleinen Fehlern ?

Unter dem Titel "So machen's die anderen" pries der "Kurier" die Reprivatisierungserfahrungen in anderen Ländern überschwenglich als "Erfolgsstory mit kleinen Fehlern". Als Musterbeispiel wurde dabei England herausgestellt, wo "Maggie die Vögel aus dem Käfig ließ" ("Kurier", 28.9.87).

Das Beispiel der Telefongesellschaft British Telecom zeigt krass, was die "kleinen Fehler" für die Werktätigen wirklich bedeuten:

- Sofort nach der Reprivatisierung wurden die betrieblichen Prämien gekürzt;
- die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wurde durch ein perfides Leistungslohnsystem verschärft, das die Lohnhöhe an den Profit koppelt;
- in einem Werk in Südwales wurden die Löhne direkt gekürzt, um die "Rentabilität" zu sichern;
- seit Beginn der Privatisierungsbestrebungen 1980 ist die Unfallrate, die in den Jahren vorher leicht rückläufig war, um 40 % hinaufgeschnellt;
- in den ersten 3 Jahren wurden bereits 15.000 der insgesamt 250.000 Beschäftigten entlassen, weitere 45.000 - 60.000 sollen folgen;
- gleichzeitig wurden die Telefongebühren um 10% erhöht entgegen den Versprechungen, daß um nicht mehr als 3 % erhöht würde;
- entgegen dem Gerede von der "höheren Effizienz" muß offiziell zugegeben werden, daß sich die Beschwerden über zu langsame Installierung von Anschlüssen, nicht funktionierende öffentliche Zellen usw. häufen;
- bisher kostenlose Telefondienste wie Auskunft, Notrufe usw. werden jetzt auch verrechnet;
- bisher kostenlose Servicearbeiten müssen von den Kunden jetzt bezahlt werden. So mußten die Bewohner eines Gebiets in Nordirland nach Schneesturmverwüstungen die Reparaturen an den Telefonleitungen selbst bezahlen.

Ähnliche Beispiele gibt es von vielen anderen reprivatisierten Betrieben, z.B. von Jaguar, wo das Management die Belegschaft sogar zu erpresserischen "No Strike"-Abkommen zwang, d.h. ein faktisches Streikverbot verhängte. ("Wochenpresse", 39/87; Angaben zu Telecom "Vanguard", 26.8.87)

Streiflichter vom ÖGB-Kongreß:

"STAATSAKT FÜR ÖSTERREICHS GRÖSSTEN VEREIN" ("DIE PRESSE")

Alles war gut und dezent durchorganisiert. Pannen und Peinlichkeiten gab es keine. Mehr als 700 Delegierte lauschten zur Eröffnung der "Eroica" und der Bundeshymne, um Waldheim "höflichen Applaus" zu spenden, der die "Ehre" hatte, die Eröffnung vorzunehmen. Und alle, alle waren sie gekommen:

"Minister und Honoratioren, Bankpräsidenten und Bürgermeister, Bundeskanzler und Vizekanzler, Stadtvater und Erzbischof von Wien, an der Spitze der Bundespräsident... Protokoll und Drehbuch funktionieren perfekt: Altkanzler Bruno Kreisky, der geistige Vater dieses Konferenzzentrums, in Reihe eins inmitten der heutigen Bundesregierung; Ex-Liebling Hannes Androsch in Reihe zwei". ("Die Presse", 6.10.87)

Und auch ein Jörg Haider wollte dabei sein, "der pikanterweise in Nachbarschaft von KP-Chef Franz Muhri plaziert worden ist" (ebenda).

Und was gab's noch außer Schuberts Klängen zu "Rosamunde" ? Aber natürlich, die Inhalte ! Hier war vor allem Sozialminister Dallinger am Zuge, der vor versammeltem Auditorium "klipp und klar" verkündete, daß das Pensionsalter in den neunziger Jahren hinaufgesetzt werden müsse, womit offensichtlich die österreichische Arbeiterbewegung einem neuen Höhepunkt ihrer Siege und Errungenschaften entgegengeführt wird...

Nein, es lief alles wunschgemäß ab, allfällige Proteste blieben "draußen vor der Tür des Konferenzzentrums" ("Kurier", 6.10.87) und ein paar leere Sessel bei der Ansprache Waldheims und einige Buh-Rufe bei der "Begrüßung" Haiders fielen da nicht weiter ins Gewicht.



Waldheim, Benya, Vranitzky, Lichal, Groer - dieses Foto vom ÖGB-Kongreß sagt über seine Rolle und Politik mehr aus als mancher lange Artikel.

1943 mißbrauchten die Hitlerfaschisten Beethovens 3.Sinfonie, die "Eroica", als "Trauermusik" nach ihrer vernichtenden Niederlage in Stalingrad. Auf dem ÖGB-Kongreß 1987 dagegen wurde die "Eroica" für eine "Jubel"-Veranstaltung mißbraucht, die tatsächlich nur als echte Trauerveranstaltung bezeichnet werden kann.

Revisionismus, die Untergrabung und Ruinierung ihres Klassenbewußtseins durch "Sozialpartnerschafts"-Illusionen und Opportunismus der Bedarf an "antikapitalistischen", "planwirtschaftlichen" und "sozialistischen" Demagogien wesentlich gesunken und es angesichts der lebendig verfaulenden, angeblich "volksdemokratischen", "sozialistischen" oder gar "kommunistischen" Systeme im Osten wieder möglich geworden ist, unverhüllt und unverschämt die blut- und schmutztriefenden Fahnen des "freien Unternehmertums", der "freien Marktwirtschaft", der "unentbehrlichen unternehmerischen Leistung", des "gesunden Profits" als bestem wirtschaftlichem Motor und Regulator "im Interesse aller" usw. aufzupflanzen - unter s o l c h e n Bedingungen wird auch die Existenz größerer verstaatlichter Bereiche für das Kapital immer nachteiliger, ungünstiger und anachronistischer, beginnen die Nachteile dieser Organisationsform der kapitalistischen Industrie zu überwiegen, steht diese Form dem Drang nach Maximalprofit immer mehr im Wege, weshalb sie systematisch und zielstrebig, auf breiter Basis liquidiert wird.*

* Selbstverständlich ist die derzeitige triste Situation in der Arbeiterbewegung, die vor sich selbst und den Arbeitern zu verheimlichen oder die zu beschönigen äußerst dumm wäre, kein Dauerzustand und kann es nicht sein. Die Arbeiterbewegung wird sich aus diesem zeitweiligen Tief früher, als es den Anschein haben mag, wieder erheben - das ist der Geschichte ehernes Muß ! Damit ist aber auch schon gesagt, daß auch die

Fortsetzung der Fußnote auf S. 26

D a s ist der Grund, weshalb es den "Verstaatlichten" jetzt in Österreich und anderswo in größtem Umfang an den Kragen geht, diese Betriebe ohne Rücksicht auf Verluste privatisiert oder liquidiert werden. Das ist zugleich aber mit ein Grund, warum die Arbeiterklasse dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen darf, warum sie sich schleunigst zum Kampf gegen die Offensive des Kapitals, zur entschlossenen Verteidigung ihrer Lebensinteressen erheben muß, will sie nicht das Opfer von Entwicklungen werden, die sie buchstäblich in die Verhältnisse zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in vergangenen Jahrhunderten zurückzuschleudern drohen.

DIE REAKTIONÄREN, ARBEITERFEINDLICHEN ZIELSETZUNGEN DER ZERSCHLAGUNG UND REPRIVATISIERUNG DER "VERSTAATLICHTEN"

Mit der Zersplitterung der verstaatlichten Betriebe und ihrer Entstaatlichung* verfolgen die Sekyra, Streicher, Lewinsky, von Bogdandy und Co. im Dienste des österreichischen Finanzkapitals ein ganzes Bündel reaktionärer Zwecke. Das geht sogar aus dem hervor, was die bürgerlichen Medien darüber verlauten lassen.

Erstens soll mit der Zerschlagung der VÖEST, der VEW, der Elin usw. in mehrere Firmen (GesmbHs) die Widerstandskraft der Arbeiterschaft der verstaatlichten Betriebe geschwächt werden, indem sie zersplittert wird. Natürlich ist das Geschwätz von der "Übermacht der Betriebsräte" Unfug, zumal sich die maßgeblichen Betriebsräte fast immer als gefügige Werkzeuge und Erfüllungsgehilfen der Unternehmungsleitungen erwiesen haben. Und dennoch sehen die staatskapitalistischen Unternehmer allein in der zusammengefaßten Form eines Zentralbetriebsrats ein aktuelles oder potentielles Hindernis bei der ungehinderten Durchsetzung ihrer Sanierungsmachenschaften. So triumphiert das großbürgerliche Blatt "Die Presse":

> "Die Macht des Zentralbetriebsrats dürfte mit der Aufteilung des Unternehmens - wie das Beispiel Semperit zeigt - weitgehend gebrochen werden". (17.7.87)

Zweitens sollen damit die Belegschaften verschiedener Standorte noch wirksamer gegeneinander ausgespielt werden können. Die einheitliche Betriebsstruktur und die gemeinsame Belegschaftsvertretung hätten nämlich "notwendige Schließungen und Übersiedlungen von Produktionen" sowie z.B. "tiefe Schnitte" bei VEW-Standorten verhindert (ebenda). Durch die Bildung mehrerer selbständiger GesmbHs ist rechtlich eine Insolvenz eines Staatsbetriebs "leichter möglich" ("Süddeutsche Zeitung" zur ÖIAG-Aufteilung, 29.9.1987).

Drittens dient das alles auch dem von der "Süddeutschen Zeitung" als "inoffiziell" bezeichneten Ziel, leichter Entlassungen durchführen zu können (ebenda).

Viertens sollen dadurch auch Lohnsenkungen leichter und weitgehender durchgeführt werden. "Nicht zuletzt", schreibt "Die Presse", "werden künftig in den Finalsparten auch nicht mehr die hohen Stahlarbeiterlöhne gezahlt werden müssen" (17.7.87). Überhaupt sollen, wie bereits im SPÖVP-Regierungsübereinkommen angekündigt wurde, die Löhne an den "Betriebserfolg" der einzelnen Unternehmen gekoppelt werden, sodaß auch in Bezug auf die Lohnhöhe die Spaltung unter den einzelnen Belegschaften vertieft wird.

Fortsetzung der Fußnote von S. 25

derzeitige Springflut von "Entstaatlichungs"maßnahmen keineswegs der Weisheit letzter Schluß sein kann. Vielmehr ist auch diese im großen historischen Maßstab gesehen "gegenläufige" Tendenz vorübergehend und wird sie umschlagen, sobald sich die jetzigen Gegebenheiten ändern.

* In der Regel bedeutet "Entstaatlichung" bzw. "Privatisierung" bereits an sich Aufsplitterung der betreffenden Unternehmen, die nun keinen gemeinsamen Eigentümer mehr haben, doch darüber hinaus sind Entstaatlichungen größerer Unternehmungen praktisch stets auch mit ihrer Aufsplitterung und Zerschlagung in für das Kapital sozusagen "handlichere" Teile verbunden. Das entspricht nicht nur dem Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Kapitalgruppen, von denen alle irgendwie zum Zug kommen wollen, sondern bietet dem Kapital auch gewaltige Vorteile bei der Prellung der Beschäftigten um erworbene Ansprüche und Rechte.

Fünftens schließlich sollen die betreffenden Betriebe durch die Neuorganisation "leichter mit neuen Partnern kooperieren können" ("Süddeutsche Zeitung", 29.9.87), d.h. mit dem inländischen und vor allem auch ausländischen Monopolkapital unmittelbarer verschmelzen.

Welche Gangart da eingeschlagen wird, zeigt sich beim VÖEST-Werk in Judenburg. Die Unternehmensführung stellte die Belegschaft vor die Alternative, entweder sofort das Werk zu schließen oder aber folgendes Würgediktat anzunehmen:

> "Zur Sicherung des Standortes müssen die rund 630 Beschäftigten - so das Management - eine zehnprozentige Lohnkürzung, Streichung der Akkord- und Prämienlöhne und das Einfrieren der Kollektivverträge auf drei Jahre akzeptieren. Dann soll das Werk als eigene GmbH eine Chance bekommen."
> ("Kurier", 27.11.1987)

Ja, das ist übriggeblieben von den "Vorzügen" der verstaatlichten Betriebe, die Aussicht noch ein paar Jahre zu den Profitbedingungen der staatskapitalistischen Unternehmer für Hungerlöhne zu rackern, um dann wahrscheinlich doch auf der Straße zu stehen !

Das alles betrifft die "Verstaatlichte" selbst. Doch ist klar, daß die damit einher gehenden Privatisierungen, auf die das alles früher oder später zum Großteil hinausläuft, ebenfalls zur Verschlechterung der Lage der Werktätigen führen wird. Denn wenn die Herren Kapitalisten schon die "Gnade" haben, gewinnbringende Betriebe zu übernehmen, so werden sie sich auch eine Verbilligung des "Kostenfaktors Arbeit" ausbitten.

DEN UNVERSÖHNLICHEN KAMPF GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG UND REPRIVATISIERUNG DER "VERSTAATLICHTEN" AUFNEHMEN !

Ohne Zweifel, auch die Zerschneidung und Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmungen ist ein "Formwechsel der Ausbeutung" und bedeutet keine Veränderung im Inhalt, wie die diversen Reformisten, einschließlich der Revisionisten behaupten, welche Illusionen über Verstaatlichungen im Kapitalismus schüren.

Insofern muß stets klar sein, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus Verstaatlichung und Reprivatisierung einunddemselben Motiv entspringen: dem Profitstreben der herrschenden Großbourgeoisie, der Jagd nach Maximalprofit.

Das bedeutet jedoch absolut nicht, daß der Arbeiterklasse derartige "Formwechsel" gleichgültig sein können, daß sie die Debatte "Verstaatlichung oder Reprivatisierung" als Streit unter den Ausbeutern betrachten kann, der sie weiter nichts angehe, da beides ohnedies "gehupft wie gesprungen" sei.

Aus der grundlegenden Erkenntnis, daß die verstaatlichten Betriebe keineswegs dem werktätigen Volk gehören, folgt keineswegs, daß die Arbeiterschaft die Kapitalisten deshalb auf diesem Gebiet so herumfuhrwerken lassen soll, wie es deren Profitinteressen am besten entspricht ! Die Interessen von Kapital und Arbeit stehen einander schroff gegenüber und sind u n v e r s ö h n l i c h . Was dem einen nützt, das schadet dem

anderen, und umgekehrt. Die "Reorganisation" der verstaatlichten Betriebe, die Transaktionen mit ihren Aktienpaketen, die Eigentumsübertragungen, Sanierungen und Liquidierungen sind zwangsläufig immer neue RAUBZÜGE GEGEN DIE ARBEITERKLASSE. Letztlich sind es immer die Arbeiterinnen und Arbeiter, welche die Zeche bezahlen müssen, sei es in Form verschärfter Antreiberei und verschlechterter sozialer Bedingungen oder in Form erhöhter sozialer Unsicherheit bzw. des Verlustes des Arbeitsplatzes. Deshalb muß allen diesen arbeiterfeindlichen Maßnahmen energisch Widerstand geleistet und der unerbittliche Kampf angesagt werden, deshalb

- NEIN zur Zerschlagung der "Verstaatlichten" !
- NEIN zur Reprivatisierung !

DIE REAKTIONÄREN POLITISCHEN HINTERGRÜNDE UND ZWECKE DER REPRIVATISIERUNGSOFFENSIVEN DES KAPITALS ENTLARVEN !

Die Feldzüge gegen die Verstaatlichungen lassen sich nicht rein ökonomisch verstehen bloß als Maßnahmen zur Steigerung der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern haben auch direkt politische Gründe.

Die Durchführung der Reprivatisierungsmaßnahmen geht einher mit demagogischen Kampagnen für "weniger Staat, mehr privat", "gegen den Sozialismus" usw.

Nun weiß kaum jemand so gut wie die kapitalistischen Machthaber selbst, daß Verstaatlichungen im Kapitalismus nicht ein Körnchen Sozialismus enthalten.
Aber dennoch gibt es für diese Hetze - abgesehen vom darin enthaltenen Haß gegen wirklichen Sozialismus - eine gewisse Grundlage, die in dem eigentümlichen ökonomischen Charakter der Entwicklung des staatmonopolistischen Kapitalismus selbst begründet liegt. Lenin schrieb dazu:

> "In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet."
> (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.209, 1916)

Diese "Art neue Gesellschaftsordnung" ist eben der staatsmonopolistische Kapitalismus, die höchste Form der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Friedrich Engels bezeichnete Verstaatlichungen, welche für das Kapital unabweisbar geworden sind, in diesem Sinne als "einen ökonomischen Fortschritt" ("Anti-Dühring", MEW 20, S.259).

Die Verstaatlichung von Produktionsmitteln zeigt ökonomisch immer mehr die Überlebtheit des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit sowie Möglichkeit seiner Ersetzung durch das sozialistische System. Deshalb sind Verstaatlichungsmaßnahmen den Monopolkapitalisten auch dann zuwider, wenn sie ihnen aus ihrem eigenen Interesse heraus zustimmen, wenn sie unausweichlich sind. Die Verstaatlichung ist nämlich stets zugleich auch ihr gesellschaftliches Menetekel, d.h. sie zeigt die Überflüssigkeit der Kapitalisten, privater "Unternehmer", und malt ihren unvermeidlichen Untergang an die Wand (wenn das Proletariat als Totengräber der Bourgeoisie die sozialistische Revolution durchführt).

Auf dieser Grundlage besteht die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch stark politisch motivierte Gegentendenz zur Verstaatlichung. Diese Tendenz ist ökonomisch reaktionär, weil sie bestrebt ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, einen Schritt weg zu tun von Verhältnissen, welche ökonomisch bereits "dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran" führen.
Selbstverständlich kann diese Gegentendenz nicht die Grundtendenz der immer gewaltigeren Konzentration und Zentralisation der Kapitale und die damit einhergehende Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus aufheben. Auch wenn Reprivatisierungen einen großen Umfang annehmen, wie z.B. in England heute, bedeutet das doch nicht, daß dort keine Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr vorhanden wären.
Durch solche gegenläufigen Tendenzen wird lediglich der Grad der Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beeinflußt.
Die weiterhin wirkende Tendenz der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (deren weiter wirkende Grundlage die steigende Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte ist) hängt besonders auch mit der zunehmenden Militarisierung und den verschärften Kriegsvorbereitungen bzw. der Kriegspolitik aller imperialistischen (bzw. sozialimperialistischen) "Groß"- und "Klein"mächte zusammen. Die Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und Hilfsmittel der betreffenden imperialistischen Macht in den Händen des Staats.
Doch kann das Finanzkapital sehr wohl eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Eingriffen und Maßnahmen durchführen, um mit unaktuell gewordenen Formen der "Staatswirtschaft" aufzuräumen, den Betrieben eine privatwirtschaftliche Form zu geben bzw. sie überhaupt zu entstaatlichen, um - nicht zuletzt auch wieder zu massenverdummenden Zwecken - endlich wieder den "gottgewollten Normalzustand" herzustellen, in



VEW-Arbeiter demonstrieren gegen Entlassungen und Stillegungspläne

dessen Mittelpunkt die "einzelwirtschaftliche", "unternehmerische Leistung" usw. stehen sollen.
Keinesfalls darf die politische Aggression zur Verteidigung und Sicherung der privatkapitalistischen Grundlagen dieser Ausbeuterordnung unterschätzt werden. Wenn nun sogar in verschiedenen Ländern die Post, die Eisenbahnen und andere "öffentlichen", vom bürgerlichen Staat geleiteten und betriebenen Einrichtungen privatiert oder reprivatisiert werden und z.B. in den USA schon die Privatisierung der Gefängnisse vorgeschlagen und erwogen wird, so zeigt das die extreme Fäulnis des Imperialismus, seinen durch und durch reaktionären und finsteren Charakter. Um der Verteidigung des "heiligen" Privateigentums willen wird die Reaktion auf der ganzen Linie buchstäblich bis zum Exzess gesteigert.

- Das alles sind die Hintergründe für das, was sich nunmehr immer ärger auch in Österreich abspielt.

NUR DIE SOZIALISTISCHE VERSTAATLICHUNG DURCH EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERMACHT KANN ETWAS BRINGEN !

Die Speerspitze der Hetze und Politik für "mehr Privat" ist eindeutig gegen den echten, proletarischen Sozialismus gerichtet. Damit soll den vom Kapital Ausgebeuteten jede Aussicht auf Befreiung verstellt werden. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sollen auf ewig an die Fesseln des Profitsystems gebunden bleiben. Gleichzeitig sollen die wirklichen Ursachen der Krisen, der Massenentlassungen, der Verelendung usw. verhüllt werden.

Gerade die Frage, wo tatsächlich der A u s w e g aus diesem Ausbeutersystem liegt, ist entscheidend und gerade darüber vor allem muß Klarheit geschaffen werden. Das ist auch zentral gegen alle Sorten von Reformisten und Opportunisten, welche die "Perspektive" im Grunde darauf reduzieren, welche Form der Knechtung "günstiger" sei und damit den Herrschenden bei der Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei helfen.

Um den demagogischen Schleier des Geschreis vom "Endsieg des Kapitalismus", vom "Versagen der zentralen Planwirtschaft", von der Notwendigkeit des "freien Unternehmers" und des "freien Wettbewerbs" zu zerreißen, müssen diese Schlagworte etwas genauer auseinandergenommen werden.

DIE HETZE "GEGEN DIE ZENTRALE PLANWIRTSCHAFT" RICHTET SICH GEGEN DEN EINZIGEN AUSWEG AUS KRISEN, ELEND UND AUSBEUTUNG !

Nehmen wir zunächst einmal das Geschrei gegen die "geplante Wirtschaft" unter die Lupe.

Hier befinden sich die Kapitalisten und Imperialisten selbst in einem immer tiefer werdenden Widerspruch. Während sie "Wettbewerb" und "Markt" lobpreisen, nimmt die geplante Organisation in der einzelnen Fabrik immer größere Ausmaße an. Mehr noch, in seinem imperialistischen Stadium ist die Konzentration und Zentralisation des Kapitals so weit fortgeschritten, daß riesige Monopole einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen in den betreffenden Ländern, ja in der ganzen Welt machen. Sie bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter die Monopolverbände "aufgeteilt" wird usw. Heute bestehen bereits "Multis", deren Umsatzvolumen und Finanzkraft das Budget von Staaten wie Österreich in den Schatten stellt. Was aber bedeutet das ? Lenin schrieb darüber:

> "Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmässig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie in Deutschland durch den amerikanischen 'Petroleumtrust') - dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben."
> (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.308, 1916)

Man beachte: "systematisch organisiert... nach einem einzigen Plan ... von einer Zentralstelle aus" !

Die Monopolkapitalisten selbst sind es also, welche die "Planmässigkeit" vorantreiben, um die Profite "planmäßiger" einzustreichen.

Der große Widerspruch dabei ist jedoch, daß zwar die Produktion mehr und mehr vergesellschaftet wird, die Aneignung aber privatkapitalistisch bleibt. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen und immer kleiner werdenden Anzahl von Personen. Privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse stellen eine Hülle dar, fährt Lenin im Anschluß an die obige Passage fort,

> "die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird." (Ebenda)
>
> "Der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher."
> (Ebenda, S.209/210)

In dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, der an den Tag tritt als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie, wurzeln die Krisen und Katastrophen, die Verelendung, die Arbeitslosigkeit usw. Und mit der Entwicklung der gigantischen Monopole und ihrer "Planmäßigkeit" wird dieser Widerspruch nicht abgeschwächt, sondern nimmt nur noch verheerendere Formen an. Denn trotz Monopol und "Verflechtung" hört die Konkurrenz nicht zu bestehen auf, sondern wird mit noch gewaltigeren Mitteln ausgetragen und muß noch katastrophalere Auswirkungen haben. Denn eine vollständige Planung ist nicht da und läßt sich nicht verwirklichen, solange die Produktionsmittel im Besitz privater Monopolgruppen sind. Mit der ungeheuren Zunahme des Kapitals, mit dem beschleunigten Tempo der technischen Entwicklungen und Umwälzungen muß sich natürlich jede Fehlspekulation gleich viel verheerender auswirken, als wenn wir es mit einer Unsumme kleiner verschieden taktierender und spekulierender Kapitalisten zu tun haben. D.h., mit der abnehmenden Zahl kapitalistischer Eigentümer schwächt sich der chaotische Charakter, der der ganzen kapitalistischen Produktion in ihrer Ge-

LENIN GEGEN DAS REFORMISTISCHE MÄRCHEN, DASS STAATSMONOPOLISTISCHER KAPITALISMUS SCHON KEIN KAPITALISMUS MEHR SEI

"Zu den meistverbreiteten Irrtümern gehört die bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei s c h o n k e i n Kapitalismus mehr, er könne bereits als 'Staatssozialismus' bezeichnet werden und ähnliches mehr. Eine vollständige Planmäßigkeit boten die Trusts natürlich nicht, bieten sie bis auf den heutigen Tag nicht und können sie nicht bieten. Soweit sie auch Planmäßigkeit bieten, soweit die Kapitalmagnaten den Umfang der Produktion in nationalem oder gar internationalem Maßstab auch im voraus berechnen, soweit sie die Produktion auch planmäßig regulieren - wir verbleiben trotz allem im K a p i t a l i s m u s , wenn auch in einem neuen Stadium, aber doch unverkennbar im Kapitalismus."

Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.456, 1917, Sperrungen im Original

samtheit eigen ist, keineswegs ab, sondern verschärft sich sogar noch.

Die Lösung dieser Widersprüche kann nur darin liegen, wie Marx und Engels wissenschaftlich aufgezeigt haben,

"daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften." (Engels, "Anti-Dühring", MEW 20, S.260)

Nur ein gesamtstaatlicher Wirtschaftsplan auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann gewährleisten, daß bei ökonomisch erforderlichen Umstellungen keine Arbeitslosigkeit entsteht, sich einzelne Unternehmungen nicht mehr gegenseitig niederkonkurrenzieren. Nur so kann der technische Fortschritt in den Dienst der Produzenten, der Erleichterung der Arbeit gestellt werden. Und nur so kann die Wirtschaft überhaupt kontrollierbar und geplant durch und für die Arbeitenden gestaltet werden.

Die Voraussetzung dafür ist die "Expropriation der Expropriateure", die systematische und vollständige Enteignung der Monopolbourgeoisie und der gesamten Bourgeoisie überhaupt.*

Es ist klar, daß eine solche "Besitzergreifung" nicht unter Herrschaft und mittels des bürgerlichen Staats erfolgen kann, der "wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten" (Engels ebenda) ist. Die politische Macht der Kapitalisten, ihr Staat, ist sogar das Haupthindernis zur Verwirklichung dieser Aufgabe und muß in der gewaltsamen Revolution völlig zerschlagen werden.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann nur durch das als herrschende Klasse organisierte Proletariat, d.h. durch und mittels der revolutionären Diktatur des Proletariats verwirklicht werden. Bereits im "Manifest der Kommunistischen Partei" legten Marx und Engels die revolutionäre Erkenntnis nieder, die seitdem die programmatische Richtlinie jeder wirklich revolutionären Arbeiterbewegung ist,

"daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse... ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren." (MEW 4, S.481, 1848)

Haben Sie Ihr RF-Abo schon verlängert ?

* Die Enteignungsmaßnahmen des Proletariats müssen sich nach der Machtergreifung unmittelbar vor allem auf die Banken und das ganze Monopolkapital konzentrieren, um die wirtschaftlichen Kommandohöhen fest in Besitz zu nehmen, um dann im Prozeß des weiteren Klassenkampfes mehr oder minder rasch das gesamte Kapital zu enteignen. Anders muß das siegreiche Proletariat gegen die Kleinproduzenten, vor allem die kleinen, werktätigen und ausgebeuteten Bauern, vorgehen, die es mittels der Einwirkung, der Überzeugung, des Beispiels, freiwillig auf den Weg der sozialistischen Umgestaltung, der Kollektivierung, des Übergangs zur sozialistischen Großproduktion zu führen gilt, wobei deren reaktionäre Tendenzen selbstverständlich bekämpft werden müssen (was übrigens auch eine Form des Klassenkampfes ist).

DAS GESCHREI VON DER NOTWENDIGKEIT DES KAPITALISTISCHEN WETTBEWERBS DIENT NUR DER VERSKLAVUNG DER ARBEITERKLASSE

Die Marktschreier des Kapitals tönen, daß ohne die Konkurrenz auf dem Markt kein "Anreiz" da sei, um die Wirtschaft vorwärtszubringen, technische Neuerungen durchzuführen usw. Ohne den Stachel der Konkurrenz würde alles stagnieren, allgemeiner Schlendrian einreißen usw.

Zunächst ist das eine dreiste Verhöhnung von mehr als 90 Prozent der Bevölkerung, die in den Betrieben und Unternehmen als Arbeiter und Angestellte werktätig sind auch ohne den "Anreiz" des Profits. Insofern ist dieser "Einwand" nur Ausdruck der Massenverachtung der Ausbeuter, wonach die Leute nur "ordentlich arbeiten", wenn ein Aufseher mit der Peitsche hinter ihnen steht.

Dieser durch Existenzangst, Elend und Schikanen erzwungenen kapitalistischen Disziplin muß die sozialistische Disziplin entgegengestellt werden. Der Widerwillen gegen die Arbeit ist im Kapitalismus unvermeidlich, weil es Arbeit unter dem Joch des Kapitals ist, Arbeit zum Nutzen und zur Bereicherung der Kapitalisten.

Ganz anders sieht es aus, wenn die Werktätigen spüren und wissen, daß sie für sich selbst arbeiten, daß die Früchte ihrer Arbeit nicht von einer ausbeuterischen Minderheit angeeignet werden, während ihnen kaum das Existenzminimum bleibt.

Die Kapitalisten, deren Propagandisten viel von "Initiative" und "Unternehmungsgeist" schwafeln, unterdrücken in Wirklichkeit jede wirkliche Masseninitiative, weil sie die arbeitenden Menschen zur maximalen Ausbeutung in der schikanösesten Botmäßigkeit halten. Und eine Arbeiterin oder ein Arbeiter, die sich im Betrieb heute für technische Verbesserungen, Einsparungsmöglichkeiten usw. einsetzen, schneiden sich damit nur ins eigene Fleisch, weil sie dadurch nur zur Wegrationalisierung der Arbeitsplätze ihrer Kolleginnen und Kollegen beitragen bzw. sich selbst "überflüssig" machen.

Sind die Arbeiterinnen und Arbeiter jedoch selbst Herren ihrer Betriebe und kommen ihnen Verbesserungen spürbar selbst zugute, so ist naturgemäß ein mächtiger Anreiz und Ansporn vorhanden, initiativ tätig zu werden.

Und wenn die Lakaien des Kapitals erklären, daß dies alles doch nicht funktioniere, weil die Menschen selbstsüchtig seien, so erklären wir:

Der Klassenkampf zum Sturz des Kapitals ist eine große Schule, in der die Arbeiterklasse sich den Geist der proletarischen Solidarität zueigen macht, zueigen machen muß, wenn sie irgendetwas erreichen will. Schon beim Streik siegt der Gedanke des kollektiven Zusammenhalts über das Konkurrenzstreben unter den Arbeitern, und sei es zunächst auch nur vorübergehend. Der Haß gegen Streikbrecher ist ein Ausdruck davon.

Die Grundlage für die Möglichkeit des dauerhaften Zusammenschlusses der Arbeiterklasse ist gegeben,

"weil Eigentum trennt und die Menschen zu Bestien macht, Arbeit aber eint." (Lenin, LW 31, S.316)

Allerdings, der proletarische Sozialismus geht keineswegs vom utopischen "guten Menschen" an sich aus. Der Sozialismus muß aufgebaut werden mit den Menschen, die da sind. Er muß mit den Mächten und Traditionen der alten Gesellschaft rechnen, die ebensowenig wie die Ausbeuter von heute auf morgen verschwinden werden. Aber dazu ist die Diktatur des Proletariats schließlich da. Das bewaffnete Proletariat wird die strengste Kontrolle über Produktion und Verteilung, bei der Re-

gistrierung der Arbeit und der Produkte organisieren. Ohne eine solche Kontrolle, ohne die Kontrolle über Müßiggänger, Herrensöhnchen, Gauner und ähnliche "Hüter der Traditionen des Kapitalismus" kommt der Sozialismus nicht aus. Das ist für jeden ehrlichen Werktätigen auch leicht einsichtig.

Der Sozialismus kann auch nicht ohne moralische und materielle Anreize auskommen, weil eine kommunistische Einstellung zur Arbeit sich nur in einem sehr langen Kampf entwickeln kann. Aber der sozialistische Wettbewerb ist kein Kampf auf Leben und Tod mit dem Ziel des gegenseitigen Ruins, sondern ist ein kameradschaftlicher Wettbewerb mit dem Ziel der gegenseitigen Hilfe, mit dem Ziel, den Sozialismus im Interesse aller voranzubringen.

Im Zuge der Entwicklung des Sozialismus werden sich die Menschen dann an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens g e w ö h n e n , werden die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen geschaffen, daß sie im Kommunismus ohne allen Druck und Zwang aus eigenem Antrieb nach ihren Fähigkeiten arbeiten und die freiwillige schöpferische Arbeit zum Lebensbedürfnis geworden ist.

"VERSTAATLICHTE" UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

Die Frage der Verstaatlichung hat in Österreich zusätzliche Brisanz durch das Problem der nationalen Unabhängigkeit. Von diversen bürgerlichen und revisionistischen Kräften wird dieser Aspekt sogar zur eigentlichen Hauptfrage aufgebauscht. - Auch wenn das nicht zutrifft, handelt es sich hier aber um einen wichtigen Aspekt des Problems, zu dem eine klare Haltung erforderlich ist.

IST DIE "VERSTAATLICHTE" EINE "BASTION DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT" ?

Ein von den Revisionisten und "alternativen Verstaatlichtenpolitikern" in den Vordergrund geschobenes Hauptargument ist: Die "Verstaatlichte" muß erhalten werden wegen der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, als Herzstück der "nationalen Wirtschaft".

Tatsächlich zeigt jedoch die Geschichte der verstaatlichten Unternehmen und Betriebe in der 2.Republik, daß die "Verstaatlichte" kein Garant und keine "Bastion" gegen den zunehmenden Einfluß von ausländischem Kapital bzw. gegen die verstärkte Abhängigkeit Österreichs von anderen Imperialisten, besonders vom westdeutschen Imperialismus, ist.

Aus Rücksichtnahme auf ausländische Kapitalinteressen blieb von vornherein die Magnesitindustrie als einzige Grundstoffindustrie gänzlich von der Verstaatlichung ausgeklammert. Diese Industrie befand sich vor dem Krieg in amerikanischen und französischen Händen (der Einfluß der Schoellergruppe in den Veitscher Magnesitwerken spielte eine zusätzliche Rolle dabei).

Mit dem "Wiener Memorandum" wurden dann die Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG) und andere Firmen des gewinnträchtigen Erdölsektors, die zuvor unter sowjetischer Verwaltung standen, an ihre früheren ausländischen Besitzer zurückgespielt.

Ein weiterer einschneidender Schritt war in den Sechzigerjahren vor allem die Siemens-Reprivatisierung. Auch der große Maschinenproduzent J.M.Voith AG wurde wieder an den deutschen Mutterkonzern angegliedert, obwohl es der Staatsvertrag untersagte, deutsches Eigentum an die ehemaligen Besitzer zurückzugeben.

Gleichzeitig nahm vor allem ab den Siebzigerjahren, doch auch schon zuvor, die Einflußnahme des ausländischen Kapitals auf die "Verstaatlichte" selbst immer mehr zu.

Mit Produktionsabstimmungsverträgen zwischen Siemens und Elin wurde die Unterordnung der verstaatlichten Elektroindustrie unter Siemens gefestigt (vgl. "Die Industrie" Nr.30/71).

Eine direkte Unterordnung des gesamten verstaatlichten Eisen- und Stahlsektors erfolgte mit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 1.1.1975, wobei bemerkenswerterweise die österreichische Eisen- und Stahlindustrie an die EG-Beschlüsse gebunden ist, ohne auf die Entscheidungen selbst Einfluß nehmen zu können.

Ein weiteres Vordringen des Auslandskapitals erfolgte besonders seit dem Antritt der Kreisky-Regierungen durch sogenannte "Joint Ventures" der verstaatlichten Unternehmen mit ausländischen Monopolen, so zum Beispiel die Chipsproduktion der VÖEST zusammen mit AMI in Unterpremstätten bei Graz oder die Spezialglaserzeugung der VÖEST in Eisenerz zusammen mit der Pilkington-Gruppe.

Der österreichische Staat hat sogar zusammen mit der ÖIAG ein eigenes Unternehmen gegründet, die "Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation (ICD)", um ausländisches Kapital nach Österreich zu locken.

Um ausländisches Kapital ins Land zu holen, werden mittlerweile auch die letzten Hemmungen fallengelassen. Noch am 23.10.1986 zitiert der "Kurier" den ÖIAG-Generalsekretär Sekyra:

"Selbst wenn die ÖMV zum Teil privatisiert wird, können Anteile nur an Inländer verkauft werden. Denn die ÖMV war ja vor der Verstaatlichung deutsches Eigentum, daher verstößt ein Verkauf ins Ausland gegen Staatsvertragsbestimmungen."

Doch schon ein Jahr später setzen sich die Herrschaften darüber schnurstracks hinweg: Die ÖMV-Aktien werden selbstverständlich auch an Ausländer verkauft und wurden bereits an sie verkauft. Die sogenannte "Ausländerklausel" wird bereits offen als "Anachronismus" behandelt und steht bloß noch auf dem Papier. Ausländische Kapitalvertreter sollen z.B. in den Hauptversammlungen der CA und Länderbank "mitreden" dürfen (siehe "Kurier", 16.8.1986).

Zunehmend gerät die "Verstaatlichte" vor allem in den Einflußbereich der mächtigsten Gruppen des westdeutschen Finanzkapitals, besonders der Deutschen Bank. So wurde im Frühjahr 1986 die zweitwichtigste Position im Aufsichtsrat der ÖIAG, jene des Stellvertretenden Vorsitzenden, mit Horst Münzner einem Vertreter des westdeutschen Kapitals eingeräumt. Münzner ist Einkaufsleiter und Vorstandsmitglied der Volkswagenwerke Wolfsburg sowie Beiratsvorsitzender der Deutschen Bank, einer der drei größten Monopolbanken Westdeutschlands.

Wir wollen es bei dieser stichpunktartigen und bei weitem unvollständigen Aufzählung bewenden lassen. Zwei wichtige Tatsachen lassen sich jedoch eindeutig feststellen:

Erstens haben die Verstaatlichungen in Österreich nicht im geringsten verhindert, daß das ausländische Kapital eine immer dominierendere Position in der österreichischen Wirtschaft gewonnen hat, daß ganze Industriezweige von ausschlaggebender Bedeutung praktisch vom ausländischen Kapital, besonders vom westdeutschen Imperialismus, beherrscht werden.

Zweitens hat die "Verstaatlichte" selbst mehr und mehr mitgeholfen, den Anteil des ausländischen Kapitals zu erhöhen, die Abhängigkeit Österreichs speziell vom westdeutschen Imperialismus zu verstärken.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die "Verstaatlichte" ein Garant und eine "Bastion" der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs sei. Das kann auch gar nicht der Fall sein, weil es der herrschenden Bourgeoisie, in deren Hand sich die "Verstaatlichte" befindet, nicht um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit geht, sondern nur um den maximalen Profit !

DIE ARBEITERKLASSE MUSS DIE AUSVERKAUFSPOLITIK DER BOURGEOISIE BEKÄMPFEN !

Nun könnte eingewendet werden, daß es den Arbeiterinnen und Arbeitern schließlich egal sein könnte, ob ihre Ausbeuter Inländer oder Ausländer seien, weil das Proletariat im Kapitalismus schließlich kein Vaterland hat. Eine solche Sichtveise wäre jedoch sehr gefährlich, auch venn sie dem vorherrschenden Chauvinismus völlig entgegengesetzt zu sein scheint. Die Arbeiter haben kein Vaterland im Kapitalismus, das stimmt. Daraus darf man aber keineswegs schlußfolgern, daß die Verschacherung inländischer Betriebe und Produktionsstätten an das Auslandskapital für die Arbeiterklasse belanglos sei. Wir müssen uns nämlich ansehen, warum die herrschende Bourgeoisie diese Ausverkaufspolitik betreibt und was sie für die Arbeiterschaft bedeutet.

Die Vertreter des kapitalistischen Systems, innerhalb und außerhalb der "Verstaatlichten", betreiben ihre Ausverkaufspolitik, weil sie daran verdienen und hoffen, noch lange daran mitverdienen zu können. Sie machen es, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen steigern zu können. Deshalb tun sie so, als sei das Vordringen des Auslandskapitals für Österreich eine "Wohltat", ein "Stimulus", ein "Impuls für den Wettbewerb" usw.

Was das alles für die Arbeiterschaft bedeutet, wird schon daraus ersichtlich, w o m i t das ausländische Monopolkapital angelockt wird. Die "Süddeutsche Zeitung" spricht von einem "Reizinstrumentarium", "das in Europa sonst nirgendwo geboten" werde (11.9.1986). Investoren dürfen damit rechnen, daß der österreichische Staat "bis zu 56 % des Gesamtaufwandes zur Betriebsansiedlung übernehmen" (ebenda) wird. In Hochglanzbroschüren werden die "unübertroffene Stabilität bei stetigem Wachstum", das "konfliktfreie Sozialklima", die "minimalen Streikzeiten" und "deutsche Qualität, bei bis zu 30 % günstigeren Lohnkosten" gepriesen (siehe das Faksimile !).

Es werden also paradiesische Ausbeutungsverhältnisse geschildert, welche für die Bourgeoisie vorzüglich sind, für das Proletariat jedoch von großem Übel. Und



es ist ganz klar, daß mit dem Vordringen des Auslandskapitals eine Erhöhung des Drucks gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter verbunden ist, daß damit eine Verschärfung ihrer Knechtung einher geht und die Herrschenden alles tun, um diese "paradiesischen" Verhältnisse zu erhalten und für sich noch paradiesischer zu machen.

Dahinter steht auch, daß es sich keineswegs einfach um einen Prozeß des "gleichberechtigten" wechselseitigen Durchdringens und der Kooperation von Kapitalen verschiedener Herkunftsländer handelt, sondern um einen zunehmenden Unterordnungsprozeß des österreichischen Kapitals unter das imperialistischer Großmächte. Hier bestimmt im wesentlichen der Stärkere die Bedingungen zu seinem Vorteil. Typisch ist etwa die Struktur der "Joint Ventures". Z.B. besteht die Kooperation der VÖEST mit IBM im wesentlichen in der Zulieferung von Computerteilen durch die VÖEST, während das technische Know How und Ausrüstungen für diese Fertigungen von IBM stammen. Ein ähn-

IMPERIALISTISCHER CHARAKTER UND AUSVERKAUFSPOLITIK SCHLIESSEN SICH NICHT AUS !

Die Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals und die Verstaatlichten-Bosse haben keinerlei Hemmungen und Skrupel, um verstaatlichte Betriebe für einen Pappenstiel an das inländische und ausländische Privatkapital zu verscherbeln oder sogar zu verschenken. Ein Beispiel dafür ist die Hebetechnik und Brückenbau AG in Wien-Liesing, ein Tochterunternehmen der VÖEST. Die Schweizer "Weltwoche" berichtet über die Übereignung dieser Firma an ein Schweizer Unternehmen, eine Transaktion, die verdächtig an den kuriosen und skandalösen Verkauf des westdeutschen DGB-Wohnbaukonzerns "Neue Heimat" an einen Westberliner Bäcker erinnere:

"Die Hebetechnik und Brückenbau AG - kurz Hebag - wurde jüngst samt Fabrik, Personal und zukunftsweisendem Know-how in die Schweiz verschenkt. Genauer an die Metallwerke AG in Buchs, SG, die sich zum übrigen Glück noch über eine Draufgabe von runden sieben Millionen Franken freuen darf - als Abgeltung der zu erwartenden Verluste in den nächsten beiden Geschäftsjahren." ("Weltwoche", 4.6.87)

Ein ähnliches Beispiel scheint der Verkauf der Grazer Zweiradproduktion der Steyr-Daimler-Puch AG an den italienischen Vespa-Hersteller Piaggio zu sein. Der Kaufpreis von 100 Millionen Schilling für die Produktionsanlagen einschließlich der Markenrechte für Puch deckt kaum ein Viertel der Stillegungskosten des Werkes. Das großbürgerliche Blatt "Die Presse" bemerkte dazu: "Gute Geschäfte sehen anders aus" (25.2.87).

Keine "guten Geschäfte" für wen ? Denn hier haben wir ein typisches Beispiel für die "Operationen" des Finanzkapitals. Steyr hofft nämlich auf eine Art "Umwegrentabilität". Der neue Puch-Eigentümer Piaggio gehört nämlich zum Fiat-Konzern, mit dem Steyr intensive Geschäftsbeziehungen unterhält. Steyr ist nicht nur Fiat-Generalimporteur für Österreich, sondern im Grazer Vierradwerk werden auch Allradantriebe für die Modelle Fiat Panda 4 x 4, Lancia Y 10 usw. gefertigt. Und hier liegt auch der - profitable - Zusammenhang, wie die "Presse" berichtet:

"Sollte der Allrad-Boom im Pkw-Geschäft anhalten, dann rechnet sich der CA-Konzernbetrieb gute Chancen aus, Allradantriebe für weitere Fiat-Modelle liefern zu können. Da kann ein kleines Entgegenkommen bei den Zweirädern nicht schaden." ("Die presse", 27.2.1987)

Schleuderverkäufe, Produktionsverlagerungen in sogenannte "Billiglohnländer", alles das sind nur verschiedene Seiten und Erscheinungsformen des Strebens des Monopolkapitals nach Maximalprofit. Insofern ist es kein Widersinn, daß einerseits der Anteil ausländischen Kapitals in Österreich immer mehr zunimmt und gegenüber dem ausländischen Kapital eine Ausverkaufspolitik betrieben wird, und anderseits das österreichische Finanzkapital selbst verstärkt ins Ausland drängt.*

Das alles ist Ausdruck der Tatsache, daß das Kapital "international" ist und kein "Vaterland" kennt, sondern nur den Profit. Das darf nie vergessen werden bei dem chauvinistischen "patriotischen" Geschrei der imperialistischen Bourgeoisie, das nur zum Betrug der Massen dient.

* Im Jahr 1986, zu einer Zeit also, als bereits auch eine verschärfte Ausverkaufspolitik begonnen wurde, schnellte das Volumen der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland gewaltig hinauf. Waren in der Vergangenheit Jahr für Jahr Beträge im Wert zwischen 1,4 und 3,5 Mrd. S in Beteiligungen österreichischer Firmen in andere Länder geflossen, so belief sich der Vergleichsbetrag 1986 plötzlich auf doppelt so viel wie 1984 und fast so viel wie 1986 ausländische Firmen in Österreich in den Erwerb und Ausbau von Beteiligungen investierten (4,9 Mrd. S) (Daten aus: "industrie", 8.Juli 1987, S.9)

liches Bild ergibt sich auch auf dem Automobilsektor, wo österreichische Firmen rein auf die Rolle von Zulieferfirmen festgelegt wurden. So betrachten und behandeln die mächtigen Monopole des westdeutschen, amerikanischen, japanischen usw. Imperialismus Österreich vor allem als "verlängerte Werkbank".

Das alles stellen wir nicht fest aus Sorge um die "österreichische Wirtschaft", die eine kapitalistische Ausbeuterwirtschaft und keine "Volkswirtschaft" ist, sondern weil es Tendenzen sichtbar macht, die sich vor allem gegen die Interessen der Arbeiterklasse richten. Aus diesen Fakten wird deutlich, daß mit dem Ausverkauf eine Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, aber auch eine Verschlechterung ihrer Kampfbedingungen verbunden ist, während die herrschende Bourgeoisie ihre Position auf Kosten des arbeitenden Volkes und als Juniorpartner größerer kapitalistischer Mächte stärkt.

Ohne sich die geringsten Illusionen über die "Verstaatlichte" zu machen, muß die Arbeiterschaft der verstaatlichten Betriebe und darüberhinaus in ganz Österreich den Kampf gegen die Ausverkaufspolitik des Kapitals führen. Dieser Politik tatenlos zuzusehen, würde bedeuten, der Verschlechterung der Positionen der Arbeiterklasse keinen Widerstand entgegenzusetzen, gegen die verstärkte Unterdrückung, Ausbeutung und Versklavung der Arbeiterklasse durch das inländische und ausländische Kapital keinen Kampf zu

führen.

Im wesentlichen ist dieser Kampf eine "negative Aufgabe", d.h. ein Verteidigungskampf. Keine Sekunde darf dabei nämlich vergessen werden, daß Österreich selbst ein imperialistisches Land ist, daß der österreichische Imperialismus selbst an der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker teil hat. Daher gibt es keine "gesamtnationalen Interessen", die uns mit dieser Bourgeoisie und diesem ihren Staat verbinden.*

Die "positive Antwort" des Proletariats auf die Ausverkaufspolitik kann nicht darin bestehen, konstruktive Vorschläge für das Kapital zu machen, wie "unabhängig" Profit gemacht werden kann, wie das "alternative Verstaatlichtenspezialisten" der Sorte Bayer und Scherb tun.

Der Kampf gegen die Ausverkaufspolitik muß vielmehr als Kampf vorrangig gegen die "eigene" herrschende Bourgeoisie geführt werden. Die Anprangerung ihrer Machenschaften auch auf diesem Gebiet muß ein Hebel sein, um die Notwendigkeit des Sturzes dieser durch und durch reaktionären und verfaulenden Klasse bewußt zu machen.

Die "positive Antwort" wird erst darin bestehen, daß die siegreiche proletarische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, nicht nur zur Liquidierung der Ausbeutung durch die österreichische Bourgeoisie führen, sondern auch die Kette des Weltimperialismus an diesem Abschnitt zerreißen und somit auch die Auspressung durch die anderen Imperialisten beenden wird.

"K"PÖ-Revisionisten und "Verstaatlichte":

KLASSENVERSÖHNUNG UND SOZIALCHAUVINISMUS UNTER DEM MANTEL DER "VERTEIDIGUNG DER VERSTAATLICHTEN"

Die Muhri-Revisionisten spielen sich als die konsequentesten Verteidiger der "Verstaatlichten" auf. Doch in der Praxis zeigt sich bei allen Gelegenheiten, daß sie dem extremsten Reformismus und Chauvinismus die Mauer machen und diesen selbst betreiben. Das zeigte sich auf der Verstaatlichten-Konferenz in Steyr im Mai 1987, wo sie gemeinsam mit den SP-lern jeden Ansatz zu einer mehr klassenkämpferischen Politik abblockten. Das zeigte sich ebenso bei der Vorbereitung der Demonstration gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Bildungsstopp am 24. Oktober 1987, wo sie mit "führend" waren bei der Festlegung der Demonstrationsplattform, in der von der Propaganda einer selbständigen klassenkämpferischen Initiative nichts zu finden ist.

Die ideologische Grundlage dafür ist der moderne Revisionismus, der vollständige Verrat am Marxismus-Leninismus, der nachfolgend knapp aufgezeigt werden soll.

ILLUSIONSMACHEREI IN DEN CHARAKTER DER "VERSTAATLICHTEN", UM DEN "FRIEDLICHEN WEG ZUM SOZIALISMUS" PLAUSIBEL ZU MACHEN

Die "K"PÖ-Revisionisten sehen sich gezwungen, dann und wann zuzugeben, daß Verstaatlichungen im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft noch kein Stück Sozialismus darstellen. Die entscheidende Verfälschung des Marxismus-Leninismus

* In der RF 201 "MIT FEHLERN UND HALBHEITEN BRECHEN ! - Selbstkritik des ZK der MLPÖ" werden entscheidende Ausgangspunkte zur Problematik der nationalen Unabhängigkeit in einem imperialistischen Land wie Österreich dargelegt. Außerdem wird dort auf die Notwendigkeit verwiesen, die ideologische und politische Linie dazu noch genauer auszuarbeiten.

betreiben sie über die Frage des Staats. So behaupten Silbermayr, Politbüro-Mitglied der "K"PÖ, und Atzenhofer, Mitarbeiterin des ZK der "K"PÖ, in einem gemeinsamen Artikel:

> "Die aus dem Charakter des Staates abgeleitete Ausbeutungsfunktion und staatsmonopolistische Regulierungsfunktion der Verstaatlichten und ihre fortschrittlichen Potenzen existieren als dialektische Einheit."
> ("Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr.6, 1985).

Das klingt zunächst, oberflächlich betrachtet nicht völlig abwegig, weil Verstaatlichungen einen ökonomischen Fortschritt der Vergesellschaftung der Produktion darstellen können. Der entscheidende Punkt ist aber, daß dies den Muhringern nur als Brücke zur völligen Entstellung der revolutionären Theorie über Staat und Revolution dient:

> "In welcher Weise und in welchem Ausmaß die in der Verstaatlichung angelegten widersprüchlichen Möglichkeiten in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zur Geltung kommen, hängt vom jeweiligen Kräfteverhältnis der Klassen, in Hinblick auf die fortschrittlichen Potenzen vor allem von der Bewußtheit, Kampfkraft und Aktivität der Arbeiterklasse ab. In vollem Umfang kann die verstaatlichte Wirtschaft nur dann 'zu einer dem Volke dienenden Schlüsselposition' werden, wenn die 'Sachwalter und Politiker des Monopolkapitals aus dem Staat und den Verwaltungsorganen des staatlichen Sektors' ausgeschaltet werden."
> (Ebenda, das Zitat im Zitat stammt aus dem "K"PÖ-Programm "Sozialismus in Österreichs Farben" von 1982, S.20)

Die Revisionisten behaupten also, daß aufgrund der "dialektischen Einheit" ihrer Rolle die "Verstaatlichte" bereits heute bis zu einem gewissen Grad "eine dem Volke dienende Schlüsselposition" habe. "In vollem Umfang" könne diese den Interessen des arbeitenden Volkes dienende Funktion realisiert werden, indem die Figuren des Monopolkapitals aus dem bürgerlichen Staat und den Organen der "Verstaatlichten" schön langsam ausgeschaltet werden.

Hier liegt der Hund begraben. Der Staat wird als über den Klassen stehend hingestellt. Es genügt, ihn von den Sachwaltern und Politikern des Monopolkapitals zu säubern, und schon läßt sich mit seiner Hilfe eine "in vollem Umfang" den Werktätigen dienende Wirtschaft gestalten. Damit wird der Marxismus offen über Bord geworfen, denn das ABC des wissenschaftlichen Sozialismus besagt:

> "Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten".
> (Engels, "Anti-Dühring", MEW 20, S.260)

Das Revisionistenpärchen Atzenhofer-Silbermayr behauptet schließlich sogar direkt, daß sich der bürgerliche Staat trotz seiner "Auch"-Funktion als Instrument des Kapitals zumindest zeitweilig und bedingt gezwungen sehe, sich auf die Seite der Arbeiter zu schlagen. Weil er seinen Anspruch als Repräsentant des "Gemeinwohls" wahren müsse, sei es in der Praxis so,

> "daß er in den staatlichen Betrieben mit Methoden zurückhaltend sein muß, die als typisch privatwirtschaftlich identifiziert werden können."

In Konfliktfällen zwischen Verstaatlichten-Unternehmensleitung und Arbeiterschaft sei

> "selbst der Bundeskanzler (als Eigentümervertreter) gezwungen, sich einzuschalten und sich - vor allem wenn Wahlen vor der Tür stehen - auf die Seite der Betriebsräte zu stellen."

Eine solche Beschönigung, die jeglicher Realität Hohn spricht, brauchen die "K"PÖ-Revisionisten, um die Werbetrommel zu rühren für den "friedlichen Weg" in einen "Sozialismus in den Farben Österreichs". Denn so wie sie es als möglich erscheinen lassen, ohne siegreiche Revolution, ja auf ganz friedlich-freundlichem Weg "alle Vertreter des in- und ausländischen Kapitals und dessen politische Sachwalter aus den Aufsichtsräten und Vorständen zu entfernen", um eine "Demokratisierung des verstaatlichten Sektors" herbeizuführen (Silbermayr und Atzenhofer), so propagieren sie auch den Märchenglauben, daß der bürgerliche Staat durch "Abwahl" der bürgerlichen Politiker und seine Säuberung von "reaktionären Elementen" in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt werden könne.

Und hier kommt der revisionistische

Grundkern zum Vorschein: Die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution verschwindet. Die aus der historischen Erfahrung gewonnene Grunderkenntnis des Marxismus, daß der bürgerliche Staat nicht für die Zwecke der Arbeiterklasse "umfunktioniert" werden kann, sondern gewaltsam zerschlagen werden muß, wird ersetzt durch plattesten Reformismus und parlamentarischen Idiotismus.

Gegen solche reformistischen Spekulationen mit dem Phänomen des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellte Lenin klar:

> "Die 'Nähe' eines s o l c h e n Kapitalismus zum Sozialismus muß für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, daß man die Ablehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle."
> (Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.456, 1917, Sperrung im Original)

KLASSENVERSÖHNUNG UND CHAUVINISMUS IM "NATIONALEN" GEWAND

Im theoretischen Organ der "K"PÖ ist ein Artikel der Revisionistin Atzenhofer erschienen über "Österreichs Unabhängigkeit und die Verstaatlichte". Als zentrale, den Revisionismus über Staat und Revolution ergänzende und vollendende These wird darin vertreten, daß die Verstaatlichungen in Österreich im "gesamtnationalen Interesse" liegen würden.

Zur Untermauerung ihres chauvinistischen Standpunkts schreckt die Verfasserin des Artikels auch nicht davor zurück, das Eigentums- und Privatisierungskonzept der ÖVP z u s t i m m e n d anzuführen, in dem es heißt, daß die Verstaatlichungen seinerzeit "in erster Linie Ausdruck einer staatspolitischen und patriotischen Haltung (waren), um die österreichische Industrie vor Auslandseinfluß und dem Zugriff der Besatzungsmächte zu sichern." ("Mehr Privat - weniger Staat", ÖVP 1985, zitiert in "Weg und Ziel" 7/8/86, S.262).

Als geradezu beispielhaft wird der "Kampf" der Länderbank und ihres Generaldirektors Henisch nach dem Zweiten Weltkrieg angeführt, um Auslandseinflüsse abzuwehren und um der Länderbank ihren "rein österreichischen Charakter" zu erhalten. Das sei ein "objektiv an g e s a m t n a t i o n a l e n I n t e r e s s e n orientiertes Verhalten" (ebenda, S.263).*

Und gerade das ist f a l s c h . Gerade auch anhand der Verstaatlichungen in Österreich zeigt sich, daß es in einem Land wie Österreich keine Bourgeoisie und Proletariat verbindenden "gesamtnationalen Interessen" gibt. In den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus

> "hat sich die nationale Gemeinschaft längst überlebt, und 'gesamtnationale Aufgaben' gibt es o b j e k t i v nicht mehr."
> (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, LW 23, S.52, 1916, Sperrung im Original)

Unter Berufung auf das "nationale Interesse" vertreten die "K"PÖ-Revisionisten in Wirklichkeit zutiefst reaktionäre und imperialistische Interessen, die Interessen des österreichischen Finanzkapitals. So fordert Muhri: "Heimischer Stahl statt Import von Stahl !" ("Volksstimme", 8.5.86). Das ist nichts anderes als bürgerlicher Wirtschaftsnationalismus und Chauvinismus. Demzufolge hätte die Arbeiterklasse angeblich ein Interesse an der Stärkung der "eigenen" Ausbeuter im Konkurrenzkampf mit anderen Imperialisten. Im "Wochenend-Panorama" der "Volksstimme" vom 5.10.86 wird als unterstützenswert die Forcierung eines mehr eigenständigen imperialistischen Wegs des österreichischen Monopolkapitals angepriesen, nämlich "eine größere Eigenständigkeit beim Aufbau von M ä r k t e n ".**

Die Berufung auf ein angeblich über den Klassen stehendes "nationales Interesse Österreichs" dient den "K"PÖ-Revisionisten auch direkt zur Propaganda der Klassenkollaboration. Das "gesamtnationale Interesse Österreichs" schaffe nämlich auch

> "Voraussetzungen zu antimonopolistischen Bündnissen über die Arbeiterklasse hinaus: Kleinbürgerliche Kreise in den von Stillegungen und Entlassungen bedrohten Regionen, mittlere Unternehmer, die als Zulieferer an Ostexporten verstaatlichter Betriebe beteiligt sind *, haben unmittelbares Interesse an der Erhaltung und dem Florieren dieser Betriebe. Aber es gibt auch solche Kreise der österreichischen Bourgeoisie, die an einer Auslieferung so wichtiger Wirtschaftspositionen wie der verstaatlichten Betriebe an ausländische transnationale Konzerne keineswegs interessiert sein können." (Hans Kalt, "Weg und Ziel" 7/8/86, S.267)

Es soll also die große Einheitsfront marschieren der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums Arm in Arm mit "mittleren Unternehmern" und sogar Teilen der großen österreichischen Bourgeoisie selbst, um das staatsmonopolistische Kapital gegen "ausländische transnationale Konzerne" zu verteidigen. Frei nach dem Ausspruch Kaiser Wilhelms zu Beginn des 1.Weltkriegs, als die verräterische Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu den Kriegsanleihen gab: "Ich kenne keine Klassen mehr, ich kenne nur noch Deutsche !" könnte das "K"PÖ-Motto lauten: "Wir kennen keine Klassen mehr, wir kennen nur noch durch das gesamtnationale Interesse Österreichs verbundene Patrioten !".

* Auch das von Jocha und Co. unterstützte und mitgetragene "Österreichische Solidaritätskomitee" schwätzt vom "gesamtnationalen Interesse" (siehe "Aufruf gegen den Ausverkauf Österreichs") und entdeckt das "Interesse der gesamten Bevölkerung Österreichs" am Erhalt der verstaatlichten Industrie. Diese Sozialchauvinisten unterscheiden sich nur dadurch von der "K"PÖ, daß die sie "nationale Einheit" gegen "beide Supermächte" herstellen wollen.

** Fußnote siehe nächste Seite!

Fußnote von S. 40

In einer gemeinsamen Resolution des "GLB" ("Gewerkschaftlicher Linksblock") und der "K"PÖ zur "Verstaatlichten" wird neben "einem verstärkten Kampf um Inlandsmarktanteile" und dem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den "sozialistischen Ländern" auch "eine wohlüberlegte Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt zum gegenseitigen Vorteil" gefordert (siehe "VS", 4.3.1986). Mit letzterem wird eindeutig die Verstärkung der neokolonialistischen Aktivitäten des österreichischen Imperialismus gefordert, weil das Monopolkapital, ob verstaatlicht oder nicht, keineswegs "gegenseitigen Vorteil" anstrebt, sondern nur dem Maximalprofit nachjagt. D.h. die "K"PÖ propagiert die verschärfte Ausbeutung der Volksmassen in den vom Imperialismus abhängigen und unterjochten Ländern, die "Zusammenarbeit" mit den in den sogenannten "Ländern der Dritten Welt" herrschenden Kompradorenbourgeoisie- und Großgrundbesitzercliquen eben zu diesem ausbeuterischen Zweck.

* Hier zeigt sich auch deutlich die Doppelfunktion der "K"PÖ-Revisionisten: einerseits Agenten der in Österreich herrschenden Monopolbourgeoisie in der Arbeiterbewegung, andererseits Mittelsleute der Interessen der russischen Sozialimperialisten. Im Eintreten für die "Ostexporte" nimmt die "K"PÖ sichtlich die reaktionären Interessen ihrer beiden Oberherren wahr.

Eine ungeheuerliche Frechheit

Den nachfolgend verkleinert wiedergegebenen Brief - man würde es sonst nicht glauben - hat die Leitung der verstaatlichten Steyr-Daimler-Puch AG im Oktober 1987 an alle Beschäftigten versandt und als Inserat auch in der Presse veröffentlicht. Die "lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen" werden darin nicht nur ganz allgemein aufgefordert, "Leistungswillen und Opferbereitschaft" zu zeigen, zur "Gesundung" des Unternehmens "einen e r h e b l i c h e n finanziellen Beitrag" zu leisten, also sich sehr tief in die Tasche greifen zu lassen, sondern dieser erhebliche Beitrag wird von den Herren, die ihre Zentrale samt allen eventuell belastenden Papieren erst unlängst "warm abgetragen" haben*, sofort auch wie folgt festgelegt:

- Verzicht auf alle kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltserhöhungen für drei (!) Kollektivvertragsperioden
- Verzicht auf 5 Prozent der gegenwärtigen Löhne
- Verzicht auf mindestens (!) die Hälfte aller "freiwilligen Sozialleistungen" des Konzerns.

Und wofür sollen die Beschäftigten von Steyr-Daimler-Puch das alles freiwillig auf sich nehmen, wofür den Herren im Vorstand solche dicken Geschenkpakete unter den Christbaum legen ?

Nach den eigenen Aussagen des Konzernvorstandes insbesondere dafür, daß der Konzern im Ausland eine "offensive Marktstrategie" entwickeln und dort "neue Märkte" erobern kann; damit er in seinen Betrieben "weiter rationalisieren", also Arbeitskräfte einsparen kann; um das Unternehmen "in den Gewinn zu führen", also profitträchtiger zu machen; damit die Unternehmensgruppe "ihren Aktionären eine gute Geldanlage bieten", also mehr Dividenden hinblättern kann ! Für all das sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter blechen, auf Teile ihres Lohns und auf Großteile mühsam erkämpfter Sozialleistungen verzichten, sich selbst, ihren Familien und ihren Kindern den Gürtel gleich um etliche Löcher enger schnallen !

Um das Maß dieses niederträchtigen Ansinnens - das zugleich eine perfide Erpressung ist, weil andernfalls noch umfangreichere Entlassungen in Aussicht gestellt werden - voll zu machen, verknüpft der Steyr-Vorstand sein unverschämtes Lohnkürzungs- und Sozialabbau-Programm noch mit der frechen Unterstellung, an der schlechten Profitlage des Konzerns seien letzten Endes ja die Arbeiter selber mitschuldig: weil sie 1986 ein paar Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen und eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt haben.

Nicht nur die Steyr-Arbeiter, sondern die gesamte österreichische Arbeiterschaft müßte dieses Schanddokument aus der Steyr-Zentrale als M e n e t e k e l betrachten, wie weit es im Österreich der Sinowatze und Vranitzkys, der Mocks und Grafs, der Job-Streicher und Arbeiter-Sekyrer bereits gekommen ist !

1969 hat die katholische Kirche das liturgische Fest der "Beschneidung des Herrn" offiziell abgeschafft. An seiner Stelle will die Leitung der Steyr-Daimler-Puch AG nun offenbar das Fest der Beschneidung ihrer Knechte einführen. Mögen doch die Arbeiter schleunigst dafür sorgen, daß dieser Versuch für die Herren kein Fest wird !

Unter den jugoslawischen Partisanen war es während des 2.Weltkriegs gelegentlich der Brauch, gefangengenommenen Hitler-Soldaten die von ihnen mitgeführten Nazi-Symbole auffressen zu lassen. Wäre es eine so schlechte Idee, auch den Herren des Steyr-Vorstandes diese ihre Schandbriefe auffressen zu lassen, damit sie deren absolute Unverdaulichkeit erkennen ? F.St.





* Siehe dazu RF 227 "POLIZEISTAAT IN AKTION - Zu den Opernball-Ereignissen 1987", S.12/13.

Schanddokument !

Freitag, 16. Oktober 1987 — ANZEIGE — Seite 27

Steyr-Daimler-Puch
Aktiengesellschaft



Vorstand

1010 Wien 1, Kärntnerring 7
8. 10. 1987

Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen!

Der Verlauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres 1987 war im ganzen SDP-Konzern von den Maßnahmen geprägt, die wir zur Gesundung unseres Unternehmens eingeleitet haben.
Die Bereiche Allradtechnik in Graz, Wälzlager und Waffe in Steyr und die Werke Wien wurden zu eigenen Gesellschaften geformt, um kleinere und flexiblere Einheiten zu schaffen. Der Bereich Zweirad in Graz wurde geschlossen, weil für ihn keine realistische Chance gesehen wurde, in absehbarer Zeit aus der Verlustzone zu kommen.
Zugleich haben wir – vor allem in Steyr – weiter mit Nachdruck investiert und modernisiert; die Anstrengungen im Verkauf wurden in allen Bereichen verstärkt.
Dies hat in mehreren Bereichen, so vor allem in der neugegründeten SDP-Fahrzeugtechnik GmbH in Graz, aber auch in der SDP-Spezialfahrzeug GmbH in Wien, zu einer besseren Auslastung geführt.
In anderen großen Bereichen, wie dem Lkw und dem Wälzlager, verschlechterte sich die Beschäftigung aber weiter. Wir waren zu Kurzarbeit während des gesamten ersten Halbjahres gezwungen und mußten jetzt eine weitere Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter einleiten.
Trotz aller bisherigen Einsparungen werden wir wegen der noch schlechter gewordenen Beschäftigung in wichtigen Bereichen heuer Verluste erleiden, die kaum geringer sein werden als im letzten Jahr. Dazu trägt natürlich auch bei, daß durch die Arbeitszeitverkürzung und die Lohn- und Gehaltserhöhung aus dem Kollektivvertrag 1986 Mehrkosten in Höhe von 225 Millionen Schilling entstanden, die die erzielten Einsparungen weitgehend wieder aufgehoben haben.
Es war daher notwendig, ein neues Konzept zu erarbeiten; das Ziel mußte sein, auch unter den anhaltend schlechten Verkaufsmöglichkeiten in unseren traditionellen Märkten das Unternehmen bis 1991 wieder in den Gewinn zu führen.
Das Konzept enthält eine offensive Marktstrategie für Lkw und Traktoren in westeuropäischen Ländern. Wir werden so für uns neue Märkte erschließen, wie zum Beispiel Großbritannien, und in anderen unsere Marktanteile vergrößern. Damit werden wir unsere Abhängigkeit von schwer planbaren Überseemärkten verringern und unseren Exportschwerpunkt nach Europa verlagern.
Mehrere internationale Vergleichstests bestätigen unseren Fahrzeugen, daß sie auch auf den anspruchsvollsten Märkten voll wettbewerbsfähig sind.
Unsere Kosten sind aber nach wie vor in allen Bereichen zu hoch.
Dazu werden wir weiter investieren und rationalisieren. Wir werden weiter alle Reserven des Unternehmens, die nicht unmittelbar für den Betrieb notwendig sind, verwerten, um dem Unternehmen Geld zuzuführen.
Es ist aber nicht zu vermeiden, daß wir auch von den Mitarbeitern finanzielle Opfer erwarten müssen, wenn wir unser gemeinsames Ziel, die Gesundung des Unternehmens, erreichen wollen. Diese Opfer beziehen sich sowohl auf den Verdienst wie auch auf die freiwilligen sozialen Leistungen aller im Konzern beschäftigten Personen, unabhängig von Rang und Stellung.

Das bedeutet konkret:
- den Verzicht auf kollektivvertragliche Ist-Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen aus der derzeit laufenden und den beiden folgenden Kollektivvertragsrunden sowie
- einen Bezugsverzicht von 5% durch alle Belegschaftsmitglieder, wobei ein Teil dieser Bezugseinbuße nach vollzogener Sanierung im Wege einer Erfolgsbeteiligung wieder vergütet werden könnte;
- eine mindestens 50prozentige Kürzung der freiwilligen Sozialleistungen.

Entsprechende Gespräche mit den Vertretern der zuständigen Betriebsratskörperschaften der Konzernbetriebe wurden bereits aufgenommen.

Steyr-Daimler-Puch hat viele Jahre erfolgreich gewirtschaftet: Die Mitarbeiter haben gute Löhne und Gehälter bekommen, der Staat und die Gemeinden ihre entsprechenden Steuern, die Aktionäre Dividenden und darüber hinaus blieb noch Geld zur Reservenbildung im Unternehmen. Das ist jetzt anders; viele Unternehmen, die vorwiegend Investitionsgüter herstellen, sind in Schwierigkeiten, wir aber mehr als andere. Schon in den letzten Jahren haben wir finanzielle Hilfe von außen benötigt und erhalten. Auch in den kommenden Jahren der Gesundung werden wir noch Unterstützung brauchen. Wir werden sie nur dann bekommen können, wenn auch das Unternehmen selbst und seine Mitarbeiter einen erheblichen finanziellen Beitrag leisten, um den gewünschten Erfolg zu erreichen.
Wir bitten Sie deshalb um Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.
Das Konzept zur Gesundung unseres Konzerns ist umfassend und schwierig; es verlangt Leistungswillen und Opferbereitschaft von allen. Helfen aber alle mit, dann wird Steyr-Daimler-Puch in wenigen Jahren wieder eine Unternehmensgruppe sein, die ihren Mitarbeitern wirtschaftliche und damit sichere Arbeitsplätze und ihren Aktionären eine gute Geldanlage bieten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Steyr-Daimler-Puch
Aktiengesellschaft

Für den Vorstand

Voisard

VOISARD

(aus: Kronenzeitung, 16.10.87)

DIE STEYRER VERSTAATLICHTEN-KONFERENZ – EIN SCHRITT NACH VORN ?

(Korrespondenz einer Teilnehmerin)

Am 23. und 24.Mai 1987 fand in Steyr eine "Gesamtösterreichische Solidaritätskonferenz für die verstaatlichte Industrie" statt. Mit 250 am ersten und etwas über 200 am zweiten Tag war die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überraschend hoch, vor allem wenn man sie mit früheren Konferenzen alternativer und oppositioneller Gewerkschafter vergleicht (50 - 80 Teilnehmer/innen). Die Konferenz war somit sicher Ausdruck der sich ständig verschärfenden Situation der Beschäftigten in der Verstaatlichten und der Verschlechterung der Lebenslage in Österreich allgemein. Und es ist an und für sich erfreulich, wenn sich endlich wieder Betroffene zusammensetzen, um ihre Situation zu beraten und Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Ein Schritt vorwärts also ?

So erfreulich es ist, daß sie überhaupt stattgefunden hat, umso unerfreulicher waren die Inhalte und der Verlauf der Konferenz. Schon allein die Tatsache, daß eine "Bürgerinitiative Solidarität mit der Verstaatlichten und Gemeinwirtschaft" eingeladen hatte, ließ bereits einiges über die Grundlinie der Veranstalter vermuten. Tatsächlich kamen ca. je 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen von SP/SJ und KPÖ, sowie etwa 50 aus dem Kreis der SOAL (ehemalige GRM), GE, Autonome, IKL usw.

Die Führung hatten Funktionäre von SP und KP in der Hand, die auch den Ablauf bestimmten. Nach der Eröffnung durch SP-Buchinger und der Begrüßung durch den Steyrer SP-Bürgermeister Schwarz, folgte ein einleitendes Referat von Univ.Prof.Rothschild, das grundsätzlich die Verstaatlichte, ihre Geschichte und die Haltung der Parteien dazu vom reformistischen Standpunkt behandelte. Damit war auch bereits der enge Rahmen abgesteckt, in dem sich die Konferenz bewegen sollte. Auch die von den Leitern der einzelnen Arbeitsgruppen - sämtliche SP- oder KP-nahe - ausgearbeiteten Papiere ließen in ihrer Stoßrichtung von vornherein keinen Platz für klassenkämpferische Positionen. Es fällt sofort auch auf, daß in typisch sozialdemokratisch-revisionistischer Manier schon von der Themenstellung her die Hälfte der Arbeitskreise der nationalen Unabhängigkeit und Neutralität "unseres geliebten Vaterlandes" gewidmet war.

Eine richtig erfrischende Abwechslung waren die Auftritte von Peter Turrini, der mit treffenden Worten den Zusammenbruch der Illusionen vom Wirtschaftswunder und vom Wohlfahrtsstaat poetisch aufs Korn nahm sowie die Berichte von 6 betroffenen Arbeiter/innen. Diese schilderten zum Teil sehr beeindruckend, was es heißt, plötzlich vom "sicheren Posten" zu fliegen und als "Sozialschmarotzer" zu landen.

Im krassen Gegensatz zur offensichtlich gewordenen Schärfe, mit der sich heute schon die Probleme stellen, standen die seichten reformistischen Grundpositionen, die sich vom Einleitungsreferat bis zur Rede auf der Schlußkundgebung durchzogen. Alle Klassenkriterien beiseiteschiebend und völlig unbekümmert um den kapitalistischen Charakter des Staates war der durchgehende Tenor:

- Die verstaatlichte Industrie (VI) sei ein "demokratischer Sektor" innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und könne zu einem anderen Wirtschaften als nach dem Profitprinzip gedrängt werden;

- die VI müsse als Motor der österreichischen Wirtschaft verteidigt werden, damit die österreichische Wirtschaft konkurrenzfähig bleibe;

- die Krise der VI sei auf einen dubiosen Haß konservativer Kreise (ÖVP) gegen die VI und auf Managementfehler zurückzuführen. Dagegen gelte es politisch Druck auf die Regierung auszuüben (v.a. auf die SPÖ) und "Alternativmodelle" zur Rettung der VI zu entwerfen, um über eine verstärkte Kapitalzufuhr in eine Offensive der VI zu kommen ("Modernisierung des Grundstoffbereichs", "neue Finalproduktionen", "moderne Industriepolitik"...), weil sonst "Österreich ökonomisch, sozial und politisch auf das Niveau der sogenannten 'Schwellenländer der 3.Welt' absinkt".

Peter Turrini

So um die Mitte sechzig,
ein Jährchen auf oder ab,
da brachte die Gesellschaft
den Arbeitsmann auf Trab.

Du warst so lang im Dunkeln.
Komm in den hellen Schein.
Du darfst von nun an glücklich
und Wohlstandsbürger sein.

Du kannst jetzt alles haben.
Sei tüchtig und mach mit.
Als Eintrittskarte nimmst du
den zinsbegünstigten Kredit.

Du brauchst nicht mehr zu denken.
Das macht dein Gewerkschaftsboß.
Er diniert jetzt beim Unternehmer
und verbessert täglich dein Los.

Trallala, trallala, trallala.
Die neue Zeit war da.
Bruder komm her
und verzehr.

Der Bruder ist gekommen.
Er hat sich was genommen.
Ein Häuschen, drei Wochen am Meer.
Danke schön. Aber bitte sehr.

Der Bruder war sehr tüchtig.
Es ging sich ganz knapp aus.
Es gab zwar noch offene Raten.
Aber bald gehört ihm das Haus.

Trallala, trallala, trallala.
Die gute Zeit ist da.
Bruder mach mit.
Halt Schritt.

Wir schreiben jetzt siebenundachtzig.
Im Jahr der koalierenden Herren.
Die möchten jetzt lieber selber
den ganzen Kuchen verzehren.

Die Arbeitskraft ist zu teuer,
posaunen sie in die Welt.
Die Arbeiter arbeiten doppelt
fürs halbe Geld.

Wir schreiben jetzt siebenundachtzig.
Das Spiel ist langsam aus.
Der Bruder verliert seine Arbeit
und sitzt im verschuldeten Haus.

Damit wir sein Elend nicht spüren,
bekommt er den Spott und den Hohn.
Er ist ein Sozialschmarotzer
und lebt von unserem Lohn.

Er braucht nicht mehr zu hoffen
auf seinen Gewerkschaftsboß.
Der ist jetzt selbst Unternehmer
und privatisiert drauf los.

Trallala, trallala, trallala.
Die neue Zeit ist da.
Bruder geh weg
und verreck.

Damit wir überleben können,
müssen wir uns von dir trennen.
Jeder dritte wird es wohl sein.

Bruder geh weg
und verreck.

Ein Musterbeispiel für die Art der Diskussionen lieferte der Arbeitskreis 1 ("Die Bedeutung der Verstaatlichten für die Wirtschaft Österreichs"), der noch am ehesten Möglichkeiten für offensive und klassenkämpferische Diskussionen zu bieten schien. Ähnlich wie hier verlief aber auch die Diskussion in den anderen Arbeitskreisen: Kritische Wortmeldungen, die nicht voll auf der versöhnlerischen Welle der arbeiteraristokratischen Funktionäre lagen, wurden entweder total abgeblockt oder einfach übergangen. Da wurde gemauert, was das Zeug hielt.

Von den zahlreich anwesenden Betriebsräten kamen fast ausschließlich "Alternativvorschläge", d.h. zum Teil ausführliche Berechnungen, wie beispielsweise bei AEG ohne Stillegung der Kleinmotorenproduktion der Betrieb wieder Gewinn machen könne; dazu seien nur ca. 30 Millionen S notwendig, während allein für Rationalisierungsberater mehr als 35 Millionen S ausgegeben werden usw.

In einem Beitrag wurde versucht, diesem ganzen Sumpf entgegenzutreten. Ein Teilnehmer führte aus, er sei auch für eine neue Offensive, aber nicht eine, wo sich die Arbeiter und der Betriebsrat die Köpfe des Managements zerbrechen, sondern eine, welche die Positionen der Arbeiterklasse im jeweiligen Betrieb stärkt. Nachdem der Teilnehmer darauf eingegangen war, daß die Verstaatlichte kein "demokratischer Sektor" ist, führte er aus: Wenn aus den Reihen des Betriebsrats und der Arbeiterschaft eine Fülle von (betriebswirtschaftlich vielleicht wirklich sinnvollen) Alternativkonzepten kommt, beweist das nur, daß Arbeiterinnen und Arbeiter, die tagtäglich an der Werkbank stehen, bessere Ideen usw. haben als hochbezahlte Anlageberater. Doch ist es keinesfalls so, daß die weltweite Wirtschaftskrise oder speziell die Stahlkrise (die in Österreich aufgrund der Eigentumsverhältnisse im Unterschied zu anderen Ländern zugleich eine "Verstaatlichtenkrise" ist) deshalb ausgebrochen ist, weil in den letzten Jahren weltweit oder hier das Management versagt hat. Damit werden die wirklichen kapitalistischen Verhältnisse vertuscht.

Ein Teilnehmer aus dem "autonomen" Kreis kritisierte einige Punkte der chauvini-

stischen Stoßrichtung des Steyrer Appells (Entwurf) und Kongresses. Er lehnte es vehement ab, völlig unkritisch und unhinterfragt von der "Wohlstandsmehrung der Österreicher/innen" zu reden. Er führte dabei aus, daß der Wohlstand der (der?) Österreicher/innen auf dem Rücken der nichtindustrialisierten Länder erfolge und das Verhältnis zur sogenannten "Dritten Welt" überdacht werden müsse.* - Allerdings forderte er in diesem Zusammenhang explizit den Ausbau der Beziehungen zu "fortschrittlichen Ländern wie Nicaragua, Algerien und Vietnam". Das ist eine Forderung, die durchaus den Beifall der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie findet, wie es ja die engen Wirtschaftskontakte zu Libyen und die Offensive zur Vergrößerung des Einflusses in Nicaragua beweisen.

Scheinbar klassenkämpferisch versuchten sich die IKL-Trotzkisten zu profilieren, was ihnen bei dieser Konferenzzusammensetzung nicht schwer gemacht wurde. Ein IKL-Vertreter im Arbeitskreis 1 forderte, auf alle positiven Forderungen und Alternativmodelle zu verzichten und sich auf der gemeinsamen Grundlage "Keine Entlassungen !" zusammenzutun, was von der großen Mehrheit der Betriebsräte mit Achselzucken übergangen wurde. Doch was wollten die IKL-ler wirklich ? Ihr zentrales Anliegen war, die Konferenz möge das "Memorandum" unterstützen, welches eine Konferenz von 700 VÖEST-Betriebsräten kurz vorher zur Rettung der VÖEST beschlossen hatte, weil "ein Kampf gegen den Willen der Bonzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt absolut unrealistisch ist" (IKL-Flugblatt vom 22.5.87). Somit konzentrierte sich die "Intervention" der Trotzkisten darauf, fortschrittliche Leute im Schlepptau der Arbeiteraristokratie zu halten, ohne die ein Kampf "absolut unrealistisch" sei !

Im Arbeitskreis selbst zeigte sich, daß unter den "kritischen und kämpferischen" SP- und KP-Betriebsräten keinerlei Bedürfnis bestand, konkrete Kampfmaßnahmen auch nur anzudiskutieren.

Auf dem Schlußplenum der Konferenz wurde von vornherein dann von Seiten des Podiums wiederholt gegen "sektiererische Forderungen" geschossen, wobei nie gesagt wurde, welche damit gemeint waren. Zwischen SP/KP einerseits und GE/Soal entspann sich schließlich noch ein Streit darüber, wie extrem oder nicht extrem die reformistischen Standpunkte des "Steyrer Appells" ausformuliert werden sollen. Konfrontiert mit einer zwar schwachen, aber immerhin doch bemerkbaren kritischen Stimmung gegenüber allzu offen bürgerlichen Positionen sahen es Redner der GE/SOAL, wozu sich auch der grüne Abgeordnete Pilz gesellte, für zweckmäßig an, einige schärfere Töne in das Abschlußdokument zu bringen. Bezeichnend war wieder einmal, daß die KPÖ-ler an der "Spitze" standen, um die Konferenz möglichst weit nach rechts zu zerren. Zwischen SP-Betriebsräten und -Rednern und KPÖ-Vertretern war da kaum ein Unterschied auszumachen, ausser daß letztere da womöglich noch "entschiedener" waren. Ein Eiertanz wurde besonders um die Haltung zum ÖGB bzw. zur ÖGB-Führung aufgeführt, der mit dem Ergebnis endete, daß die Frage überhaupt umgangen wurde.

Gegen dieses Herumdoktern wandte sich ein Teilnehmer mit der prinzipiellen Feststellung, daß ein Appell, noch dazu an die Bundesregierung, heute völlig falsch und daher abzulehnen ist. Es kommt auf die selbständige Organisierung der Arbeiter in den Betrieben auf klassenkämpferischer Grundlage an. Auf diesem Gebiet schaut es allerdings heute noch äußerst schlecht aus. Doch deswegen dürfen wir umsoweniger auf die Bundesregierung starren. Als erster Schritt muß erreicht werden, daß die Loslösung der Arbeiter vom Sozialpartnerschaftsgedanken Fortschritte macht. Genau dieser wichtige Schritt wird aber hintertrieben durch eine Bitte an die Regierung nach weiteren Zuschüssen und Ausarbeitung von Alternativmodellen (abgesehen davon werden Investitionen sicher nicht zur Arbeitsplatzsicherung, sondern zur Rationalisierung verwendet). Der vorgeschlagene Appell fördert und verstärkt weiter die Illusionen der Arbeiter in den Staat, die Regierung, die Gewerkschaftsbonzen usw., die die Sache erledigen wollen. Der Appell verhindert, die Unversöhnlichkeit der Widersprüche klarzumachen.

Der Zusammenschluß der Arbeiter im Betrieb muß auf selbständiger Grundlage erfolgen, und dazu ist vor allem die Linie "Keine Entlassungen - Verteidigung der Arbeitsplätze" besonders geeignet, weil sie speziell das Interesse der Arbeiter gegen den Staat als Unternehmer in den Vordergrund stellt - dazu gab es überraschend einigen Beifall.

Die Abstimmung über den "Appell" ergab dann ca. 200 Zustimmungen, 3 Enthaltungen und 14 Ablehnungen. Der Antrag der sozialdemokratisch-trotzkistischen SOAL, auch den ÖGB im "Appell" anzusprechen und an ihn Forderungen zu stellen, wurde von der SP/KP-Mehrheit abgelehnt (36 dafür, 25 Enthaltungen, 150 dagegen). Stattdessen wurde der "Kompromiß"-Vorschlag angenommen, an den ÖGB einen Brief zu richten, in dem er aufgerufen wird, den "Appell" zu unterstützen - mit 180 Zustimmungen, 40 Enthaltungen und keinen Gegenstimmen angenommen.

So war die Steyrer Konferenz tatsächlich, wie SOAL-Dworczak schrieb, "ein erster Schritt"- allerdings in die völlig falsche Richtung. Die Konferenz hat krass vor Augen geführt und bewiesen, daß in den sich ansatzweise entwickelnden Bewegungen die Arbeiteraristokratie mit ihrer abwieglerischen, chauvinistischen, an das Kapital bindenden rückwärtstreibenden Ideologie die klare, unumschränkte Führung hat. Für die maßgeblichen Kräfte auf der Konferenz war nicht einmal Gegenstand der Debatte, was die österreichische Arbeiterklasse für erste Schritte machen muß, um die Offensive des staatlichen und privaten Kapitals abzuwehren und selbst voranzukommen. Mit reformistischen "Alternativmodellen", die auf der Konferenz stundenlang hin und her gekaut wurden, wurde und wird der Kampf gegen Entlassungen und Sozialabbau desorientiert und den in Bewegung geratenen Arbeitern keine Perspektive gegeben.

Umso wichtiger ist es, daß auch in Zukunft klassenkämpferische Kolleginnen und Kolleginnen auf solchen Veranstaltungen offensiv auftreten und versuchen, die verhängnisvolle Rolle der bürokratischen Arbeiteraristokraten zu entlarven, denn schließlich und endlich finden sich zu solchen Gelegenheiten nicht nur korrupte Typen und Leute mit abwieglerischem Auftrag ein, sondern auch Menschen, die nach einer Kampfperspektive suchen.

L.B., Niederösterreich

* Zu dieser Frage gibt es eine Auseinandersetzung in einem öffentlich zur Diskussion gestellten Kritikpapier an dem "Autonomen"-Flugblatt "Die Lüge von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren". Dieses Kritikpapier kann über die RF-Redaktion bezogen werden (Postfach 582, 1150/9 Wien).

BERICHT VON DER KUNDGEBUNG DER AMAG-BELEGSCHAFT VOR DEM BUNDESKANZLERAMT UND AUF DER RINGSTRASSE IN WIEN AM 16.JULI 1987

Ganz bewußt und gezielt war die Ranshofner AMAG-Arbeiterschaft von der Unternehmensführung und von der Regierung mit Versprechungen, falschen Hoffnungen auf "nochmalige Überprüfung" usw. hingehalten worden, um ihren Widerstand und Kampf gegen drohende Entlassungen nicht aufkommen zu lassen. Die riesige Enttäuschung und Wut über das nunmehr verkündete "Aus" für den Neubau der Elektrolyse, das zu umfangreichem "Personalabbau" führen wird, kamen auf dieser Kundgebung und Demonstration massiv zum Ausdruck. Die Empörung der Arbeiterinnen und Arbeiter war riesengroß. Dabei blieben die mitgebrachten Transparente schon weit hinter der wirklichen Stimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung zurück. Zum Beispiel war auf einem Spruchband zu lesen: "Politiker, helft uns !". Tatsächlich zeigte sich auf der Kundgebung, daß die Hoffnung auf Rettung durch irgendwelche Politiker weitgehend zerstört ist. Das zeigten auch die Gespräche mit den Arbeitern, welche die Transparente hielten. Eine andere Aufschrift lautete: "Will Graf die AMAG ruinieren ?". Auch hier war den Arbeitern, die das Transparent trugen, eigentlich klar, daß sich so eine Frage bereits erübrigt. Die Proteste richteten sich auch nicht nur gegen ÖVP-Graf, sondern auch gegen Vranitzky und insbesondere gegen Streicher, der früher Chef in Ranshofen war. SP-Parteibücher wurden vor dem Bundeskanzleramt öffentlich verbrannt !

Das bittere Gefühl, von allen Seiten im Stich gelassen worden zu sein, erstreckt sich auch auf den ÖGB. Daß die ganze monatelange Verhandlerei nichts gebracht hatte, mußten jetzt alle sehen.

Die Wut und Empörung darüber bekam auch die Betriebsrätedelegation zu spüren, die im Bundeskanzleramt nochmals mit Streicher "verhandelte". Als diese "Unterredung" länger und länger dauerte, wuchs der Unmut unter den Wartenden immer mehr. Lautstark wurde mit Sprechchören gefordert: "Kommt' raus !". Es wurde auch gedroht, die Delegation selbst herauszuholen. Und während die Verhandler, darunter SP-Landtagsabgeordnete und andere Funktionäre, sich mit Vranitzky unterhielten, gab es unten erbitterte Worte gegen die ÖGB-Führung, gegen Benya und seinen Nachfolger Verzetnitsch. Je kämpferischere Töne in kurzen Reden über Lautsprecher angeschlagen wurden, umso mehr Beifall gab es.

Endlich wurde das Erscheinen der Delegation angekündigt. Die Anwesenden wurden aufgefordert, die Verhandler, "unsere Delegation", zu empfangen. Irgendein Bürokrat meinte wohl, daß die wartende Arbeiterschaft die Delegation mit Vorschußlorbeeren und Applaus empfangen sollte. Aber das unterblieb fast ganz, dafür gab es gleich einige "Pfui !"-Rufe !. Die verhandelnden Betriebsräte hatten dann eigentlich auch garnichts zu melden und wurden nichteinmal mehr richtig beachtet.

Immer lauter wurden die Sprechchöre "Streicher raus !".

Vor dem Erscheinen von Streicher wurde von den um "Ruhe und Ordnung" besorgten Arbeiterbürokraten beschwichtigend aufgerufen, die Anwesenden möchten "unseren Minister" (!) doch bitte bitte mit "respektvollem Abstand" empfangen, auch "bei allen verständlichen Emotionen". Das erntete aber nur höhnisches Lachen, Pfiffe und wütende Proteste. Ebenso verhallte die sorgenvolle Bitte, die Leute sollten artig bleiben, damit man eine "gute Presse" bekomme, was sehr wichtig sei, da die bürgerliche Presse für die Unterstützung der AMAG-Belegschaft gewonnen werden müsse und dergleichen Blödsinn mehr.

Als Streicher dann auftauchte, konnte er nicht lange reden. Er kam nicht weit mit seinen sattsam bekannten "Erklärungen" und Rechtfertigungen, daß die AMAG halt keinen "politischen Strompreis" bekommen habe, sich die neue Elektrolyse also nicht rentiere. Es nützte auch nichts, daß er noch den Köder hinwarf, daß die alte Elektrolyse in Betrieb gehalten würde bis zu ihrem endgültigen betriebswirtschaftlichen Ende, so in "zirka 4 - 5 Jahren", Zunächst wurde Streicher schon durch viele Pfiffe, Buhrufe und Sprechchöre wie "Streicher ist nicht mehr profitabel" weitgehend am Sprechen gehindert. Er konnte gar nicht mehr weiterreden, als wirklich aus vielen Kehlen machtvoll gerufen wurde: "Arbeitsplatzvernichter ! Arbeitsplatzvernichter !".

Inzwischen wurde der Polizeischutz für den unter den wütenden Arbeiterinnen und Arbeitern völlig untergegangenen Minister immer mehr verstärkt. Eskortiert von Polizisten suchte der Minister, der anscheinend ein paar Fußtritte abbekam, fluchtartig das Weite. Ihm setzten die Demonstranten nach mit Rufen wie "Arbeiterverräter", Millionärssau" usw. Streicher wurde um das Bundeskanzleramt herum verfolgt und mußte schließlich durch den Hintereingang ins Bundeskanzleramt fliehen. Nun zog auch von der anderen Seite her noch Polizei auf und auf Veranlassung der anwesenden Gewerkschaftsführer und Betriebsratsbonzen wurde dann rasch zum Rückzug zu den Bussen geblasen.

Diese "Eskalation" war den Machern der Demonstration gar nicht recht und sie versuchten mit allen Mitteln "noch Ärgeres" zu verhindern (z.B. war zwischendurch unter Arbeitern von weiteren Blockaden die Rede). Sie rannten wie aufgescheuchte Hühner umher. Ihre Wut darüber, daß "ihre" Arbeiter nicht so gespurt hatten, wie sie es wünschten, richtete sich vor allem gegen ihnen unbekannte und als "radikal" verdächtigte Demonstrationsteilnehmer, gegen die sie sogar handgreiflich werden wollten. Das zeigt aber nur, wo sie selbst wirklich stehen. Von den abziehenden Arbeiterinnen und Arbeitern bekamen die am Ballhausplatz postierten Polizisten aber noch so manches wütende Wort zugerufen über ihre Rolle als Büttel der Reichen.*

* * *

Es wäre ausgezeichnet und dringend notwendig gewesen, bei der Aktion mit einem eigenen Flugblatt präsent zu sein. Die Bereitschaft und Aufgeschlossenheit gegenüber linker Propaganda war bei vielen



Teilnehmerinnen und Teilnehmern feststellbar. Leider kam ein Flugblatt der MLPÖ dazu nicht rechtzeitig zustande, fand aber in den folgenden Tagen grosses Interesse und weitgehende Zustimmung.

Von Freunden, welche mit dem Flugblatt "DAS ist die Sprache, die die Arbeiterschaft sprechen muß !" im großen und ganzen einverstanden waren und zu seiner Verbreitung auch beitrugen, wurde allerdings auch eingewendet, daß darin die kämpferische Aktion der AMAG-Kolleginnen und Kollegen vor dem Bundeskanzleramt zu unkritisch und bedingungslos begrüßt würde.

Wir meinen, daß es richtig war, die Aktion der AMAG-Belegschaft massiv zu propagieren als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, in einer Situation, wo die Friedhofsruhe, das duldsame Stillhalten auch gegenüber ärgsten Attacken des Staats und der Unternehmer das größte Übel ist. Angesichts auch der riesigen Hetze, die sofort losbrach, war es nötig, die Aktion offensiv zu verteidigen und die darin enthaltenen klassenkämpferischen Keime hervorzuheben, über die nicht nur die kapitalistischen Machthaber herfallen, sondern die auch von den Revisionisten vertuscht und "entschuldigend" herabgespielt werden.

Außerdem wird im Flugblatt durchaus gegen falsche Ansichten argumentiert, z.B. dagegen, die Aufnahme des Kampfes von der Zustimmung der ÖGB-Führer abhängig zu machen, wie das auf der Kundgebung auch vertreten wurde. Ganz sicher "fehlt" auch vieles in dem Flugblatt, doch erhebt das Flugblatt keinen umfassenden Anspruch und halten wir nichts davon, in jedem Flugblatt "immer alles" zu sagen. Es kommt darauf an, durch weitere Flugblätter, durch Zeitungen und Broschüren, durch das gesamte System der Agitation und Propaganda weitere Klarheit zu schaffen, wobei die meisten unserer Stellungnahmen unter den gegebenen Umständen ausgesprochen propagandistischen Charakter haben und haben müssen.

* Gegen die Kundgebung der Ranshofner Arbeiterschaft waren laut "Kronenzeitung" Hunderte Polizisten sowie die Alarmabteilung in Bereitschaft gewesen. Diese seien nur deshalb nicht massiv eingesetzt worden, weil erst einen Tag zuvor, am 15.Juli 1987, der 60.Jahrestag des Massakers an fast 100 Arbeiterinnen und Arbeitern in Wien war.

*Zur kämpferischen Aktion der AMAG-Kolleginnen und Kollegen vor dem Bundeskanzleramt:

DAS ist die Sprache, die die Arbeiterschaft sprechen muss !

Arbeiterinnen und Arbeiter !

Der Aufmarsch von über 700 Kolleginnen und Kollegen der AMAG-Rarshofen vor dem Bundeskanzleramt und auf der Ringstraße in Wien hat für die Arbeiterschaft ganz Österreichs ein wichtiges Zeichen gesetzt.

In der kämpferischen Protestaktion der AMAG-Arbeiterinnen und Arbeiter erschien endlich wieder etwas von den gewaltigen Kräften und Möglichkeiten, über die die Arbeiterklasse verfügt, die für ihre Interessen in den Kampf tritt und auf die Straße geht.

Die kapitalistischen Machthaber dieses Landes, ihre Politiker und Medien haben die Bedeutung dieser Manifestation auf ihre Weise klar erfaßt. Vranitzky, Graff und Ko. distanzierten sich energisch von den "Ausschreitungen" der AMAG-Belegschaft. Die "Kronenzeitung" entrüstete sich auf der Titelseite groß über "Fußtritte gegen Minister Streicher !". Und das Unternehmerblatt "Die Presse" äußerte sich tief betroffen darüber, daß Arbeiterinnen und Arbeiter "mit der Macht der Marschierer und, wo sie nicht ausreichen konnte, mit der Kraft der Fäuste" ("Die Presse", 17.7. 1987) gegen die drohenden Massenentlassungen auf die Straße gingen und es bei einem zahnlosen Pseudo-"Protest" nicht bewenden ließen.

EIN EMPFINDLICHER SCHLAG GEGEN DIE FRIEDHOFSRUHE DER "SOZIALPARTNERSCHAFT"

Wie oft haben die SPÖ- und ÖGB-Führer die kampfbereiten Arbeiter in den letzten Jahrzehnten von Aktionen abgehalten mit dem betrügerischen Hinweis darauf, daß durch "harte Verhandlungen" an den Tischen der "Sozialpartnerschafts"-Gremien ebensoviel erreicht werden könne wie durch Streiks und Kampfdemonstrationen, noch dazu sogar ohne große Kosten und Opfer. In Wirklichkeit wurde damit nur jene Friedhofsruhe, jenes "Klima" geschaffen, welches die privat- und staatskapitalistischen Unternehmer brauchen, um ihre arbeiterfeindlichen "Sanierungen" und "Rationalisierungen" ungestört durchziehen zu können. Schlimmer noch, damit wurde die österreichische Arbeiterschaft völlig von jedem revolutionären Klassenkampf, ja von jedem Kampf überhaupt entwöhnt. Damit wurde weitgehend vergessen gemacht, daß die Arbeiter immer nur etwas für ihre Interessen erreicht haben, wenn sie selbst dafür gekämpft haben, wenn sie "auf die Gasse stiegen", gestreikt, Betriebe besetzt, d.h. wirklichen Druck gemacht haben gegen das Kapital.

Dieses lähmende Stillhalte-Klima hat die AMAG-Arbeiterschaft auf dem Ballhaus-Platz praktisch durchbrochen. Nach Monaten des Betrugs und des Hingehaltenwerdens haben die AMAG-Kolleginnen und Kollegen dem nutzlosen Starren auf "Verhandlungen" eine deutliche Abfuhr erteilt. Als die AMAG-Betriebsräte im Bundeskanzleramt mit Streichers Saniererbande "verhandelten", forderten die empörten Arbeiterinnen und Arbeiter die Betriebsräte-Delegation ultimativ auf, sofort herauszukommen. Empörte und mit Recht aufgebrachte Arbeiter wollten schließlich die Verhandlungsdelegation selbst herausholen, was nur durch den Polizeikordon vor dem Bundeskanzleramt verhindert werden konnte. Als Teile der Delegation endlich - mit leeren Händen, versteht sich - erschienen, hallten ihnen ganz zurecht "Pfui"-Rufe entgegen !



Der ÖGB soll schon die STREIKGELDER BEREITSTELLEN, riefen AMAG-Demonstrantinnen und Demonstranten - und das ist eben der richtige Weg, der eingeschlagen werden muß: KEINERLEI HOFFNUNGEN UND VERTRAUEN IN IRGENDWELCHE VERHANDLUNGEN, UNVERZÜGLICHE VORBEREITUNG UND AUFNAHME DES SELBSTÄNDIGEN ARBEITERKAMPFES J E T Z T !

Genau das fürchten die Unternehmer, ihr Staat und ihre Regierung. Tief besorgt fragt zum Beispiel das großka-

* Flugblatt der MLPÖ

pitalistische Blatt "Die Presse":

"Werden die Voestler demnächst auf die Straße gehen, um neue Finanzierungsspritzen zu erzwingen, werden die Eisenbahner - 'alle Räder stehen still, wenn..' - das ÖGB-Konzept bekämpfen, die Handelsangestellten die nunmehr sicher scheinende Liberalisierung und Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten durch einen 'Marsch auf Wien' vereiteln ?" (17.7.1987)

Oh ja, diese Herrschaften wissen sehr wohl, daß die Arbeiterklasse und auch die anderen Werktätigen jener "Wirt" sind, ohne den sie ihre Rechnung in Wirklichkeit nicht machen können. Sie selbst haben die tiefe Ahnung, daß das Proletariat ein nur schlummernder Riese ist, der nicht nur ihre kapitalistischen Sanierungs- und Rationalisierungskonzepte schwer beeinträchtigen und "vereiteln" kann, wenn er erwacht und sich zu bewegen beginnt, sondern sie letzten Endes auch völlig zerquetschen kann, wenn er seine wahren Kräfte erkennt.

Die Herrschenden fürchten die Wiederbesinnung der Arbeiterschaft auf die erprobten Kampfmittel, die riesigen Kräfte und Möglichkeiten des proletarischen Klassenkampfes; darauf, daß tatsächlich ALLE RÄDER STILLSTEHEN, WENN EUER STARKER ARM ES WILL !

Vranitzky äußerte besorgt, diese Kundgebung habe "d Klima in unserem Land erheblich gestört" ("Kronenze tung", 18.7.1987). Tausende und Abertausende auf die Straße geworfene Arbeiter schaden dem "Klima" in Österreich laut Vranitzky überhaupt nicht, aber wenn einige hundert Betroffene sich zur Wehr setzen, ist der Herr Bundesbanker sogleich verstimmt und beginnt zu lamentieren. Die kapitalistischen Machthaber, die tagtäglich einen erbarmungslosen Klassenkampf "von oben" gegen die Ausgebeuteten führen, wollen, daß sich sowas nicht wiederholt. - Die fortschrittlichen und klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter müssen die kämpferische Aktion der AMAG-Belegschaft am Ballhausplatz dagegen als einen begeistert zu begrüßenden ANFANG betrachten, dem unbedingt weitere kraftvolle Aktionen folgen müssen auf dem Weg zur Entwicklung des unversöhnlichen Kampfes KLASSE GEGEN KLASSE !

EIN EMPFINDLICHER SCHLAG AUCH GEGEN DIE STILLHALTE- UND ABWIEGLERPOLITIK DER ÖGB-FÜHRER

Es stimmt durchaus, wenn Polizeisprecher angesichts des Aufruhrs der AMAG-Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem Bundeskanzleramt feststellten: "Diese Radikalisierung war nicht im Sinne des Veranstalters" ("Die Presse", 17.7.1987). Es war wirklich nicht das Verdienst der ÖGB-Führer und des Betriebsrats, daß der Protest endlich einmal über den Rahmen irgendwelcher symbolischer "Protestkundgebungen" hinausging.

Wäre es nach den maßgeblichen Organisatoren der Kundgebung gegangen, dann hätten die versammelten Kolleginnen und Kollegen "ihren Minister" im "respektvollen Abstand" untertänigst anhören müssen, wie das über Lautsprecher obrigkeitstreu verkündet wurde. Die kämpferischen Aspekte der Arbeiterkundgebung konnten sich nur im ausgesprochenen Gegensatz zu den arbeiteraristokratischen Führern und Funktionären entwickeln. Deren größte Sorge war doch tatsächlich, daß die empörten und wütenden AMAG-Kolleginnen und Kollegen angesichts der bevorstehenden Massenentlassungen "Ruhe und Ordnung" bewahren.

Die Benya, Verzetnitsch und ihre Laufburschen im ÖGB-Apparat und in den Betriebsräten wollen keinen wirklichen Kampf führen. Es geht ihnen nicht darum, die Arbeitsplätze und Löhne der Arbeiter zu verteidigen. Die Sorge dieser der Arbeiterschaft längst entfremdeten, korrumpierten und restlos verbürgerlichten Typen ist es, ihre eigene Position als "Verhandlungspartner" auszubauen und womöglich noch zusätzliche Positionen und Diäten herauszuschlagen. Ihre dauernden Berufungen auf "wirtschaftliche Notwendigkeiten", welche einen radikalen Kampf der Arbeiterschaft angeblich nicht zulassen, zeigen, daß ihnen lediglich die Probleme der Betriebsleitung, der Unternehmensführung am Herzen liegen und sie eifrig Wege zu ihrer Lösung suchen, während sie an die Lösung der Probleme der Arbeiter kaum einen Gedanken verschwenden.

Auch wenn sich heute noch viele bei berechtigten Angriffen gegen die ÖGB-Führung selbst als Gewerkschaftsmitglieder angegriffen fühlen und sagen: "Greift unsere Gewerkschaft nicht an, wer hilft uns denn sonst gegen Entlassungsterror, Lohndrückerei und Schikanen am Arbeitsplatz !", so werden diese Kolleginnen und Kollegen in den künftigen Kämpfen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften erkennen müssen, daß ein Kampf zusammen mit den verräterischen ÖGB-Führern und unter ihrem Kommando immer wieder in die Sackgasse und in die Niederlage führt. Nur gegen die Ratschläge, Versprechungen und Anweisungen dieser Führer können die Arbeiter den Kampf für ihre Interessen konsequent führen und gewinnen !

Die AMAG-Kolleginnen und Kollegen haben auf ihrer Kundgebung auch gefordert: "Der ÖGB soll schon die Streikgelder bereitstellen". Es ist richtig, auf die ÖGB-Führer Druck auszuüben, daß Streikgelder bereitgehalten werden müssen. Schließlich sind es die Gelder der Arbeiter selbst. (Einen Großteil dieser Mittel haben die ÖGB-Führer sowieso bereits für alle möglichen kapitalistischen Unternehmungen und Geschäfte mißbraucht. Im Falle von Streiks werden diese Gelder f e h l e n !).

Doch verhängnisvoll wäre es, die Aufnahme des Kampfes von der Zustimmung der ÖGB-Führer zur Auszahlung von Streikgeldern abhängig zu machen. Und es stimmt auch nicht, daß ohne die "Unterstützung" durch die ÖGB-Führung und den Gewerkschaftsapparat nichts getan werden könne. Immerhin gab es einmal eine Zeit,

da verfügten die Arbeiter über gar keine oder nur ganz kleine, praktisch mittellose Gewerkschaften und haben dennoch wirksam den Kampf für ihre Interessen aufgenommen. Es ist nicht wahr, daß man ohne die ÖGB-Führer "nichts machen kann". Notwendig und möglich sind, um nur einiges zu nennen:

★ die Initiierung selbständiger klassenkämpferischer Aktionen, die den verfluchten Ausbeuterfrieden stören und durchbrechen;

★ innerbetriebliche Gruppen für a l l e kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, egal ob ausländische oder inländische, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht;

★ die Herstellung von Verbindungen zu kämpferischen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben, die Koordinierung des gemeinsamen Kampfes durch Verbindungskomitees oder dergleichen.

Die kämpferische Aktion der AMAG-Kolleginnen und Kollegen hat die abwieglerische Position der Gewerkschaftsführer bloßgestellt und vielen Arbeitern darüber die Augen geöffnet. Am nächsten Tag jammerte "Die Presse", daß der Veranstalter "seine Leute und damit die Situation nicht mehr im Griff" hatte (17.7.87). Endlich ! Aus eben diesem "Griff" müssen sie sich befreien, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter die verschärften Unternehmerattacken nicht kampflos hinnehmen wollen !

DIE HETZE GEGEN DIE KÄMPFERISCHE AKTION DER AMAG-BELEGSCHAFT ZERSCHLAGEN !

Die AMAG-Kolleginnen und Kollegen haben mit ihrer Protestdemonstration am Ballhausplatz und auf dem Ring in Wien einen Schritt in die richtige Richtung getan und deshalb darf es nicht verwundern, daß die Feinde der Arbeiterschaft nichts unversucht lassen, um diese Aktion zu verunglimpfen und zu diskreditieren.

■ Am Tag nach der kraftvollen Kundgebung der AMAG-Arbeiterinnen und Arbeiter tönte die erzreaktionäre "Kronenzeitung", daß "hier erste bedenkliche Signale eines undemokratischen Widerstandes" sichtbar geworden seien.

Undemokratischer Widerstand ?? Ist es vielleicht DEMOKRATISCH, wenn im Interesse einer kleinen ausbeuterischen Minderheit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, den Arbeitern, kleinen Angestellten, den ausgebeuteten und werktätigen kleinen Bauern usw. der Gürtel immer enger geschnallt wird ?

■ Das großbürgerliche Blatt "Die Presse" ereiferte sich beim Protest der AMAG-Belegschaft über ein "Voranstellen und aggressives Durchsetzen von Gruppeninteressen" (17.7.1987). - Aber was geschieht denn tagtäglich in diesem Land ? Das ist ja das ununterbrochene und erbarmungslose "Voranstellen und aggressive Durchsetzen von Gruppeninteressen" der dünnen Schicht von Finanzmagnaten, Bankiers und Industriellen auf Kosten und auf dem Rücken der überwältigenden Mehrheit, der Arbeiter und anderen Werktätigen.

■ Die "Kronenzeitung" empörte sich darüber, daß hier "der Protest in Gewalt umschlägt" und Graff stellte ebenso wie zahlreiche andere Politiker fest: "Fußtritte sind keine Argumente". Ja, sind denn die Entlassung und Brotlosmachung tausender Arbeiter "Argumente" ?

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der AMAG taten ganz recht daran, sich das zynische und arbeiterfeindliche Geschwätz von Streicher nicht länger anzuhören und den Minister wegzujagen. Diesen Typen ist durch "Überzeugung", "Verhandlungen" usw. nicht beizukommen. Die gehen für den Profit der Reichen auch über Leichen. Freiwillig verzichten die Repräsentanten und Nutznießer der in Österreich bestehenden Ausbeuterordnung auf kein einziges ihrer Privilegien und erst recht nicht auf ihr ganzes Ausbeuterparadies.

Die Arbeiterschaft kann ihre unmittelbaren und langfristigen Interessen wirklich nur "aggressiv" durchsetzen. Die Sprachrohre des Kapitals hetzen gegen die "gewalttätige Demonstration" der AMAG-Belegschaft, weil sie in den "Ausschreitungen" der Arbeiterinnen und Arbeiter den für sie vernichtenden Keim der revolutionären Erkenntnis sehen, daß es für die breiten Massen wirkliche Freiheit, Befreiung vom Joch der kapitalistischen Lohnsklaverei nur geben kann, wenn dieses ganze Pack gewaltsam vertrieben und mit proletarischer Gewalt auch dafür gesorgt wird, das es niemals wiederkommt und sich den Werktätigen erneut in den Nacken setzt (wie das in der ehemals sozialistischen UdSSR eine neue Bourgeoisie getan hat).

■ Voller Wut darüber, daß ihnen die "Kontrolle" über die AMAG-Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem Bundeskanzleramt entglitten ist, hetzte der SP-Abgeordnete Resch ebenso wie eine ganze Meute anderer seinesgleichen, Kommunisten hätten die "Stimmung aufgeheizt".

Das ist reine Demagogie. Die Kommunistinnen und Kommunisten brauchen die Massen nicht "aufzuhetzen". Vielmehr geraten die Werktätigen, wie hier die Belegschaft der AMAG, aufgrund der verbrecherischen und arbeiterfeindlichen Politik und aufgrund des schreienden sozialen Unrechts überhaupt in Wut und Empörung. "Aufhetzend" sind also die Verhältnisse, ist die Politik der Herrschenden und die Pflicht wirklicher Arbeitervertreter und Revolutionäre liegt lediglich darin, das den Werktätigen bewußt zu machen und sie in den Kampf dagegen zu führen.

ZUR DEMONSTRATION AM 24.10.1987 IN WIEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT, SOZIALABBAU UND BILDUNGSSTOPP

Mehrere zehntausend Menschen folgten dem Demonstrationsaufruf, der von über 200 Organisationen und Gruppen unterstützt worden ist.

Wie zuwider der Protestmarsch den Herren Machthabern war, geht nicht nur aus der Polizei"schätzung": nur 14.500 Teilnehmer, hervor. Zweimal wurde der Demonstrationszug von Polizeigreifern attakkiert, um Teilnehmer/innen herauszugreifen. Das zweite Mal mußten sich die Schergen jedoch angesichts entschlossener Gegenwehr von Demonstrantinnen und Demonstranten zurückziehen. Und wieder einmal kam dabei die Hilfssheriff-Funktion der Revisionisten zum Vorschein, die versuchten, mit Ketten die Polizei vor der Wut der attackierten Teilnehmer/innen zu schützen !



Die MLPÖ hatte den Demonstrationsaufruf nicht unterzeichnet (siehe die Kritikpunkte daran im nebenstehenden Kasten), war jedoch bei der Demonstration selbstverständlich aktiv dabei. Es wurden zirka 2.000 Flugblätter "DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN, WENN ES KEINE ANGST VOR DEM MORGEN GEBEN SOLL !" verteilt. Besondere Aufmerksamkeit und oft spontane Zustimmung erweckte schon der Titel des Sonderdrucks. Großes Interesse riefen auch die am Westbahnhof überall angebrachten Plakate hervor, von denen einige Demonstranten auch welche haben wollten und mitnahmen. Auf der Demonstration selbst wurde das Transparent "ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !" mitgetragen und auf der Abschlußkundgebung ein Literaturtisch gemacht, bei dem nicht nur einige Publikationen der MLPÖ und Klassikertexte verkauft wurden, sondern es einige interessante Gespräche gab.

3 KRITIKPUNKTE AM DEMONSTRATIONSAUFRUF

Wir meinen, daß die Stoßrichtung des Aufrufs nicht wirklich geeignet ist, einen richtigen Weg des Kampfes zu weisen.

● Im "Aufruf" wird der Regierungspolitik bescheinigt, sie habe bis vor kurzem das "Ziel der Vollbeschäftigung" verfolgt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dies gar nicht stimmt.

Das zeitweilige Fehlen einer arbeitslosen Reservearmee hängt nicht mit dem angeblichen "Ziel der Vollbeschäftigung" zusammen, sondern mit den profitablen Erfordernissen der Expansion des Kapitals während der Phasen der zeitweiligen Hochkonjunktur. Das Produktionsvolumen der österreichischen Industrie erhöhte sich zwischen 1970 und 1982 um 47 Prozent. Um hohe Profite realisieren zu können, wurde die industrielle Reservearmee zeitweilig stark aufgesaugt. Gemäß der selben Profitlogik werden heute Tausende wieder entlassen.

Und noch etwas darf keinesfalls übersehen werden: Für unsere als "Menschen 2.Klasse" behandelten ausländischen Klassenschwestern und Klassenbrüder existierte die "Vollbeschäftigungspolitik" noch viel weniger. Allein zwischen 1974 bis 1976 wurde die Zahl der ausländischen Werktätigen in der österreichischen Wirtschaft um 55.000, d.h. um annähernd ein Viertel "reduziert". Die Arbeitslosigkeit wurde also in Zeiten, in denen angeblich "Vollbeschäftigungspolitik" betrieben wurde, einfach exportiert !

● Der "Aufruf" wendet sich gegen eine Politik, "die sich an Vorbildern wie Thatcher, Reagan und Kohl orientiert". Damit wird in gefährlicher Weise die reaktionäre und imperialistische Rolle der Sozialdemokratie aus dem Schußfeld genommen.

Vranitzky selbst hat angesichts der "unvermeidlichen harten Maßnahmen" erklärt, daß j e d e Regierung, egal ob sie sich "sozialistisch" oder "konservativ" nennt, eben diese und keine andere Politik durchführen müßte. Damit spricht dieser Banker an der Spitze der SPÖ nur aus, daß die SPÖ-Führer nicht anders als jene der ÖVP oder FPÖ Sachwalter des Monopolkapitals sind.

● Der "Aufruf" fordert von der Regierung "eine offensive Beschäftigungs-, Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik".

Wir meinen, daß die Regierungspolitik "offensiv" genug ist, nämlich offensiv g e g e n die Werktätigen. Es ist absolut illusionär, von den politischen Sachwaltern und Nutznießern dieses Ausbeutersystems eine "offensive Politik" für die von ihnen Niedergehaltenen und Ausgebeuteten zu erwarten.

Es kann nur darum gehen, dem erbarmungslosen und immer schärfer werdenden Klassenkampf der Ausbeuter den Klassenkampf des Proletariats und der anderen Ausgebeuteten entgegenzustellen.

*DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN

wenn es keine Angst vor dem Morgen geben soll !

Immer unverschämter verschärfen die Unternehmer und ihr Staat ihre Angriffe gegen die Lebenslage der Arbeiterschaft und der anderen werktätigen Massen. Kaum ein Tag vergeht ohne Schreckensmeldungen über weitere Massenentlassungen, über Lohnkürzungen, Vernichtung sozialer Errungenschaften, Rentenkürzungen usw. usf.

Jetzt kommt unbarmherzig und immer deutlicher sichtbar hinter der Maske des "Sozialstaats" die wirkliche Fratze des Kapitalismus zum Vorschein. Immer mehr zeigt nun das Kapital sein ganzes häßliches Gesicht, blut- und schmutztriefend wie es ist. All die naiven Hoffnungen und Träume von Glück und Wohlergehen zehntausender Arbeiterfamilien werden erbarmungslos zertreten.

● Nehmen wir nur die Frage der "Verstaatlichten". Angeblich wurde mit den Verstaatlichungen der größten Banken, der Grundstoffindustrie und großer Teile der Großindustrie überhaupt nach dem 2.Weltkrieg das dauerhafte Fundament und die sichere Garantie für eine krisenfreie Aufwärtsentwicklung, für den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft, für die Sicherung der unabhängigen nationalen Existenz Österreichs geschaffen.

Und jetzt ? Jetzt zerbricht das ganze ungeheure Gebäude von Versprechungen und Lügen. Mit dem ungenierten Ausverkauf an das inländische und ausländische Monopolkapital, mit der Zerstückelung und Stillegung ganzer Standorte der "Verstaatlichten" wird das Gebäude der Demagogie hemmungslos zerbrochen und zur Seite geworfen, nachdem es ausgedient hat.

● Oder nehmen wir die Frage der sozialen Errungenschaften, die angeblich erreichte dauerhafte Sicherheit im Alter, bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall. Jahrzehntelang haben die werktätigen Menschen riesige Summen in alle möglichen Fonds eingezahlt.

Und was zeigt sich ? Von heute auf morgen wird das alles in Frage gestellt, abgebaut, weggenommen, mit skrupelloser Kaltschnäuzigkeit beseitigt und rückgängig gemacht. Mit einem Federstrich "verlängert" die regierende Räuberbande z.B. einfach den "Bemessungszeitraum" für die Pensionen und betrügt damit Millionen Werktätige um Milliarden von Schillingen.

- Und so spielt es sich buchstäblich in allen Lebensbereichen immer ärger ab.

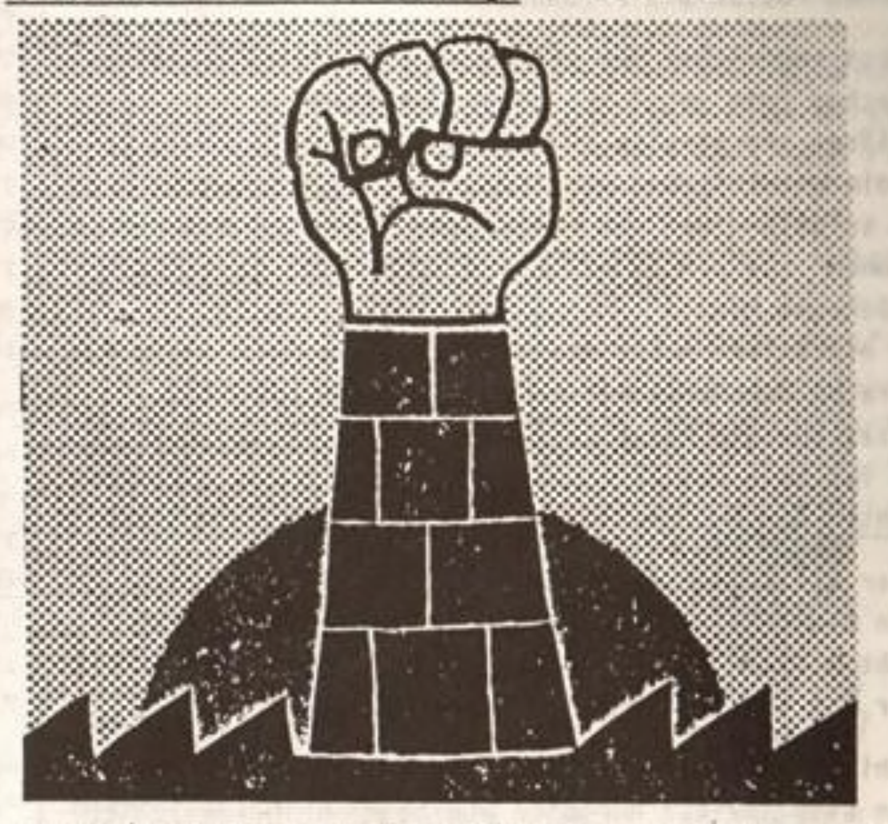
● Die Realität bringt auch immer mehr die Demagogie zum platzen, die SPÖ-Führer seien im Vergleich zur ÖVP oder FPÖ immerhin Träger einer am "sozialen Fortschritt" orientierten Politik.

Tatsache ist doch: Die ganze verschärfte Kapitaloffensive, die mit einer Brutalität und einer Rücksichtslosigkeit vor sich geht, die in der Geschichte der 2.Republik noch nicht da war, wird von einer Regierung organisiert und durchgepeitscht, in der immer noch die SPÖ-Führung das entscheidende Wort spricht ! S i e , die sogenannten "Sozialisten", sind heute die wichtigsten Sachwalter der Interessen des in- und ausländischen Großkapitals. Sie sind für das Finanzkapital gegenwärtig noch weit nützlicher als die traditionelle Unternehmerpartei ÖVP, denn diese könnte das, was heute SP-Führer wie Vranitzky und Streicher vollziehen, garnicht über die Bühne bringen, ohne in einem Proteststurm unterzugehen. Dabei sind es gerade solche sogenannten "linken" Minister wie Dallinger und Lacina, die heute extrem reaktionäre Vorstöße unternehmen und Vorschläge machen wie Besteuerung der Arbeitslosen, Erhöhung des Rentenalters, Rentenkürzungen usw.

DIE AUSBEUTER ZIEHEN DIE KETTEN ENGER - KÄMPFEN WIR DAGEGEN !

Die Arbeiterinnen und Arbeiter, alle von den verschärften Raubzügen der herrschenden Geldsäcke Betroffenen müssen dagegen den Kampf für ihre dringendsten Tagesforderungen aufnehmen. Sonst wird sich die Abwärtsentwicklung ihrer Lage immer dramatischer beschleunigen. Stillhalten ermutigt die Herrschenden nur zu verschärften Attacken.

Immer wieder zeigt sich: Selbst geringste Zugeständnisse können den Machthabenden nur abgetrotzt werden, wenn dem Kapital und seinen politischen Sachwaltern echte und immer härtere Schläge versetzt werden.



Aus dem Betrieben selbst muss der Widerstand kommen !

* Flugblatt der MLPÖ

Auch richtige Forderungen wie "Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich !" nützen nichts, bleiben ein leerer "Appell" an die Herrschenden und tun ihnen nicht weh, wenn nicht wirklich Druck gemacht wird gegen das Kapital und seine Handlanger, wenn nicht die kämpferische Kraft entwickelt wird, die sie allein durchsetzen kann.

Massendemonstrationen der Betroffenen sind eine gute und notwendige Möglichkeit, die Kampfentschlossenheit zu bekunden und den Forderungen Gehör zu verschaffen - unter der Voraussetzung allerdings, daß sie von den falschen Freunden der Arbeiterschaft nicht nur dazu kanalisiert werden, Druck zu ventilieren (wie z.B. im Jänner 1986 in Linz und Leoben, als die kampfbereite Arbeiterschaft von Ruhaltinger, Sinowatz, Lacina usw. mit hohlen Sprüchen regelrecht verhöhnt wurde).

Die Verschärfung der ökonomischen Lage, Sozialabbau usw. - alles das kann jedoch nur dann effektiv bekämpft werden, wenn wirklicher Widerstand aus den Betrieben selbst kommt !

Mit betrieblichen Kampfmaßnahmen können die staatlichen und privaten Kapitalisten direkt an ihrer "Archillesferse" getroffen werden, an der Quelle des Profits, dort wo von der Arbeiterklasse der Mehrwert produziert wird, den sich die Kapitalisten unentgeltlich aneignen.

Streiks und Betriebsbesetzungen sind unverzichtbare und wirkungsvolle Kampfmittel, besonders dann, wenn sie rechtzeitig eingesetzt werden

- gegen Lohnraub und soziale Demontage;
- gegen jegliche Entlassungen, Betriebsschließungen und Standortstillegungen;
- gegen Ausverkauf und Reprivatisierungen.

ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN UNSER STARKER ARM ES WILL ! - Das wissen auch die ÖGB-Führer und ihre Laufburschen in den Betriebsräten. Doch diese von der Basis völlig entfremdeten, völlig verbürgerlichten und verspießerten Typen bangen vor allem um ihre eigenen Posten und Pfründe.

Selbst angesichts der ungeheuerlichsten Unternehmerattacken (wie jetzt bei Steyr-Daimler-Puch z.B. !) erklären sie Streiks für "nicht sinnvoll". Lediglich um die unzufriedene Arbeiterschaft zu beschwichtigen, vom selbständigen und weitergehenden Kampf abzuhalten, "drohen" sie den Unternehmern verbal mit Streik als "äußerstem Mittel". Mit dieser faktischen Lähmung jedes effektiven Arbeiterwiderstands erweisen diese Bürokraten den Herrschenden unschätzbare Dienste. Ihr ganzes für die Arbeiterschaft so verderbliches Verhalten ist kein Zufall, sondern zeigt, daß sie wirkliche Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung sind.

"Aber wir können nichts ausrichten, wir sind machtlos, wenn die ÖGB-Führung und der Gewerkschaftsapparat nicht mitspielen" - So denken viele noch resignierend. Aber das ist falsch !

Es hilft nichts. Eine kämpferische Arbeiterbewegung kann sich sowieso nur ohne und gegen solche verräterischen Führer und gegen die von ihnen kontrollierte Bürokratie entwickeln. Die Betroffenen müssen die Organisierung des Kampfes um ihre Lebensinteressen selbst in die Hände nehmen. Und bei genauerer Überlegung findet jeder werktätige Mensch eine Möglichkeit, um seinen Beitrag zu leisten gegen die Lähmung der Kampfkraft:

★ Es können bestimmt Möglichkeiten und Formen gesucht und gefunden werden, damit sich kämpferische Kolleginnen und Kollegen, egal ob ausländische oder inländische, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, zusammenschließen, um ohne Gängelung von oben Kampfmaßnahmen und überhaupt alle großen und kleinen anstehenden Fragen gemeinsam zu beraten, um sich und andere gegenseitig zu unterstützen usw.

★ Gewiß gibt es auch immer wieder Möglichkeiten zur Initiierung selbständiger klassenkämpferischer Aktionen, die den verfluchten Ausbeuterfrieden stören und durchbrechen (wie z.B. die kämpferische Aktion der AMAG-Kolleginnen und Kollegen vor dem Bundeskanzleramt, die offensichtlich den Bestrebungen der ÖGB-Führer zuwiderlief !).

★ Sehr wichtig ist nicht zuletzt, unbedingt die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen aktiv einzubeziehen. Wir müssen überlegen, wie verhindert werden kann, daß die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter vom Kampf in den Betrieben isoliert werden, wie sich Beschäftigte und Arbeitslose gegen die Spaltungsmanöver der Unternehmer und des Staats wirkungsvoll gegenseitig unterstützen können. Gleiches gilt auch für die unbedingt zu schmiedende gemeinsame Kampffront mit unseren ausländischen Klassenschwestern und Klassenbrüdern.

Bei alledem gilt es aber von Anfang an, vor allem auch daß Bewußtsein zu schaffen, daß selbst Erfolge in den nötigen Teilkämpfen um die dringendsten Tagesforderungen allzu oft durch verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung wieder rückgängig gemacht werden.

NUR DIE PROLETARISCHE REVOLUTION

KANN DAS ÜBEL AN DER WURZEL PACKEN !

Viele Arbeiterinnen und Arbeiter der älteren Generationen fühlen sich heute mehr und mehr an die Zeiten der Ersten Republik und der Dreißigerjahre erinnert und sorgen sich gerade auch deshalb aufgrund ihrer eigenen bitteren Erfahrungen, was noch alles kommt. Und diese Parallele ist kein Zufall. Denn nach wie vor bestehen die s e l b e n gesellschaftlichen Grundlagen und Machtverhältnisse, die damals in die Katastrophe geführt haben.

Verschärfung der Arbeitshetze, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, Kriege für den Profit - alles das sind die "natürlichen" und zwangsläufigen Begleitumstände und Konsequenzen einer "Ordnung", bei der die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in den Händen einer ausbeuterischen Minderheit privater und staatlicher Kapitalisten liegt, deren Ziel nur der Maximalprofit ist.

Auf dieser für die Herrschenden unter allen Umständen "unantastbaren Grundlage" liegt es unvermeidlich in der Logik der Profitwirtschaft,

■ daß die technischen und Produktivitätsfortschritte nur dazu führen, daß einerseits die Arbeitshetze erhöht, Überstunden gefordert, die Löhne gesenkt werden, und andererseits zugleich "überflüssige" Arbeitskräfte auf die Straße geworfen werden;

■ daß periodische "Überproduktionskrisen" auftreten, bei denen sich Elend und Not der Massen verschärfen, weil "zuviel" produziert wurde;

■ daß die kapitalistischen Machthaber den "Ausweg" aus der Krise immer wieder im Faschismus und Krieg suchen.

Die Tatsachen der heutigen Realität bestätigen im Grunde nur, daß es innerhalb dieses verdammten Systems nach vorübergehenden Zeiten scheinbarer Besserung nur immer schlimmer werden kann.

Diese Tatsachen zeigen insbesondere auch, daß die Macht in Wirklichkeit n i c h t "vom Volk ausgeht", sondern in den Etagen der Bank- und Industriemagnaten liegt. Das Finanzkapital setzt seine unersättlichen Profitinteressen buchstäblich mit allen Mitteln durch, mittels der indirekten und direkten Bestechung, des Betrugs und des Terrors. Das Monopolkapital hat sich den bürgerlichen Staat völlig untergeordnet und dienstbar gemacht. Auf diese Weise sind das Proletariat und die anderen Ausgebeuteten einer erbarmungslosen Diktatur des Kapitals unterworfen, die alle Lebensbereiche erfaßt, von der Presse bis zum Erziehungswesen. Verspüren wir es denn nicht andauernd und immer unerträglicher am eigenen Leib ? Zeigen es nicht immer neue "Skandale", Bestechungsaffären usw., die sowieso nur die Spitze eines Eisbergs zum Vorschein bringen ?

Nein, den Gebrechen und Übeln dieser "Ordnung" ist mit dem Konzept der "Sozialreform" nicht beizukommen. Die heutige Realität in Österreich bestätigt nur neuerlich, was die blutigen Erfahrungen der Geschichte lehren - gerade auch der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Auch nach dem 1.Weltkrieg erklärten die sozialdemokratischen Führer, daß die Widersprüche des Kapitalismus auch o h n e Revolution und Bürgerkrieg überwunden werden könnten - durch das allmähliche Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus. Dieser "friedliche Weg" endete bekanntlich furchtbar, im grünen und braunen Faschismus. Ebenso wie das später zum Beispiel auch in Chile geschah.

Nur durch eine tiefgehende Revolution kann es eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung in eine Zukunft ohne kapitalistische Geschwüre und Eiterbeulen geben. Das ist keine "dogmatische Phrase" aus angeblich längst überwundenen Zeiten, sondern ergibt sich aus der unwiderlegbaren Analyse des grundlegenden Charakters des Ausbeutersystems.

★ Nur durch die "Expropriation der Expropriateure", durch die systematische und vollständige Enteignung der Monopolbourgeoisie und der gesamten Bourgeoisie kann mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den verheerenden "Sachzwängen" der Profitwirtschaft Schluß gemacht werden;

★ Nur ein gesamtstaatlicher Wirtschaftsplan auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann gewährleisten, daß bei ökonomisch erforderlichen Umstellungen alle Arbeitsplätze gewahrt bleiben, sich einzelne Unternehmungen nicht mehr gegenseitig niederkonkurrenzieren. Nur so kann der technische Fortschritt in den Dienst der Produzenten, der Erleichterung der Arbeit gestellt werden. Und nur so kann die Wirtschaft überhaupt durchsichtig und geplant durch und für die Arbeitenden gestaltet werden.

Das Haupthindernis auf dem Weg dahin ist die politische Macht der Kapitalisten. Noch niemals in der Geschichte haben die reaktionären Machthaber freiwillig auf ihr Ausbeuterparadies verzichtet und niemals werden sie es tun. Der bürgerliche Staatsapparat ist dazu da, mit allen zu Gebote stehenden Gewaltmitteln (Polizei, Armee, Justiz, Gefängnisse) die Interessen der ausbeuterischen Minderheit gegen die große Mehrheit der vom Kapital Ausgebeuteten und Zertretenen zu schützen. Deshalb kann die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen den Kapitalismus nicht auf reformerischem Weg beseitigen, sondern nur durch die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staates.

Um den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel vernichten und das Ziel einer kommunistischen Gesellschaft ohne Klassen und Staat wirklich erreichen zu können, müssen die Arbeiter zunächst ihre eigene revolutionäre Macht aufrichten. Die Diktatur des Proletariats, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist, ist einerseits das unerläßliche Mittel, um die gestürzten Ausbeuter und alle Reaktionäre mit eiserner Faust niederzuhalten und alle Restaurationsversuche der alten Verhältnisse zu vereiteln. Andererseits kann nur die revolutionäre Macht der Arbeiter der werktätigen Mehrheit zum erstenmal eine echte Demokratie bringen, die Entfaltung ihrer freien und selbständigen Initiative gewährleisten.

Die tatsächlich abstoßenden und immer ärger werdenden Verhältnisse in der UdSSR, Polen, Ungarn, der DDR oder in China sind bei genauerer Überlegung nur der Beweis dafür, daß dort schon längst nicht mehr die Arbeiterklasse das Sagen hat, sondern neue Ausbeuter an der Macht sind. Die immer katastrophaleren Krisenerscheinungen auch in diesen Ländern sind der Beweis dafür, daß dort nicht mehr nach den Bedürfnissen der Werktätigen produziert wird, daß die gesellschaftliche Planung höchstens noch auf dem Papier steht.

Doch auch die bitteren und großen Niederlagen durch den revisionistischen Verrat am Sozialismus können nicht verhindern, daß "die Revolution wiederkehrt". Denn überall wo ausbeuterische Verhältnisse bestehen oder wiedererstanden sind, bestehen auch die eigentlichen Ursachen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, die früher oder später ihre welthistorische Mission erfüllen wird.

